

 Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Konsumentenschutz

SOZIALPOLITISCHE STUDIENREIHE

BAND 26

Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

Michael F. Förster, Sebastian Königs

Vermögen der privaten Haushalte in Österreich: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Pirmin Fessler, Martin Schürz

Inklusive E-Book

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Stubenring 1, 1010 Wien
© 2019 by Verlag des ÖGB GmbH
Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Printed in Austria
ISBN: 978-3-99046-450-2

Die Studien wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz erstellt.

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz zu folgenden Bedingungen:

CC BY-SA 4.0



Namensnennung



Weitergabe unter gleichen Bedingungen

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Für darüber hinausgehende Nutzungen ist eine ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers erforderlich.



Die Sozialpolitische Studienreihe steht unter www.studienreihe.at gratis zum Download zur Verfügung.

SOZIALPOLITISCHE STUDIENREIHE BAND 26

TEIL I:

**FÖRDERUNG DER SOZIALEN MOBILITÄT
IN ÖSTERREICH**

Michael F. Förster, Sebastian Königs

TEIL II:

**VERMÖGEN DER PRIVATEN HAUSHALTE
IN ÖSTERREICH: GEMEINSAMKEITEN UND
UNTERSCHIEDE**

Pirmin Fessler, Martin Schürz

Dezember 2019

TEIL I

FÖRDERUNG DER SOZIALEN MOBILITÄT IN ÖSTERREICH

ZUSAMMENFASSUNG
SUMMARY

ZUSAMMENFASSUNG

Während Österreich im Hinblick auf die vergleichsweise geringe Einkommensungleichheit recht gut abschneidet, liegt es bei der sozialen Mobilität hinter vielen anderen OECD-Ländern zurück. Ein beträchtlicher Teil des sozioökonomischen Erfolgs und Misserfolgs wird von einer zur nächsten Generation vererbt. Mehr als in anderen Ländern bestimmt der Verdienst des Vaters den seiner Kinder im Haupterwerbsalter. Dies spiegelt eine starke generationenübergreifende Persistenz der Beschäftigungs- und Bildungsergebnisse wider, besonders bei Frauen sowie Migrantinnen und Migranten.

Im Lebensverlauf variieren die Positionen in der Einkommensverteilung recht wenig, vor allem bei Personen am oberen und unteren Ende der Skala. Gleichzeitig nimmt die Polarisierung bei den mittleren Einkommen zu, mit zunehmenden Abstiegsrisiken für die untere Mittelschicht. Über längere Zeiträume hinweg haben Frauen im Verdienstverlauf geringere Aufstiegschancen und größere Abstiegsrisiken als Männer.

Dieser Bericht identifiziert Faktoren in vier Politikbereichen, welche die soziale Mobilität in Österreich begünstigen bzw. behindern. Zunächst kann hochwertige **frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung** wichtige Impulse zur Aufstiegsmobilität geben. Die Teilnahmeraten sind im letzten Jahrzehnt markant gestiegen, bleiben jedoch weiterhin hinter denen in vielen OECD-Ländern zurück. Weitere Investitionen sind notwendig, um Qualität und Status der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Zweitens sind Fördermaßnahmen für einen **erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben** nötig, um die niedrige Bildungsmobilität zu erhöhen. Österreich bietet gezielte Unterstützung für junge Menschen mit Schwierigkeiten beim Berufseintritt. Jedoch sollte die Finanzierung von benachteiligten Schulen verbessert werden, und die frühzeitige Trennung von Kindern im Sekundarschulbereich gehört auf den Prüfstand. Drittens würde die Verringerung der **Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern** auf dem Arbeitsmarkt die soziale Mobilität erheblich verbessern. Dies erfordert Maßnahmen

in den Bereichen Steuern, Elternkarenz sowie Familien- und Betreuungsleistungen, um die Anreize für eine ausgewogenere Aufteilung familiärer und beruflicher Verpflichtungen zu erhöhen. Viertens bietet das österreichische **Steuer- und Transfersystem** bislang generell einen vergleichsweise angemessenen Schutz vor Einkommensschocks. Die hohe Konzentration von Haushaltsvermögen in Verbindung mit dem Fehlen einer Erbschaftsbesteuerung beeinträchtigt jedoch die Chancengleichheit.

SUMMARY

While income inequality in Austria is relatively low compared to many other OECD countries, social mobility lags behind. Socio-economic outcomes carry over strongly from one generation to the next: more than elsewhere, fathers' earnings are a strong predictor of the earnings of their prime-age children. This reflects strong persistence across generations in occupational and educational outcomes, particularly for women and migrants. Relative income positions also tend to strongly persist over people's lives, in particular at the top and bottom. Meanwhile, the middle-income group is polarising, with downward risks rising for the lower middle. Longer-term earnings trajectories (over 15 years) display marked gender differences, with women facing weaker chances of moving up and greater risks of sliding down.

This report identifies policies that promote or hamper social mobility in four domains. First, good-quality early childhood education and care can be a catalyst for upward mobility. Participation rates have significantly risen over the last decade, but still lag those in many OECD countries. Further investment is needed to improve quality and status of formal childcare. Second, tackling low educational mobility in Austria requires ensuring a successful school-to-work transition. Austria provides targeted support for those who struggle, but it could improve funding for disadvantaged schools and consider the appropriateness of "tracking" students at such a young age. Third, reducing gender inequality in the labour market would greatly improve social mobility. This requires raising incentives for a more equal sharing of family and work responsibilities in the areas of taxation, parental leave and family and care benefits. Fourth, the Austrian tax and benefit system so far generally provides comparatively adequate protection against income shocks. The high concentration of household wealth, combined with the absence of inheritance taxation, however implies that inequalities of opportunity remain large.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	19
2	SOZIALE MOBILITÄT IN ÖSTERREICH – EINE MULTIDIMENSIONALE ANALYSE	23
2.1	Intergenerationelle soziale Mobilität: Vererbung von Privilegien und Benachteiligungen	27
2.2	Intragenerationelle soziale Mobilität: Privilegien und Benachteiligungen bestehen fort	36
3	MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER SOZIALEN MOBILITÄT IN ÖSTERREICH	49
3.1	Qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung zur Verfügung stellen	49
3.2	Einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben fördern	58
3.3	Mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt schaffen	68
3.4	Steuer- und Transfersysteme so gestalten, dass hohe Einkommensverluste abgedeckt und Chancenungleichheiten verringert werden	77
	LITERATUR	87
	AUTOREN	97
	BISHER ERSCHIENEN IN DIESER REIHE	143

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Es könnte in Österreich durchschnittlich fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel der Einkommensverteilung aus das Durchschnittseinkommen zu erreichen	20
Abbildung 2:	Die Verdienstmobilität nach oben zwischen den Generationen ist in Österreich vergleichsweise niedrig	29
Abbildung 3:	Hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen in Österreich	31
Abbildung 4:	Viele Erwachsene, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, haben selbst die Schule ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II verlassen	33
Abbildung 5:	Bildungsergebnisse zwischen den Generationen werden in Österreich in höherem Maße auf Töchter übertragen als auf Söhne, insbesondere bei Kindern aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau	35
Abbildung 6:	Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz seit den 1990er-Jahren gestiegen ist	37
Abbildung 7:	Für Haushalte mit niedrigen mittleren Einkommen besteht ein erhebliches Abstiegsrisiko	39
Abbildung 8:	Änderungen des Beschäftigungsstatus sind meist mit Einkommensanstiegen verbunden	41
Abbildung 9:	Die Geburt eines Kindes geht mit lediglich geringen Einkommensveränderungen einher, hat jedoch langfristige Auswirkungen auf die Teilhabe der Mütter am Arbeitsmarkt	43
Abbildung 10:	Die Verdienstverläufe von Frauen weisen schwächere Aufwärtsmobilität und größere Abstiegsrisiken auf als die von Männern	47

Abbildung 11: Das österreichische Steuer- und Transfersystem ist auch nach der jüngsten Steuerreform vorteilhaft für Eineinhalb-Verdiener-Haushalte	73
Abbildung 12: Österreich stellt Arbeitslosen angemessene Einkommensunterstützung zur Verfügung	78
Abbildung 13: Vermögendere Haushalte erben deutlich häufiger	85

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Die Teilnahme an formaler Kinderbetreuung in Österreich ist gering, hängt jedoch nicht stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab	53
------------	---	----

Wichtige Hinweise:

Die in diesem Artikel vertretenen Auffassungen sind die der Autoren; sie können nicht unbedingt der OECD oder den Regierungen ihrer Mitgliedsländer zugeschrieben werden.

Dieses Dokument sowie die darin enthaltenen Daten und Karten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie die Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, Ost-Jerusalems und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

TEIL I

FÖRDERUNG DER SOZIALEN MOBILITÄT IN ÖSTERREICH

1 EINLEITUNG

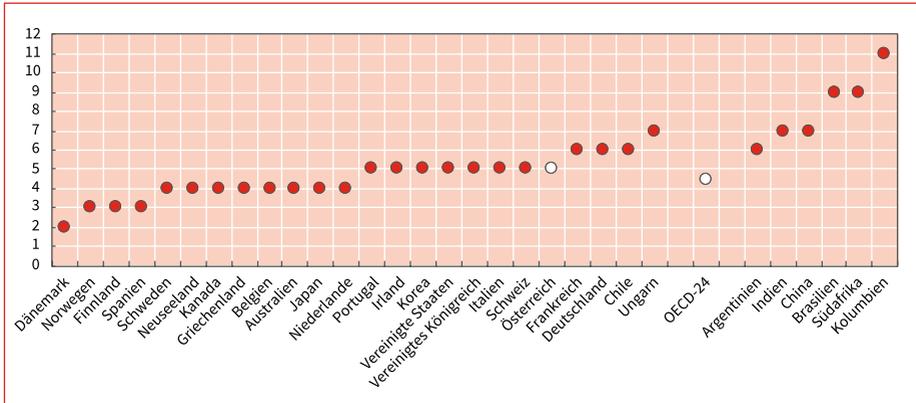
Auch wenn es keinen Konsens über das akzeptable – oder wünschenswerte – Maß an Ungleichheit von wirtschaftlichen oder sozialen Ergebnissen gibt, so herrscht doch weitgehend Einigkeit darüber, dass demokratische Gesellschaften Chancengleichheit fördern sollten. Das heißt, sie sollten dafür sorgen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, über die gleichen Möglichkeiten für ein erfolgreiches Leben verfügen. Wie der jüngst publizierte OECD-Bericht *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility* (OECD 2018a) zeigt, haben Einkommen und sozioökonomischer Status der Eltern oft entscheidenden Einfluss auf den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, angemessener Gesundheitsversorgung und beruflichen Netzwerken und damit auf die Karrieremöglichkeiten ihrer Kinder. In einem durchschnittlichen OECD-Land könnte es beispielsweise vier bis fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel der Einkommensverteilung aus das Durchschnittseinkommen zu erreichen. Für Österreich fällt dieser Wert noch geringfügig höher aus (siehe Abbildung 1).¹

.....

1 Diese Ergebnisse decken sich mit Erkenntnissen aus früheren ländervergleichenden Studien zur intergenerativen Weitergabe von Einkommensverhältnissen, die gezeigt haben, dass es in Österreich und südeuropäischen Ländern eine relativ hohe Einkommenspersistenz über Generationen hinweg gibt, während sie in den nordischen Ländern gering ausfällt (vgl. Schnetzer/Altzinger 2013; OECD 2010).

Abbildung 1: Es könnte in Österreich durchschnittlich fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel der Einkommensverteilung aus das Durchschnittseinkommen zu erreichen

Voraussichtliche Anzahl an Generationen, bis die Nachkommen von Familien im ersten Zehntel, d. h. die 10% mit den niedrigsten Einkommen, das Durchschnittseinkommen einer Gesellschaft erreichen



Hinweis: Diese Schätzungen dienen der Veranschaulichung und beruhen auf der Persistenz (Elastizität) zwischen dem Verdienst von Vätern und ihren Söhnen und dem derzeitigen Niveau des Haushaltseinkommens des unteren Zehntels und dem mittleren Einkommen, wobei von einer konstanten Elastizität ausgegangen wird. Familien mit niedrigem Einkommen sind diejenigen im ersten Einkommenszehntel, d. h. die untersten 10% der Bevölkerung.

Quelle: OECD 2018a

Privilegien oder Benachteiligungen verfestigen sich zudem stark im Verlauf des Lebens. Fast 70% der Menschen in den oberen 20% der Einkommensverteilung bleiben über einen Vierjahreszeitraum im oberen Fünftel, und rund 60% der Menschen im untersten Einkommensfünftel verbleiben im unteren Fünftel. Darüber hinaus ist die Persistenz in Bezug auf die Einkommenssituation in den meisten OECD-Ländern seit Ende der 1990er-Jahre gestiegen – die Menschen verharren zunehmend am oberen oder unteren Ende der Einkommensskala. Und obwohl Österreich im Hinblick auf eine relativ gleichmäßige Verteilung von Einkommen (OECD 2019b) vergleichsweise gut abschneidet, liegt es hinsichtlich der sozialen Mobilität in verschiedenen Dimensionen hinter anderen Ländern zurück.

Geringe soziale Mobilität hat negative wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen: Wenn Kinder aus sozial benachteiligten Familien nicht dieselben Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente erhalten wie Kinder aus privilegierten Familien, ist dies nicht nur ungerecht, sondern schmälert auch das Wirtschaftswachstum. Aufstiegschancen wirken sich zudem auf die Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden des/der Einzelnen aus und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Teilhabe. Wie die großen Unterschiede bei den Ergebnissen in den verschiedenen Ländern zeigen, können richtige Politikentscheidungen jedoch zu einer höheren Mobilität beitragen. So ist die soziale Mobilität beispielsweise in Ländern, die zuvor in größerem Umfang in ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme investiert haben, üblicherweise höher.

In diesem Bericht wird dargelegt, wie soziale Mobilität in Österreich gefördert werden kann. Er gliedert sich in zwei Teile: Abschnitt 2 liefert eine umfassende statistische Analyse über soziale Mobilität in Österreich, wobei der Schwerpunkt auf der Einkommens- und Verdienstpersistenz sowie Beschäftigungs- und Bildungsergebnissen liegt, jeweils sowohl über Generationen hinweg als auch im Verlauf des Lebens. In Abschnitt 3 werden Maßnahmen aufgezeigt, mit denen soziale Mobilität gefördert oder geschwächt wird, und zwar für vier zentrale Politikbereiche, die sich für Österreich als besonders relevant erwiesen haben: **i) frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung; ii) Übergang von Bildung ins Erwerbsleben; iii) Familienunterstützung und Gleichstellung der Geschlechter; iv) Steuern und Transferleistungen.**

2 SOZIALE MOBILITÄT IN ÖSTERREICH – EINE MULTIDIMENSIONALE ANALYSE

In Österreich ist die Sorge über fehlende soziale Mobilität, wie in zahlreichen anderen OECD-Ländern auch, weit verbreitet. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihr Erfolg im Leben stark vom familiären Hintergrund abhängt, was bedeutet, dass die **soziale Mobilität zwischen den Generationen** gering ausfällt: In Österreich sind einer Umfrage nach 36% der Befragten der Meinung, dass es wichtig ist, gut ausgebildete Eltern zu haben, um im Leben voranzukommen – eine Zahl, die weitgehend mit dem OECD-Durchschnitt (37%) übereinstimmt (vgl. OECD 2018a). Zudem sind die Menschen vergleichsweise pessimistisch, was die Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation anbelangt, das heißt im Hinblick auf den Grad an **sozialer Mobilität im Lebensverlauf**: So rechneten im Jahr 2015 nur 16% der Menschen in Österreich mit einer Verbesserung der eigenen finanziellen Verhältnisse; im OECD-Raum lag dieser Wert bei 22%.

Im Folgenden wird eine Analyse verschiedener Dimensionen der sozialen Mobilität in Österreich geliefert und gezeigt, dass die soziale Mobilität in Österreich im internationalen Vergleich insgesamt begrenzt ist. Abschnitt 2.1 gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße die persönliche wirtschaftliche Situation tatsächlich davon abhängt, wie privilegiert oder benachteiligt das Elternhaus war, d. h. über die **intergenerationelle soziale Mobilität**. Es wird gezeigt, dass sich die Höhe des Verdienstes über Generationen hinweg in Österreich geringfügig stärker verfestigt als im OECD-Durchschnitt, insbesondere bei Kindern von Vätern am oberen oder unteren Ende der Verdienstverteilung. Dies spiegelt eine starke generationenübergreifende Persistenz der Beschäftigungs- und Bildungsergebnisse wider, insbesondere für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. In Abschnitt 2.2 wird der Frage nach Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken im Laufe des Lebens nachgegangen, d. h. der **intragenerationellen sozialen Mobilität**. Dabei zeigt sich eine starke Persistenz der Einkommenshöhe auf kurze Sicht, und dies wiederum

insbesondere im obersten und untersten Bereich. Die Mobilität fällt für die Gruppe mit mittleren Einkommen weitaus höher aus, allerdings geht sie mit einem zunehmenden Abstiegsrisiko für Haushalte mit niedrigem mittlerem Einkommen einher. Der Schwerpunkt liegt in beiden Abschnitten darauf, wie sich die relative Stellung von Menschen in der Gesellschaft im Vergleich zur Stellung ihrer Eltern oder von Mitmenschen mit demselben Hintergrund im Lauf der Zeit ändert (also auf der **relativen sozialen Mobilität**), und weniger darauf, wie sich das absolute Niveau im Hinblick auf Einkommen, Bildung oder Gesundheit ändert (also der **absoluten sozialen Mobilität**) – siehe dazu den folgenden Kasten.²

EINE EINFÜHRUNG ZUM KONZEPT DER „SOZIALEN MOBILITÄT“

Absolute und relative soziale Mobilität im Vergleich

Soziale Mobilität zwischen Generationen und im Lebensverlauf kann nach absoluten oder relativen Gesichtspunkten bemessen werden. Für Aussagen über die absolute soziale Mobilität wird untersucht, wie stark sich Einkommen, Bildungsstand oder Gesundheit verbessern oder verschlechtern. Für die relative soziale Mobilität wird die Stellung von Personen innerhalb der Gesellschaft betrachtet, indem ihre Position entweder mit der ihrer Eltern oder mit den Positionen im Laufe ihres eigenen Lebens verglichen wird.

Die absolute Mobilität über Generationen hinweg ist für die meisten Bevölkerungsgruppen in höher entwickelten Volkswirtschaften langfristig betrachtet positiv ausgefallen, da sich Einkommen, Bildungsstand und Gesundheit verbessert haben. Die absolute Mobilität – d. h. die Geschwindigkeit der Fortschritte –

.....
 2 Das erste Beispiel im vorigen Absatz bezieht sich auf die Einschätzungen über relative intergenerationelle Mobilität, das zweite auf die Einschätzungen über absolute intragenerationelle Mobilität.

hat in einigen zentralen Dimensionen abgenommen, da die Länder ein höheres Entwicklungsniveau erreicht haben, beispielsweise in den Bereichen Bildung oder Gesundheit. In einigen Fällen wächst sogar die Sorge über negative absolute Mobilität zwischen Generationen, d. h. darüber, ob die junge Generation von heute noch denselben Lebensstandard wie ihre Eltern erreichen wird.* Darüber hinaus kann jeder Mensch im Laufe seines Lebens negative absolute Mobilität erleben, zum Beispiel im Falle von Krankheit oder Arbeitsplatzverlust.

Die relative Mobilität kann unabhängig von der absoluten Mobilität hoch oder niedrig sein: Auch bei einer Verbesserung des Lebensstandards insgesamt (d. h. bei positiver absoluter Mobilität) wird es so sein, dass einige Menschen im Vergleich zu Mitmenschen mit demselben Hintergrund Fortschritte erzielen und eine höhere gesellschaftliche Position erreichen als ihre Eltern, während andere nicht Schritt halten können.

Sowohl absolute als auch relative Mobilität sind von Bedeutung, wobei letztere für die Politik meist von größerem Interesse ist. Im Mittelpunkt dieses Berichts steht daher vorrangig die relative soziale Mobilität. Sofern nicht anders angegeben, bezieht sich der Begriff „soziale Mobilität“ demnach auf relative Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse.

Wie viel soziale Mobilität ist wünschenswert?

Es ist nicht einfach, einen „wünschenswerten“ oder gar den „optimalen“ Grad an sozialer Mobilität zu bestimmen. In öffentlichen Debatten wird soziale Mobilität meist vorrangig mit Aufstiegsmobilität gleichgesetzt und somit als etwas Positives betrachtet. Konzeptionell bedingt gehen gute Chancen auf eine relative Aufstiegsmobilität für eine Gruppe immer auch mit einem hohen Risiko an relativer Abstiegsmobilität für eine andere Gruppe einher. Und auch wenn politische

Entscheidungsträgerinnen bzw. Entscheidungsträger versuchen, beidem gerecht zu werden, sprich Aufstiegsmobilität für eine Gruppe zu fördern (beispielsweise für Kinder aus benachteiligten Familien) und das Risiko der Abstiegsmobilität für eine andere Gruppe zu reduzieren (zum Beispiel für Haushalte der unteren Mittelschicht), so ist relative Mobilität per se gesamtgesellschaftlich betrachtet ein Nullsummenspiel.

Dennoch spricht viel dafür, für mehr Mobilität in der Gesellschaft zu sorgen. Eine höhere soziale Mobilität bringt eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Vorteile mit sich, beispielsweise ein höheres Wachstum, verstärkte soziale Teilhabe und größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine sozial mobilere Gesellschaft ist sicherlich eine gerechtere Gesellschaft, wenn die gesellschaftliche Stellung von Menschen durch ihre Fähigkeiten und Bemühungen bestimmt wird und nicht aus früher erworbenen Privilegien resultiert. Dafür müssen sowohl Maßnahmen zur Förderung der Aufstiegsmobilität ergriffen werden, z. B. durch die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, als auch Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, dass die obersten Einkommensschichten übermäßige Privilegien genießen. Gewisse Arten der sozialen Mobilität können jedoch gesellschaftlich unerwünscht sein: So werden Gesellschaften insbesondere darauf hinwirken, das hohe Risiko einer kurzfristigen Abstiegsmobilität im Verlauf des Lebens zu begrenzen, indem hohe Einkommensverluste im Falle von Krankheit, Trennungen oder Arbeitslosigkeit abgefedert werden, auch wenn dies bedeutet, dass die Aufstiegsmobilität in gewissem Maße eingeschränkt wird.

* Laut der 2018 durchgeführten Umfrage der OECD *Risks That Matter* (vgl. OECD 2019c) sind zwei Drittel der österreichischen Eltern der Ansicht, dass sie erfolgreicher im Leben waren als ihre Eltern, doch weniger als ein Drittel geht davon aus, dass ihre eigenen Kinder denselben gesellschaftlichen Status und Komfort erreichen werden wie sie selbst.

2.1 Intergenerationelle soziale Mobilität: Vererbung von Privilegien und Benachteiligungen

Die Verdienstmobilität zwischen den Generationen ist in Österreich gering

Die intergenerationelle Verdienstmobilität ist in Österreich vergleichsweise gering, denn der Verdienst der Väter bestimmt in starkem Maße den Verdienst ihrer Kinder im Haupterwerbsalter:

- » **Geringe Verdienstmobilität nach oben am unteren Rand:** Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne von Vätern mit niedrigem Verdienst – dieser ist hier definiert als Verdienst im untersten Viertel – in den oberen Bereich der Verdienstverteilung aufsteigen, liegt bei nur 15% und damit unter dem OECD-Durchschnittswert von 17% (siehe Abbildung 2).
- » **Starke Verdienststabilität in der Mitte:** Das Risiko für Söhne von Vätern der beiden mittleren Verdienstviertel, sich im untersten Viertel wiederzufinden, ist geringer, als dies in den OECD-Ländern im Durchschnitt der Fall ist. Allerdings ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in das oberste Viertel aufsteigen, etwas geringer als im OECD-Durchschnitt.
- » **Hohe Verdienstpersistenz am oberen Rand:** Die Söhne von Vätern mit hohem Verdienst werden mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst viel verdienen: 42% von ihnen erreichen das oberste Viertel, ungefähr genauso viele wie im OECD-Durchschnitt (siehe Abbildung). Doch auch bei dieser Gruppe ist das Risiko, in das unterste Viertel abzurutschen, mit 20% höher als im OECD-Durchschnitt (16%), was dem generell vorherrschenden Muster der geringen Gesamtmobilität in Österreich widerspricht.

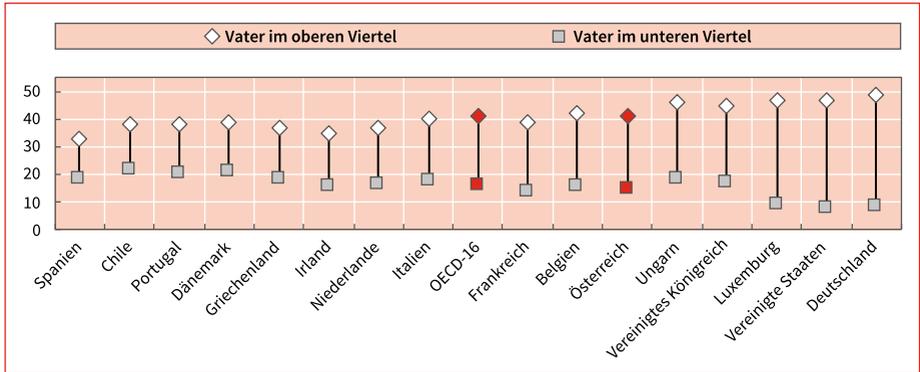
Diese geringe Verdienstmobilität erklärt, warum es für Kinder aus Haushalten mit niedrigen Einkommen derart lange dauert, sich dem Durchschnittseinkommen anzunähern, wie in Abbildung 1 in der Einleitung dargestellt.³

Die oben angeführten Ergebnisse spiegeln ausdrücklich das Verhältnis zwischen dem Verdienst von Vätern und Söhnen wider, da es generell schwieriger ist, verlässliche Schätzungen für Töchter abzugeben. Es nehmen weniger Frauen als Männer am Arbeitsmarkt teil, und diejenigen, die teilnehmen und für deren Verdienst Aussagen getroffen werden können, stellen meist eine eher ausgewählte Untergruppe dar und sind somit weniger repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Würden einfach nur die Verdienste von Vätern und ihren Töchtern oder von Müttern und ihren Töchtern ins Verhältnis zueinander gesetzt, so wären die daraus gewonnenen Ergebnisse nicht ohne Weiteres vergleichbar. Der Schwerpunkt in einem Großteil der empirischen Literatur zu intergenerationaler Verdienstpersistenz liegt daher auf den Söhnen.

3 Die in Abbildung 1 dargestellten Simulationen basieren auf Schätzungen zum Anteil des Verdienstes von Söhnen, der sich aus den Verdienstunterschieden ihrer Väter erklärt (die sogenannte intergenerationale Verdienstelastizität). Auch nach diesem anderen, technischeren Maß ist die Verdienstmobilität in Österreich gering: Die intergenerationale Verdienstelastizität für Österreich liegt bei 48 %, im Vergleich zu 38 % im Durchschnitt von 26 OECD-Ländern. Anders ausgedrückt wird fast die Hälfte des Verdienstunterschieds, der zwischen Vätern besteht, an die Söhne übertragen. Die zweite zentrale Kenngröße in diesen Berechnungen ist der Gini-Index, der den Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung angibt. Die Einkommensungleichheit fiel 2017 in Österreich niedriger aus als im OECD-Durchschnitt – Gini-Index von 28,4 gegenüber 31,7 (OECD 2019b).

Abbildung 2: Die Verdienstmobilität nach oben zwischen den Generationen ist in Österreich vergleichsweise niedrig

Prozentualer Anteil der Söhne im obersten und untersten Verdienstviertel, die in das oberste Verdienstviertel gelangen



Hinweis: Die Länder sind nach den prozentualen Unterschieden in aufsteigender Reihenfolge geordnet.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des SOEP für Deutschland, des PSID für die Vereinigten Staaten, des ECHP und EU-SILC 2011 für Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich, des MHP und EU-SILC 2011 für Ungarn und CASEN 2009 für Chile.⁴

Eine frühere Untersuchung der OECD hat jedoch gezeigt, dass sich diese Ergebnisse auch auf Väter *und* Töchter übertragen lassen. Tatsächlich weisen ökonometrische Schätzungen, die der niedrigeren Erwerbsquote von Frauen Rechnung tragen, darauf hin, dass die Verdienstmobilität bei Töchtern in Österreich etwas geringer ausfällt als bei Söhnen (vgl. OECD 2018a, 210). Väter übertragen schätzungsweise 60 % der Variation ihres Verdienstes an ihre Töchter und rund 48 % an ihre Söhne.

In Italien und Spanien zeigt sich ein ähnliches Muster, wohingegen die Verdienstpersistenz bei Töchtern beispielsweise in Deutschland und Ungarn weniger stark ausgeprägt ist als bei Söhnen. Im Durchschnitt waren in keinem der 14 in der Studie betrachteten

4 SOEP: Sozio-oekonomisches Panel; PSID: Panel Study of Income Dynamics; ECHP: Europäisches Haushaltspanel; MHP: Magyar háztartási panel felmérés; CASEN: Caracterización Socioeconómica Nacional.

OECD-Länder systematische Unterschiede hinsichtlich der Verdienstpersistenz bei Töchtern und Söhnen festzustellen.

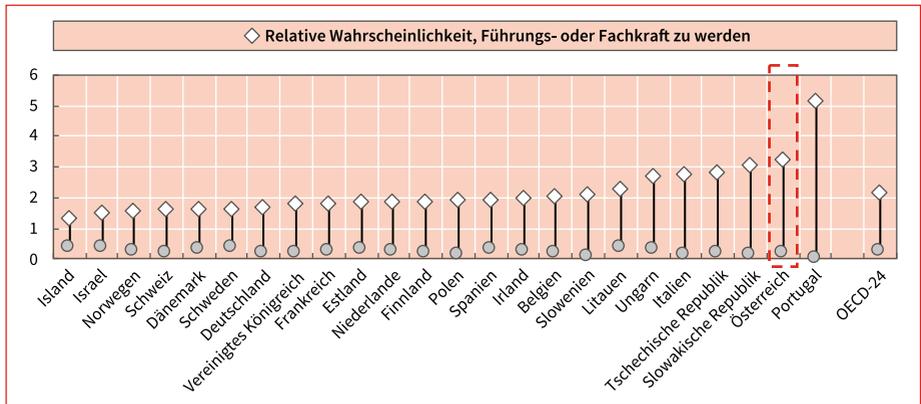
Dies spiegelt eine hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen wider

Eine geringe Verdienstmobilität spiegelt eine relativ hohe Persistenz hinsichtlich des Berufsstatus von Eltern und ihren Kindern wider. In Österreich ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Führungs- oder Fachkräften selbst einmal in derartigen Positionen tätig sind, 3,3-mal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien (siehe Abbildung 3). Im Gegensatz dazu ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Führungs- oder Fachkräften als Arbeiterinnen oder Arbeiter tätig sein werden, nur ein Drittel so hoch wie bei Kindern aus Arbeiterfamilien.⁵ Die Übertragung von Beschäftigungsergebnissen von Eltern auf ihre Kinder ist, abgesehen von Portugal, in Österreich stärker ausgeprägt als in den meisten OECD-Ländern mit vergleichbaren Daten.

.....
5 Die Wahrscheinlichkeit, als Führungs- oder Fachkraft zu arbeiten, beträgt 56% für Kinder von Führungskräften und 17% für Kinder aus Arbeiterfamilien. Die Wahrscheinlichkeiten, später als Arbeiterin oder Arbeiter tätig zu sein, betragen 13% bzw. 45%.

Abbildung 3: Hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen in Österreich

Relative Wahrscheinlichkeit, Führungskraft oder Arbeiterin/Arbeiter zu werden:
 Vergleich zwischen Kindern von Führungskräften und Kindern aus Arbeiterfamilien (Mitte der 2010er-Jahre)



Hinweis: Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre).

Erläuterung zum Lesen der Grafik: In Österreich ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind einer Führungskraft selbst Führungskraft wird, 3,3-mal höher als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind einer Führungskraft als Arbeiterin/Arbeiter tätig sein wird, ist nur ein Drittel so hoch wie bei einem Kind aus einer Arbeiterfamilie.

Hinweis: „Führungskräfte“ bezieht sich auf Führungs- oder Fachkräfte in unteren oder höheren Positionen, „Arbeiterin/Arbeiter“ bezieht sich auf qualifizierte, angelernte oder ungelernete Arbeitskräfte. Der Beruf der Eltern bezieht sich auf den Zeitpunkt, als das Kind 14 Jahre alt war.

Quelle: OECD-Berechnungen auf Grundlage des European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012–16).

Hohe Persistenz der Bildungsergebnisse zwischen den Generationen ist eine mögliche Ursache

Eine hohe Persistenz der Bildungsergebnisse zwischen den Generationen ist eine mögliche Ursache für die geringe Verdienst- und Einkommensmobilität. In allen OECD-Ländern schneiden Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau in der Schule im Durchschnitt schlechter ab und erwerben niedrigere Qualifikationen als ihre Altersgenossinnen und Altersgenossen aus Familien mit einem höheren Bildungsniveau. Dieser

Unterschied fällt jedoch in Österreich viel stärker aus als in den Ländern, die am besten abschneiden: Die Wahrscheinlichkeit, dass Erwachsene, die in einem Haushalt aufwuchsen, in dem die Eltern nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügten, ebenfalls keinen Sekundarschulabschluss erlangt haben, liegt in Österreich bei 31%. Bei Erwachsenen, deren Eltern einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich haben, liegt dieser Wert bei nur 2% (siehe Abbildung 4). Im Vergleich hierzu hat in den Ländern, die am besten abschneiden, wie Estland, Finnland und Schweden, nur einer von acht Erwachsenen, deren Eltern nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügen, auch selbst keinen solchen Abschluss erlangt.

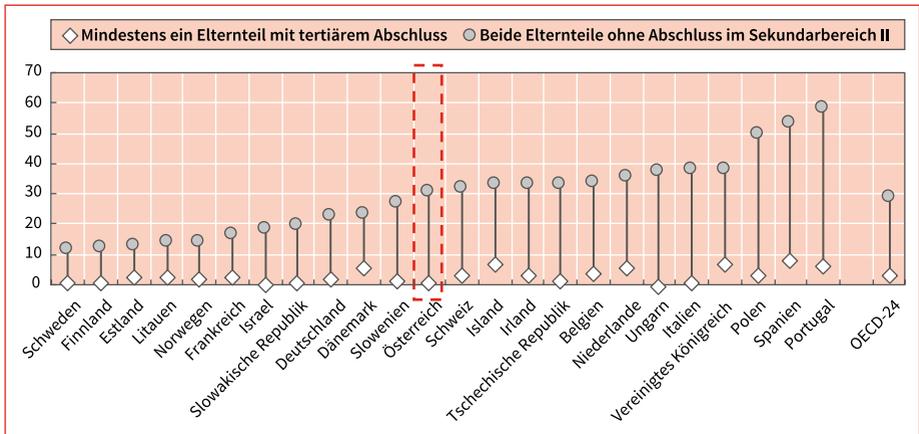
Auch die Chancen, einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich zu erlangen, hängen stark vom Bildungshintergrund der Eltern ab: Die Wahrscheinlichkeit, einen tertiären Bildungsabschluss zu erlangen, ist in Österreich bei Erwachsenen, deren Eltern selbst über tertiäre Bildung verfügen, zehnmal höher als bei Erwachsenen, deren Eltern keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben. Das ist einer der höchsten Werte unter den OECD-Ländern (der OECD-Durchschnittswert liegt bei drei zu eins).⁶

Die Feststellung, dass die Bildungsmobilität zwischen den Generationen in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern gering ist, deckt sich mit Ergebnissen aus früheren länderübergreifenden Studien (vgl. OECD 2008; OECD 2010; Fessler/Mooslechner/Schürz 2011).

.....
 6 Insgesamt ist der Anteil der Erwachsenen mit tertiärem Bildungsabschluss in Österreich im OECD-Vergleich gering: 2017 waren es 32,4%, im OECD-Durchschnitt hingegen 36,5% (vgl. OECD 2019a). 62% der Erwachsenen, bei denen zumindest ein Elternteil über tertiäre Bildung verfügt, haben auch selbst einen tertiären Bildungsabschluss erlangt, wohingegen dies nur bei 6% der Erwachsenen, deren Eltern keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben, der Fall ist.

Abbildung 4: Viele Erwachsene, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, haben selbst die Schule ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II verlassen

Prozentualer Anteil der Erwachsenen, die die Schule ohne Abschluss im Sekundarbereich II verlassen haben, nach Bildungsniveau der Eltern



Hinweis: Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre).

Quelle: OECD-Berechnungen auf Grundlage des European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012–16).

Im Hinblick auf Bildungsergebnisse fällt die Persistenz zwischen den Generationen bei Töchtern geringfügig höher aus als bei Söhnen (siehe Abbildung 5). Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Eltern, die nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügen, selbst auch keinen solchen Abschluss erlangen, ist für Töchter 1,5-mal höher als für Söhne. Gleichzeitig ist es etwas wahrscheinlicher, dass die Töchter von Eltern mit tertiärem Bildungsabschluss selbst einen solchen Abschluss erwerben, als es bei den Söhnen dieser Eltern der Fall ist.⁷

⁷ Frühere Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Bildungsergebnisse der Väter tendenziell einen größeren Einfluss haben als die der Mütter; darüber hinaus ist die Persistenz zwischen Vätern und Söhnen und zwischen Müttern und Töchtern meist stärker ausgeprägt als zwischen den Geschlechtern (vgl. Fessler/Schneebaum 2012).

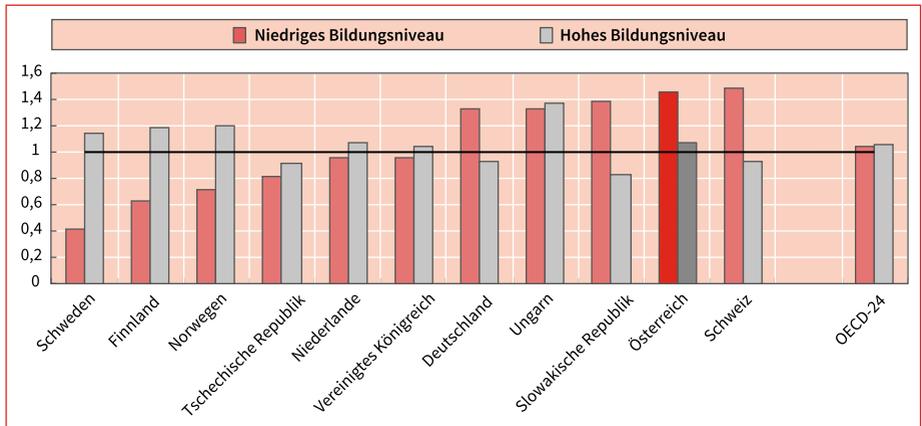
Zu erwähnen ist hierbei, dass diese Feststellungen leider nur relativ geringe Rückschlüsse darauf zulassen, in welchem Maße das heutige Bildungssystem in Österreich die kognitiven und nichtkognitiven Defizite von Kindern aus benachteiligten Familien erfolgreich kompensieren kann. Dies liegt darin begründet, dass sich die Feststellungen auf die Bildungsergebnisse von Personen beziehen, die in einem Alter sind, in dem sie ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben, d. h., sie beziehen sich auf die heutigen Erwachsenen und ihre Eltern. Es gibt außerdem Anhaltspunkte dafür, dass die intergenerationelle Bildungsmobilität in Österreich für die Generation, die in den späten 1970er-Jahren oder in den 1980er-Jahren geboren wurde, höher ausfällt als für die Nachkriegsgenerationen (vgl. Fessler/Mooslechner/Schürz 2011).

Dennoch besteht in Österreich ein starker Zusammenhang zwischen familiärem Hintergrund und schulischen Leistungen. Der Anteil der Leistungsunterschiede der Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Lesekompetenz in der jüngsten PISA⁸-Studie, die sich auf den sozioökonomischen Hintergrund zurückführen lassen, ist in Österreich höher als im OECD-Durchschnitt. Der Anteil „resilienter“ Schülerinnen und Schüler, also derer aus sozial benachteiligten Familien, die in ihrem Land im naturwissenschaftlichen Bereich dennoch Leistungen im obersten Viertel erbringen, ist relativ gering (vgl. OECD 2016d; OECD 2018c).

.....
 8 PISA steht für Programme for International Student Assessment.

Abbildung 5: Bildungsergebnisse zwischen den Generationen werden in Österreich in höherem Maße auf Töchter übertragen als auf Söhne, insbesondere bei Kindern aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau

Verhältnis zwischen dem Anteil der Töchter im Vergleich zu Söhnen, die dasselbe Bildungsniveau wie ihre Eltern erreichen



Erläuterung zum Lesen der Grafik: In Österreich ist der Anteil der Töchter aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau, die selbst über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, 1,5-mal höher als der Anteil der Söhne aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau, die selbst über ein niedriges Bildungsniveau verfügen. Der Anteil der Töchter aus Familien mit hohem Bildungsniveau, die ebenfalls ein hohes Bildungsniveau erreichen, ist 1,1-mal höher als bei Söhnen.

Hinweis: Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre). Als Elternhäuser mit niedrigem Bildungsniveau gelten Elternhäuser, in denen kein Elternteil einen höheren Abschluss als den der Sekundarstufe I erworben hat; in Familien mit hohem Bildungsniveau verfügt zumindest ein Elternteil über einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich.

Quelle: OECD-Berechnungen auf Grundlage des European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012–16).

2.2 Intragenerationelle soziale Mobilität: Privilegien und Benachteiligungen bestehen fort

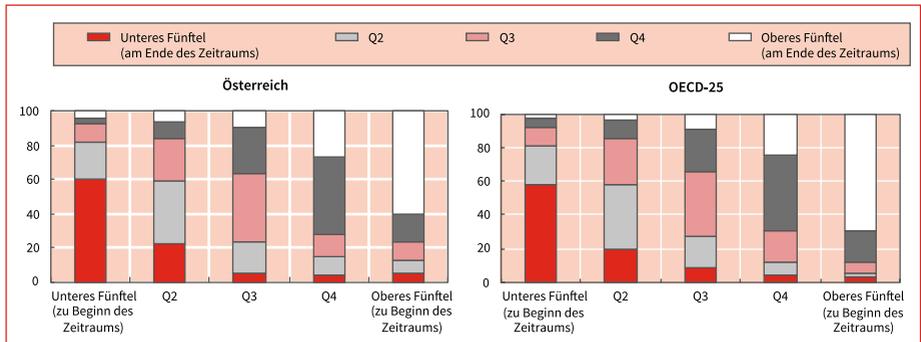
Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz in den letzten zehn Jahren gestiegen ist

Die relative Einkommenssituation der Menschen in den OECD-Ländern ist auf kurze Sicht meist sehr stabil, insbesondere am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung. Die Hälfte aller Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter verblieb im Vierjahreszeitraum von 2014 bis 2017 in ihrem Einkommensfünftel (49 % in Österreich, 50 % im OECD-Raum). Von denjenigen, die in Haushalten mit den höchsten Einkommen leben, d. h. Menschen, die sich zu Beginn des Vierjahreszeitraums im obersten Einkommensfünftel befanden, waren rund zwei Drittel am Ende des Zeitraums noch immer im obersten Fünftel (60 % in Österreich, 69 % im OECD-Raum, siehe Abbildung 6, Teil A). Analog befand sich eine Mehrheit der Menschen mit niedrigem Einkommen, also derjenigen im untersten Einkommensfünftel, am Ende des Zeitraums noch immer in diesem Bereich.

Abbildung 6: Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz in den letzten zehn Jahren gestiegen ist

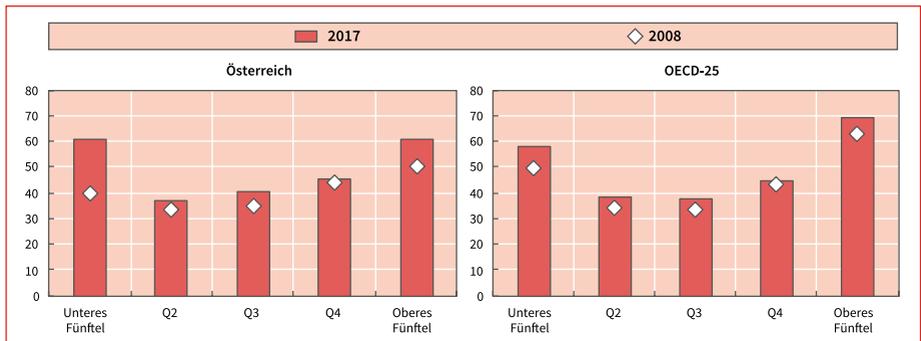
Teil A: Muster der Einkommensmobilität nach Einkommensgruppe

Einkommensveränderungen über einen Zeitraum von vier Jahren nach Einkommensfünftel, 2014 bis 2017



Teil B: Entwicklung der Einkommenspersistenz nach Einkommensgruppe

Prozentsatz der Personen, die sich zu Beginn und am Ende des untersuchten Vierjahreszeitraums im selben Einkommensfünftel befanden, 2017 und 2008



Hinweis: Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige, deren Einkommenssituation das verfügbare Äquivalenzeinkommen widerspiegelt. Q2–Q4 bezeichnen die Fünftel (Quintile) 2 bis 4.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen

Außerdem ist die Einkommenspersistenz sowohl in Österreich als auch im OECD-Durchschnitt in den letzten zehn Jahren gestiegen. Hierbei fällt auf, dass Menschen am unteren Ende der Einkommensskala geringere Aufstiegschancen haben, und gleichzeitig für Menschen am oberen Ende ein niedrigeres Risiko besteht, ihre privilegierte Einkommenssituation einzubüßen. In Österreich ist sowohl für Menschen mit niedrigem als auch mit hohem Einkommen die Wahrscheinlichkeit, im jeweiligen Einkommensfünftel zu verbleiben, um 19 bzw. 9 Prozentpunkte gestiegen (siehe Abbildung 6, Teil B).

Innerhalb der Gruppe mit mittleren Einkommen gibt es gegensätzliche Entwicklungen, und das Abstiegsrisiko für die untere Mittelschicht nimmt zu

Insgesamt ist es für Haushalte mit mittleren Einkommen auf kurze Sicht wahrscheinlicher, in der Einkommensverteilung aufzusteigen als abzurutschen, jedoch besteht insbesondere für die untere Mittelschicht auch ein erhebliches Abstiegsrisiko. Am Ende des Vierjahreszeitraums fanden sich in Österreich unter den Personen im erwerbsfähigen Alter aus Haushalten mit niedrigem mittlerem Einkommen 22% am unteren Ende der Einkommensverteilung wieder, was etwas mehr ist als der OECD-Durchschnitt von 20% (siehe Abbildung 7, Teil A). Das ist erheblich mehr als bei Haushalten mit mittleren Einkommen im mittleren und oberen Bereich, also den Haushalten im dritten und vierten Einkommensfünftel (jeweils rund 5%).

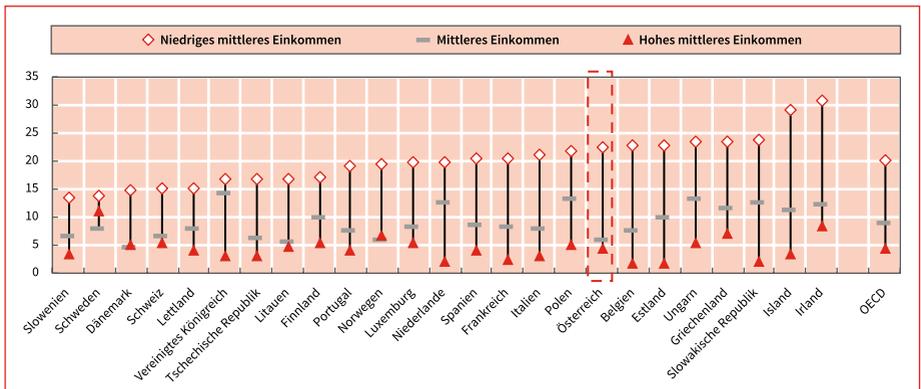
Diese Zahlen spiegeln weitgehend eine stärkere Spaltung der Gruppe mit mittleren Einkommen in eine zunehmend gefährdete untere Mittelschicht und eine stabile mittlere und obere Mittelschicht wider. Die Aufstiegschancen für Menschen im erwerbsfähigen Alter aus der unteren Mittelschicht (zweites Fünftel) haben sich seit den 1990er-Jahren leicht verbessert, allerdings hat sich für sie auch das Risiko eines Abstiegs in das unterste Fünftel erheblich erhöht (siehe Abbildung 7, Teil B). Im Vergleich dazu hat die Abstiegsmobilität für Menschen im mittleren und oberen Bereich der mittleren Ein-

kommen (drittes und viertes Fünftel) abgenommen, während die Aufstiegsmobilität im dritten Fünftel gleich geblieben und im viertel Fünftel gestiegen ist.

Abbildung 7: Für Haushalte mit niedrigen mittleren Einkommen besteht ein erhebliches Abstiegsrisiko

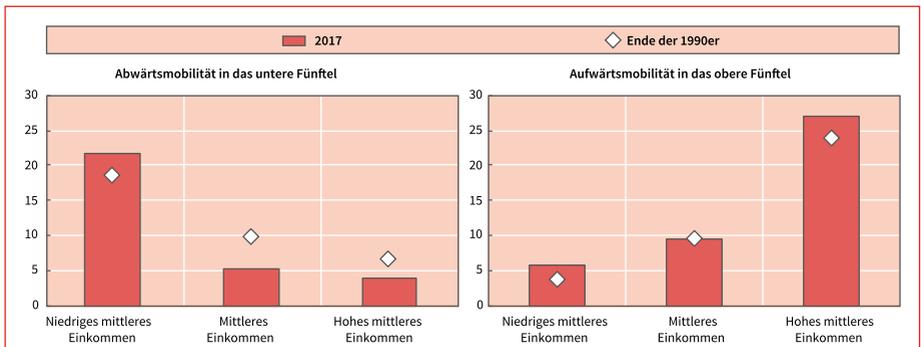
Teil A: Risiko der Abstiegsmobilität für Haushalte mit mittleren Einkommen

Prozentsatz der Personen mit mittleren Einkommen, die sich nach vier Jahren im untersten Einkommensfünftel wiederfanden, 2014 bis 2017



Teil B: Entwicklung der Aufstiegs- und Abstiegsmobilität für Haushalte mit mittleren Einkommen

Wahrscheinlichkeit (in Prozent) des Abstiegs in das niedrigste Einkommensfünftel (linkes Bild) bzw. des Aufstiegs in das obere Einkommensfünftel (rechtes Bild) für Menschen in Österreich in den drei mittleren Einkommensfünfteln, Ende der 1990er-Jahre und 2017



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen

Die Aufnahme einer Arbeit und der Wechsel des Arbeitsplatzes bringen steigende Einkommen mit sich ...

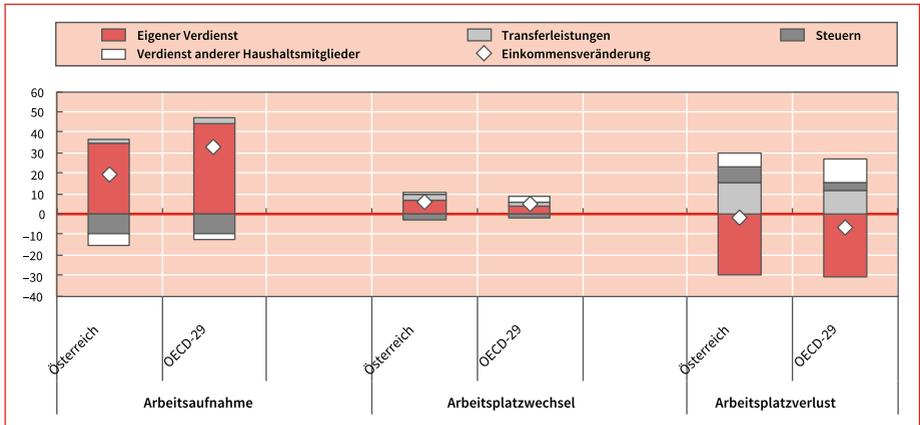
Der Übergang ins Erwerbsleben und der Wechsel des Arbeitsplatzes gehen mit einem Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens einher. Im Vergleich zur Einkommenssituation des Vorjahres zeigt sich bei der Aufnahme einer Arbeit in Österreich im Durchschnitt eine Einkommensverbesserung in Höhe von 21 %, im OECD-Raum sogar um rund 34 % (siehe Abbildung 8). Wird allein der Anstieg des individuellen Bruttoverdienstes betrachtet, ist der Effekt sogar noch höher. Er wird aber durch höhere Steuerzahlungen und eine durchschnittliche Reduzierung des Verdienstes anderer Mitglieder des Haushalts teilweise wieder kompensiert. Auch ein Wechsel des Arbeitsplatzes geht meist mit einem leichten Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens einher; dieser beträgt in Österreich wie auch im OECD-Durchschnitt jeweils rund 7%. Dieser Anstieg spiegelt ebenfalls vorrangig den Verdienstanstieg wider.

... während Sozialtransfers die negativen Auswirkungen eines Arbeitsplatzverlustes auf die Einkommenssituation zunächst abmildern

Im Gegensatz dazu ist im Durchschnitt der Verlust des Arbeitsplatzes auf kurze Sicht nicht mit einer starken Reduzierung des verfügbaren Haushaltseinkommens verbunden. Der hohe Verdienstausschlag, der sich durch Arbeitslosigkeit ergibt (rund 30 % des verfügbaren Haushaltseinkommens), wird vielmehr durch höhere Transferleistungen und geringere Steuerzahlungen sowie einen Verdienstanstieg der anderen Haushaltsmitglieder ausgeglichen. In Österreich fällt der positive Einfluss des Steuer- und Transfersystems etwas höher aus als in anderen OECD-Ländern, was teilweise die relativ lange Bezugsdauer von Leistungen aus der Arbeitslosenunterstützung widerspiegelt. Die Ersatzraten der Arbeitslosenunterstützung liegen nahe am OECD-Durchschnitt (siehe Abschnitt 3.4).

Abbildung 8: Änderungen des Beschäftigungsstatus sind meist mit Einkommensanstiegen verbunden

Prozentuale Veränderung des Einkommens nach Änderung des Beschäftigungsstatus in aufeinanderfolgenden Jahren, Anfang der 2010er-Jahre



Hinweis: Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige. Der Wert der Sozialtransfers wurde hier berechnet als die Differenz zwischen dem verfügbaren Einkommen und der Summe aller anderen angegebenen Einkommenskomponenten.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen

Die Geburt eines Kindes ist mit geringeren Einkommenseinbußen verbunden, hat jedoch oft langfristige Auswirkungen auf die Karriere von Müttern

Es mag überraschen, dass die Geburt eines Kindes zunächst nur mit relativ geringen negativen Einkommenseffekten verbunden ist (siehe Abbildung 9, Teil A). Durchschnittlich sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen im Jahr nach der Geburt eines Kindes um 3%. Für Mütter werden die Verdienstverluste und der negative Haushaltgrößeneffekt (d. h. die Angleichung des Einkommens an einen nun größeren Haushalt) nahezu vollständig durch umfangreichere Sozialtransfers und den höheren Verdienst des Ehepartners ausgeglichen. Das geringe Ausmaß des Einkommenseffektes auf Mütter spiegelt

darüber hinaus möglicherweise auch die Tatsache wider, dass nicht alle Frauen vor der Geburt (Vollzeit) gearbeitet haben. Die Einkommenseffekte in Bezug auf das verfügbare Haushaltseinkommen fallen für Männer geringfügig höher aus, da für sie der Haushaltsgrößeneffekt nicht entsprechend durch einen höheren Verdienst der Ehepartnerin ausgeglichen wird.

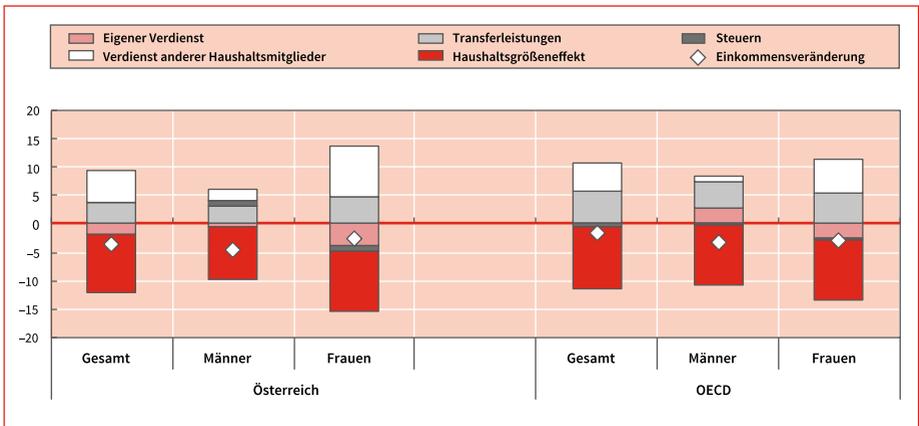
Die Geburt eines Kindes hat jedoch grundlegende und langfristige Auswirkungen auf die Entwicklung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt (siehe Abbildung 9, Teil B). Im Jahr nach der Geburt sinkt die Erwerbsquote von Frauen in Österreich um über 70 % im Vergleich zur Erwerbsquote von Männern oder von vergleichbaren kinderlosen Frauen.⁹ Das ist deutlich mehr als in Deutschland (-43 Prozentpunkte) und drei- bis viermal so viel wie in Dänemark oder Schweden. Außerdem kehren Mütter in den darauffolgenden Jahren nur langsam in den Arbeitsmarkt zurück: Bei Müttern mit einem dreijährigen Kind ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie am Arbeitsmarkt teilnehmen, noch immer um 32 % niedriger als bei vergleichbaren kinderlosen Frauen.

.....

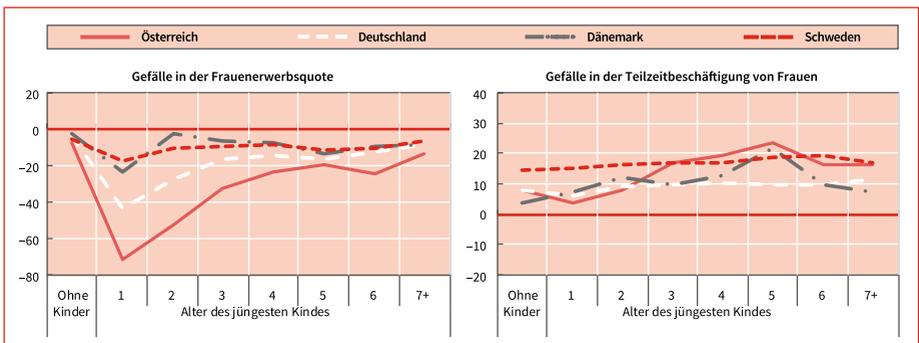
9 In den EU-SILC-Daten, auf denen die Analyse für Österreich beruht, werden die Erledigung häuslicher Arbeiten und Betreuungsaufgaben als eigenständige Tätigkeiten, d. h. unabhängig von Teil- oder Vollzeitbeschäftigung, definiert. Mütter in Mutterschutz oder Elternkarenz wählen wahrscheinlich diesen Beschäftigungsstatus, auch wenn sie entsprechend der Definition der International Labour Organization (ILO) formal immer noch als erwerbstätig eingestuft werden. Laut ILO gelten Personen im Elternurlaub als erwerbstätig, wenn sie weiterhin mindestens 50 % ihres Lohns oder Gehalts aus ihrem Beschäftigungsverhältnis erhalten oder nicht länger als drei Monate der Arbeit fernbleiben.

Abbildung 9: Die Geburt eines Kindes geht mit lediglich geringen Einkommensveränderungen einher, hat jedoch langfristige Auswirkungen auf die Teilhabe der Mütter am Arbeitsmarkt

Teil A: Veränderung des Einkommens in Prozent im Vorjahresvergleich nach der Geburt eines Kindes, Anfang der 2010er-Jahre



Teil B: Grenzeffekt der Geburt eines Kindes auf Erwerbstätigkeit und Teilzeitarbeit in Prozentpunkten, Frauen mit und ohne Kinder (nach Alter des jüngsten Kindes) im Vergleich zu Männern, Mitte der 2000er-Jahre bis Mitte der 2010er-Jahre



Hinweis zu Teil A: Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige. Der Wert der Sozialtransfers wurde hier berechnet als die Differenz zwischen dem verfügbaren Einkommen und der Summe aller anderen angegebenen Einkommenskomponenten.

Hinweis zu Teil B: Dargestellt sind Grenzeffekte aus länderspezifischen Probit-Regressionsmodellen, die Kreuzeffekte für Frauen und Kontrollvariablen für Altersgruppe, Bildungsniveau, Familienstand, Gesundheitszustand und Entwicklungen im Zeitverlauf umfassen. Ergebnisse für 20- bis 64-Jährige. Für weitere Einzelheiten siehe OECD 2018d.

Quelle: Teil A: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen; Teil B: OECD 2018d unter Nutzung von Daten aus EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen

Von den Müttern, die erwerbstätig sind, arbeiten viele eingeschränkt. Erwerbstätige Frauen mit einem dreijährigen Kind arbeiten mehr als doppelt so häufig in Teilzeit wie kinderlose Frauen. Und fast jede vierte erwerbstätige Mutter eines fünfjährigen Kindes arbeitet mit reduzierten Arbeitszeiten. Darin spiegeln sich die begrenzte Verfügbarkeit formaler Kinderbetreuungsangebote sowie die oftmals kurzen Öffnungszeiten in Einrichtungen frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich wider. Insgesamt zählen die Quoten für Teilzeitbeschäftigung unter erwerbstätigen Müttern zu den höchsten im gesamten OECD-Raum (vgl. OECD 2016b).

Scheidungen gehen meist mit hohen Einkommenseinbußen einher, insbesondere für Frauen

Scheidungen sind meist mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden. Die Wahrscheinlichkeit, hohe Einkommensverluste zu erleiden, ist in Österreich für Menschen, die sich scheiden lassen, siebenmal höher als für Personen, die in einer stabilen Partnerschaft leben. Im Jahr nach einer Scheidung sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen in Österreich um durchschnittlich rund 18%; dies ist mehr als im OECD-Durchschnitt (14%). Diese Zahl spiegelt den Verdienstverlust des Partners bzw. der Partnerin und das Ausbleiben einiger Sozialtransfers, insbesondere Familienleistungen, wider; die Effekte werden nur teilweise durch den eigenen höheren Verdienst, eine niedrigere Nettosteuerung und einen Haushaltsgrößeneffekt ausgeglichen.¹⁰

Frauen müssen in Österreich nach einer Scheidung meist weitaus höhere Einkommensverluste hinnehmen als Männer (23% im Vergleich zu 10%). Da sie in der Ehe oft den geringeren Verdienst haben, wiegt der Verlust des Einkommens des Partners schwerer. Sie büßen auch mehr Sozialtransfers ein, vermutlich, weil einige dieser Transferleistungen

.....
 10 Um verfügbares Einkommen über unterschiedliche Haushaltsgrößen hinweg vergleichen zu können, wird das Einkommensniveau eines Haushalts durch die Quadratwurzel der Haushaltsgröße geteilt. Da ein Haushalt nach einer Scheidung meist kleiner ist als zuvor, wird auch der Zähler zur Anpassung des verfügbaren Haushaltseinkommens meist kleiner.

gen an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppelt sind. Dies wird teilweise durch einen höheren eigenen Verdienst der Frauen nach einer Scheidung ausgeglichen, der sich wahrscheinlich aus einer Erhöhung ihrer Arbeitszeiten ergibt.

Über längere Zeiträume hinweg haben Frauen im Verdienstverlauf geringere Aufstiegschancen und größere Abstiegsrisiken als Männer

Die bisher präsentierten Ergebnisse beruhen auf internationalen Umfragedaten,¹¹ die einen Überblick über kurzfristige Einkommenspersistenz und das Auftreten von Einkommensschocks ermöglichen. Aufgrund des nur kurzen Beobachtungszeitraums können diese Daten allerdings keine Auskunft über längerfristige Dynamiken geben. Um diese Lücke zu füllen, können Daten aus nationalen administrativen Quellen hilfreich sein, so zum Beispiel Steuer- oder Sozialversicherungsdaten. Sie ermöglichen es, die Entwicklung der Arbeitsmarkt- oder Einkommenssituation von Personen über längere Zeiträume hinweg zu verfolgen. In Österreich ist dies mithilfe der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) möglich, die gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) und dem Arbeitsmarktservice (AMS) verwaltet wird. Sie ermöglicht es, die Verdienstverläufe von einzelnen Personen über mehrere Jahrzehnte hinweg zu rekonstruieren.¹²

Die Verdienstverläufe der meisten Personen sind über längere Zeiträume hinweg relativ stabil. Auf jüngere Menschen trifft dies allerdings etwas weniger zu als auf Personen mittleren und höheren Alters. Zudem unterscheiden sich die Verdienstverläufe von Männern und Frauen:

- » Bei jungen Männern ist die Persistenz im Verdienstverlauf am unteren Ende der Verdienstverteilung relativ gering, am oberen Ende dagegen sehr stark (siehe Abbildung 10, Grafik links oben). Männer Ende 20, die zu Beginn ihrer Karriere mit ihrem

11 Seit 2012 werden in Österreich die Umfragedaten gemeinsam mit Verwaltungsdaten für die EU-SILC verwendet (vgl. Statistik Austria 2012).

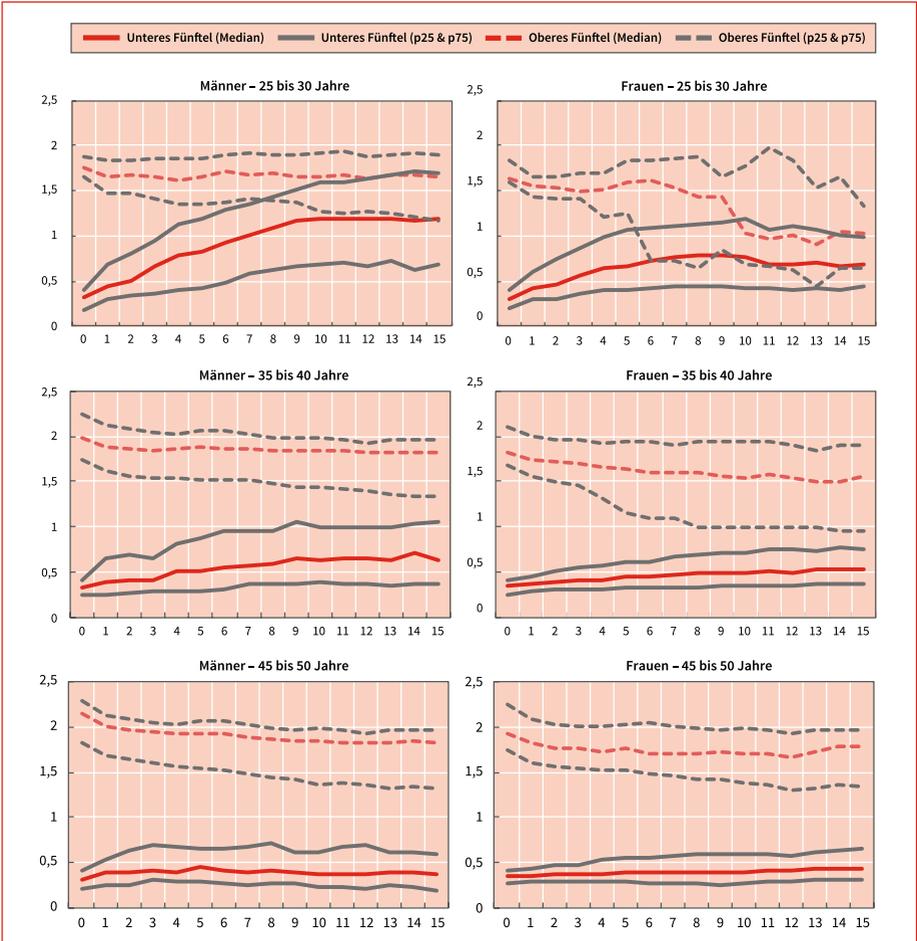
12 Für weitere Informationen zu Struktur und Inhalt der AMDB siehe Buzek 2017 und <https://arbeitsmarktdatenbank.at/>.

Verdienst am unteren Ende der Verteilung liegen, verzeichnen in den folgenden zehn Jahren oft starke Verdienstzuwächse (durchgehende rote Linie). Mitte bis Ende 30 bzw. Anfang 40 liegt mehr als die Hälfte von ihnen über dem Medianverdienst in der Gesellschaft. Diejenigen, die schon mit Ende 20 über einen überdurchschnittlich hohen Verdienst verfügen, halten sich oft am oberen Ende der Verdienstverteilung (unterbrochene rote Linie).

- » Bei jungen Frauen findet sich das gegenteilige Muster, mit hoher Verdienstpersistenz am unteren Ende der Verteilung und schwächerer Persistenz am oberen Rand (siehe Abbildung 10, Grafik rechts oben). Diejenigen, die zu Beginn ihrer Karriere nur einen geringen Verdienst verzeichnen, bleiben in den darauffolgenden Jahren oft am unteren Ende der Verdienstverteilung (durchgehende rote Linie). Ihr Verdienstzuwachs ist deutlich geringer als der ihrer männlichen Altersgenossen. Viele derjenigen, die zu Beginn ihrer Karriere einen sehr hohen Verdienst aufweisen, erleiden in den darauffolgenden fünf bis zehn Jahren einen Verdiensteinbruch (unterbrochene rote Linie). Dies spiegelt wahrscheinlich eine Reduzierung der Arbeitszeit oder den kompletten Rückzug aus dem Arbeitsmarkt nach der Geburt eines Kindes wider.
- » Die Verdienstpersistenz von Personen mittleren und höheren Alters liegt deutlich höher (siehe Abbildung 10, mittlere und untere Grafiken). Eine Mehrheit derer, die sich mit Ende 40 oder Ende 50 am unteren Ende der Verdienstverteilung wiederfinden, verbleibt über die nächsten 15 Jahre in dieser Position (durchgehende rote Linie). Gleichzeitig schaffen es jene mit hohen Verdiensten, sich an der Spitze zu halten. Bei Frauen ist die Aufwärtsmobilität heraus aus dem niedrigen Verdienstbereich geringer als bei Männern, während es für sie an der Spitze größere Abwärtsrisiken gibt. Dies entspricht dem Muster der jüngeren Jahrgänge.

Abbildung 10: Die Verdienstverläufe von Frauen weisen schwächere Aufwärtsmobilität und größere Abstiegsrisiken auf als die von Männern

Verdienstverläufe (gemessen relativ zum Medianverdienst) für Personen im unteren und oberen Verdiensthüftel, 15-Jahres-Periode zwischen 2000 und 2015, nach Alter und Geschlecht



Hinweis: Die Verdienstniveaus entsprechen dem monatlichen Durchschnittsbruttoverdienst von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen relativ zum Medianverdienst in der Bevölkerung im selben Jahr. Die grauen Linien stellen das Verdienstniveau am 25. und 75. Perzentil für Personen innerhalb derselben Verdienstgruppe dar. Die Zuordnung zum unteren und oberen Verdiensthüftel findet in Periode 0 statt, zu Beginn des Beobachtungszeitraums. Auch das Alter wird in Periode 0 gemessen.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB)

3 MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER SOZIALEN MOBILITÄT IN ÖSTERREICH

Die statistische Analyse im vorhergehenden Abschnitt zeigt, dass es in Österreich erheblichen Spielraum gibt, verstärkt Maßnahmen zur Förderung sowohl der intergenerationellen als auch der intragenerationellen sozialen Mobilität zu setzen. Ausgehend von den zentralen Erkenntnissen werden im Folgenden Maßnahmen in vier thematischen Bereichen aufgezeigt, die entscheidend für die soziale Mobilität in Österreich sind. In Abschnitt 3.1 geht es darum, wie Kindern ein guter Start ermöglicht werden kann, indem qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung angeboten wird. Abschnitt 3.2 befasst sich mit den Maßnahmen, die in Österreich für einen reibungslosen Übergang junger Menschen von der Schule ins Erwerbsleben gesetzt werden. Der Schwerpunkt von Abschnitt 3.3 liegt auf Maßnahmen für mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, und in Abschnitt 3.4 geht es darum, wie durch Steuer- und Transfersysteme hohe Einkommensverluste abgefedert und Chancenungleichheiten verringert werden können.

3.1 Qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung zur Verfügung stellen

Qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung kann wichtige Impulse zur Aufstiegsmobilität geben. Investitionen in der frühen Kindheit in das Humankapital sind nicht nur insgesamt von großer Bedeutung für Chancen und Entwicklungen im weiteren Leben. Es ist zudem weitreichend belegt, dass formale Kinderbetreuungsangebote bei Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien stark positive Auswirkungen auf die schulischen Leistungen und die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten im jungen Erwachsenenalter haben, da Lücken im kognitiven und sozialen Bereich geschlossen werden können. Die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich, d. h. vor allem der Besuch von Kleinkindergruppen

(Krippen), Kindergarten oder Kindergruppe, geht tatsächlich mit höherer Bildungsmobilität einher (vgl. Schneebaum/Rumplmaier/Altzinger 2015). In vielen Ländern besteht jedoch die Sorge, dass Eltern mit niedrigem sozioökonomischem Status aufgrund mangelnder Informationen oder knapper finanzieller Mittel nicht ausreichend in frühkindliche Bildung investieren.

Das System für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist in Österreich noch immer stark fragmentiert

Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist in Österreich insgesamt stark fragmentiert: Verwaltung und Finanzierung liegen in der Verantwortung der neun österreichischen Bundesländer, die einen Großteil dieser Verantwortung auf Städte und Gemeinden übertragen. Daraus ergibt sich, dass sich die Systeme selbst innerhalb der einzelnen Bundesländer stark im Hinblick auf Bezeichnung, Verfügbarkeit und Kosten, Öffnungszeiten und Gruppengrößen unterscheiden. Bundesländer und Bundesregierung können gemeinsame grundlegende Standards oder Maßnahmen vereinbaren, wie im Falle des verpflichtenden Kindergartenbesuchs ab einem Alter von fünf Jahren oder der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Finanzierung für die Ausweitung vorhandener frühkindlicher Betreuungs- und Bildungsangebote und die Sprachförderung von Kindern.¹³

Österreich hat erheblich in frühkindliche Bildung investiert, aber die Teilnahmequoten für unter Dreijährige sind weiterhin niedrig

Österreich hat in den letzten zehn Jahren wichtige Schritte unternommen, um die traditionell niedrigen Teilnahmequoten an der frühkindlichen Bildung zu erhöhen. Seit

.....
13 Die Beteiligung der Bundesregierung in Bereichen, die in die Verantwortung der Bundesländer fallen, wird seit 2008 durch sogenannte 15a-Vereinbarungen (in Anlehnung an den entsprechenden Artikel der österreichischen Verfassung) geregelt, die die Regierungen von Bund und Ländern im Konsens vereinbaren können.

2010 ist der Besuch des Kindergartens für alle Kinder ab fünf Jahren für mindestens 20 Stunden pro Woche verpflichtend und kostenlos.¹⁴ Die öffentlichen Ausgaben im Bereich frühkindlicher Bildung haben sich zwischen 2005 und 2015 von 0,28 % auf 0,51 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nahezu verdoppelt (vgl. OECD 2018f).

Diese Maßnahmen scheinen zwar den gewünschten Effekt erheblich höherer Teilnahmequoten zu haben, dennoch liegt Österreich insbesondere bei den Allerjüngsten weiterhin hinter vielen OECD-Ländern zurück:

- » **Die Teilnahmequoten der Drei- bis Fünfjährigen sind recht hoch:** Rund 90 % der Kinder dieser Altersgruppe nahmen 2016 an der Vorschulbildung teil, was einem Anstieg um fast 15 Prozentpunkte seit 2005 entspricht.¹⁵ Damit liegt Österreich nun über dem OECD-Durchschnitt von 86 %; eine Reihe europäischer Länder erreicht jedoch Quoten von über 95 %, darunter Belgien, Dänemark, Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich. Nahezu alle Kinder nehmen am verpflichtenden Kindergartenjahr für Fünfjährige teil; die Quote lag hierfür 2016 bei 97 %.¹⁶
- » **Die Teilnahmequoten der unter Dreijährigen sind weiterhin niedrig:** 2016 nahmen 23 % der unter Dreijährigen an formaler Kinderbetreuung teil, 10 % mehr als noch 2010.¹⁷ Diese Zahl liegt jedoch immer noch weit unter dem OECD-Durchschnitt von 34 % oder Quoten von über 50 % in Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden oder sogar von über 70 % in Dänemark (siehe Tabelle 1).

14 Ab 2016 mussten Eltern in Österreich, deren vierjährige Kinder keinen Kindergarten besuchten, an Beratungsstunden teilnehmen, in denen ihnen die positiven Effekte formaler frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung auf die sozialen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten von Vorschulkindern dargelegt wurden. Diese Maßnahme wurde mit dem Schuljahr 2017/18 jedoch wieder eingestellt, da sie nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte.

15 In nationalen Statistiken wird für 2017/18 sogar eine Einschreibequote von 94 % (Kindergarten und Schule) bzw. 95 % (einschließlich professioneller Tagesmütter) angegeben.

16 Auch hier wird in nationalen Statistiken für 2017/18 eine noch höhere Quote von 98 % bis 99 % angegeben. Daten im Hinblick auf die wenigen Kinder, die nicht teilnehmen, liegen nicht vor. Befreiungen von dem verpflichtenden Kindergartenjahr werden jedoch erteilt, wenn Eltern nachweisen können, dass sie zu Hause oder bei einer Tagesmutter für eine gleichwertige Betreuung, Bildung und Erziehung sorgen und das Kind keine Sprachförderung benötigt. 2017/18 gab es 440 solcher Fälle.

17 In nationalen Statistiken findet sich für 2017/18 erneut eine etwas höhere Einschreibequote von 26–29 %.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Teilnahmequoten an der frühkindlichen Bildung in den einzelnen Regionen erheblich, was wirtschaftliche und soziale Faktoren, aber auch Unterschiede im Betreuungsangebot widerspiegelt. Der Anteil der unter Dreijährigen in formaler Kinderbetreuung ist in Wien mit 44 % dreimal höher als in der Steiermark mit 15 % und in Oberösterreich mit 16 % (vgl. Statistik Austria 2018).

Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder an formaler Kinderbetreuung teilnehmen, scheint nicht stark vom familiären Hintergrund abzuhängen. Aufgrund geringer Stichprobengrößen müssen die verfügbaren Daten nach sozioökonomischem Hintergrund zwar etwas mit Vorsicht betrachtet werden. Sie weisen jedoch darauf hin, dass in Österreich kein starker Zusammenhang zwischen der Teilnahme an frühkindlicher Bildung von unter Dreijährigen und dem Einkommen der Eltern oder dem Bildungsniveau der Mutter besteht (siehe Tabelle 1). Außerdem haben Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten und solche aus bessergestellten Familien in den letzten zehn Jahren anscheinend gleichermaßen von der Ausweitung des Betreuungsangebots profitiert (vgl. Till/Klotz/Siegert 2018). Sozioökonomische Unterschiede im Hinblick auf die Teilnahme an frühkindlicher Bildung sind in einigen Ländern mit höheren Teilnahmequoten, beispielsweise in den Niederlanden, stärker ausgeprägt. Daraus lässt sich schließen, dass eine Herausforderung bei der weiteren Ausweitung des Angebots in Österreich darin besteht, auch weiterhin sozioökonomisch benachteiligte Familien zu erreichen, darunter Familien mit Migrationshintergrund, um die Teilnahme ihrer Kinder sicherzustellen.

Tabelle 1: Die Teilnahme an formaler Kinderbetreuung in Österreich ist gering, hängt jedoch nicht stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab

Teilnahmequoten für 0- bis 2-Jährige an formaler Kinderbetreuung und Vorschulangeboten in Prozent, ausgewählte OECD-Länder, 2015/16

	Gesamt	Nach verfügbarem Äquivalenzeinkommen des Haushalts			Nach Bildungsniveau der Mutter	
		Unteres Drittel	Mittleres Drittel	Oberes Drittel	Keine Bildung im Tertiärbereich	Bildung im Tertiärbereich
Österreich	23	21	24	25	21	27
Dänemark	74	69	77	76	76	74
Niederlande	57	39	60	71	44	68
Norwegen	53	49	51	58	49	56
Schweden	57	54	59	58	59	57
Durchschnitt OECD-24	34	27	35	43	31	42

Hinweis: Die Ergebnisse stellen einen Durchschnittswert für die Jahre 2016 und 2017 dar. Die Daten für Vorschulangebote umfassen auch Kinder, die institutionelle Betreuung (z. B. Kinderkrippen oder Tagesbetreuungseinrichtungen und Vorschulen, sowohl staatlich als auch privat), organisierte Kindertagespflege und (bezahlte) Betreuungsleistungen professioneller Tagesmütter nutzen; Kinder, für die unbezahlte informelle Betreuungsleistungen durch Verwandte, Freunde oder Nachbarn in Anspruch genommen werden, fallen nicht darunter. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen entspricht dem Haushaltseinkommen (nach Steuern und Transferleistungen) des Haushalts, in dem das Kind lebt.

Quelle: OECD Family Database, www.oecd.org/els/family/database.htm

Eltern ringen mit einem ungenügenden Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und unflexiblen Öffnungszeiten

Eltern, die ihre Kinder formal betreuen lassen möchten, sind mit einem ungenügenden Angebot an Betreuungsplätzen und unflexiblen Öffnungszeiten konfrontiert. Trotz der jüngsten öffentlichen Investitionen übersteigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige generell das Angebot, auch weil die Kohortenstärke in den letzten Jahren zugenommen hat. In Österreich müssen Eltern für gewöhnlich nachweisen, dass sie erwerbstätig sind – in vielen Fällen, dass sie Vollzeit erwerbstätig sind –, um einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu erhalten. Die eingeschränkten Öffnungszeiten vieler

Betreuungseinrichtungen erschweren es Eltern jedoch, Vollzeit zu arbeiten. Kinder unter drei Jahren, die in Österreich eine formale Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, verbringen dort weniger Stunden, als es in nahezu allen anderen OECD-Ländern der Fall ist, für die entsprechende Daten vorliegen, nämlich durchschnittlich 20 Stunden in einer gewöhnlichen Woche, im OECD-Raum sind es 30 Stunden (vgl. OECD 2016c). Hinzu kommt, dass Städte wie Wien eine ganzjährige Kinderbetreuung anbieten, die Betreuungseinrichtungen in vielen kleineren Gemeinden jedoch während der Schulferien teilweise oder ganz geschlossen sind. Außerdem verringern sich durch die lange Dauer der Elternkarenz die Anreize für eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile (siehe Abschnitt 3.3).

Die Kosten der verfügbaren Betreuungsangebote scheinen dagegen nur eine geringfügige Rolle zu spielen, wobei diese von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich sind. Viele Bundesländer bieten staatliche Kindergartenplätze gegen eine geringe Gebühr (z. B. rund 20 Euro pro Monat für die halbtägige Betreuung von Drei- bis Fünfjährigen in Vorarlberg) oder kostenfrei an (wie in Nieder- und Oberösterreich für die halbtägige Betreuung von Kindern ab zweieinhalb Jahren und in Tirol ab vier Jahren). Die Kosten für staatliche Kinderbetreuung der Allerjüngsten können jedoch weitaus höher ausfallen: In Vorarlberg kostet die ganztägige Betreuung für Einjährige bis zu 345 Euro monatlich, wobei Familien mit niedrigem Einkommen geringere Gebühren zahlen und die Kinderbetreuung für die ärmsten 20 % der Bevölkerung im Grunde genommen kostenfrei ist. Im Burgenland und in Wien wiederum ist der Besuch staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen sowie des Kindergartens kostenfrei, wobei Eltern die Mahlzeiten selbst bezahlen müssen und nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht.¹⁸

.....
 18 Die Gebühren für nichtstaatliche Tagesbetreuung werden gemeinsam von den Anbietern und den Städten und Gemeinden festgelegt; sie können sich stark unterscheiden und sind abhängig vom verfügbaren Einkommen der Familie, der Anzahl der Betreuerinnen und Betreuer und der Anzahl der Geschwister.

Bis Ende 2018 konnten Familien in Österreich die Kosten für Kinderbetreuung in Höhe von bis zu 2.300 Euro jährlich pro Kind unter zehn Jahren von der Einkommensteuerbemessungsgrundlage absetzen. Mit der Einführung des neuen Steuerabsetzbetrags „Familienbonus Plus“ im Jahr 2019 wurde diese Regelung abgeschafft (siehe unten).

Die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen ist gestiegen, doch der Mangel an qualifiziertem Personal stellt weiterhin eine Herausforderung dar

Durch die umfangreichen Investitionen in frühkindliche Bildung in Österreich konnte die Zahl der Beschäftigten erhöht und damit auch der Betreuungsschlüssel, insbesondere in den Kindergärten, verbessert werden. Die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten ist zwischen 2005 und 2016 um 48 % gestiegen, wodurch die Zahl der Kinder pro Pädagogin/Pädagoge um 21 % zurückgegangen ist. Sowohl im Bereich Kleinkindergruppen bzw. Krippen (d. h. bei den unter Dreijährigen) als auch im Kindergartenbereich entspricht das Verhältnis zwischen der Anzahl der Kinder und der Anzahl an Pädagoginnen und Pädagogen in Österreich weitgehend dem Durchschnittswert der OECD-Länder, für die Daten vorliegen (vgl. OECD 2018b).

Der Personalmangel in der Kinderbetreuung stellt jedoch eine Herausforderung im Hinblick auf die Gewährleistung qualitativ hochwertiger Angebote und insbesondere für die weitere Ausweitung des Betreuungsangebots dar. Das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Elementarpädagoginnen und -pädagogen ist meist relativ niedrig, wobei international vergleichbare Daten fehlen. Das AMS gibt in seinem Karrierekompass einen Bruttoeinstiegsverdienst von durchschnittlich etwa 2.200 Euro zuzüglich Bonuszahlungen an (vgl. Arbeitsmarktservice 2018). Die Gehälter unterscheiden sich jedoch zwischen den Bundesländern, da sie von den örtlichen Kollektivverträgen abhängen. Die Mehrzahl der Pädagoginnen und Pädagogen hat eine fünfjährige Ausbildung an einer berufsbildenden höheren Schule (BHS) absolviert. Diese Programme schließen an das 8. Schuljahr an und beinhalten sowohl allgemein- also auch berufsbildende Komponenten.

Neben einem höheren Berufsabschluss erhalten Absolventinnen und Absolventen die Matura und somit einen Zugang zum tertiären Bildungssystem. Personen, die bereits eine andere Ausbildung mit Matura abgeschlossen haben, können den gleichen Abschluss durch eine zweijährige postsekundäre Ausbildung an einem Kolleg erlangen. Betreuungseinrichtungen beschäftigen zudem pädagogische Assistentinnen und Assistenten, für die erst vor Kurzem landesweit einheitliche Ausbildungsprogramme in Form der 2019 eingeführten dreijährigen pädagogischen Assistenz Ausbildung (Fachschule für pädagogische Assistenzberufe) geschaffen wurden.

Vor dem Hintergrund einer niedrigen Arbeitslosenquote und des Fachkräftemangels in Österreich haben Einrichtungen frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung daher erhebliche Probleme, qualifiziertes Personal zu finden und zu halten. Die Gemeinden konkurrieren oft um Personal, indem sie zusätzliche Sachleistungen anbieten. Dennoch ziehen viele Bewerberinnen und Bewerber in Bundesländer, in denen höhere Gehälter gezahlt werden, gehen ins Ausland oder wechseln in Branchen, die vorteilhaftere Perspektiven bieten. Viele junge Menschen beginnen nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Studium: In Vorarlberg beispielsweise übt nur die Hälfte der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen auch direkt nach der Ausbildung den gelernten Beruf aus.

Weitere Investitionen werden notwendig sein, um die Qualität und den Status von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern

Um die niedrigen Teilnahmequoten weiter zu erhöhen und die Defizite im Hinblick auf qualifiziertes Personal in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung anzugehen, sollte der Stellenwert der formalen Kinderbetreuung und des Berufs der Elementarpädagoginnen und -pädagogen verbessert werden. In der Öffentlichkeit werden frühkindliche Bildungseinrichtungen für die Jüngsten allzu oft noch immer als Institutionen betrachtet, die vorrangig der „Betreuung“, jedoch nicht der „Bildung“ dienen. Darin spiegeln sich der Mangel an einheitlichen Qualitätsstandards über die Bundes-

länder hinweg, die für den Inhalt und die Umsetzung von frühkindlicher Bildung zuständig sind, sowie die niedrigen Ausbildungsanforderungen für Elementarpädagoginnen und -pädagogen wider.

Wenn diese Probleme angegangen werden sollen, bedarf es wohl letztlich einer Debatte darüber, ob ein Teil der Verantwortlichkeiten für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung von den Bundesländern auf den Bund übergehen sollte. Dann wäre es möglich, einheitliche Qualitätsstandards über alle Bundesländer hinweg einzuführen und die Anforderungen in Bezug auf das Bildungsniveau von Pädagoginnen und Pädagogen in der Kinderbetreuung und damit auch ihre Bezahlung zu erhöhen und so die Attraktivität des Berufs zu steigern. Im Gegenzug müssten sich die Bundesbehörden an den Kosten für die Anstellung und Ausbildung zusätzlicher Pädagoginnen und Pädagogen beteiligen, flexiblere Öffnungszeiten ermöglichen und das Kinderbetreuungsangebot im ländlichen Raum verbessern.

Auch nach dem kürzlich erfolgten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich gibt es beträchtlichen Spielraum für eine weitere Erhöhung der Mittel: Die nordischen Länder, Frankreich und Südkorea investieren im Verhältnis zu ihrem BIP derzeit zwei- bis dreimal so viel in diesen Bereich wie Österreich (vgl. OECD 2018f).

3.2 Einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben fördern

Junge Menschen in Österreich schneiden in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt generell gut ab, doch die Quoten frühzeitiger Schulabgänge sind nach wie vor zu hoch

Junge Menschen in Österreich schneiden in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt relativ gut ab. In der jüngsten PISA-Erhebung von 2015 liegen die 15-Jährigen im Mittelfeld, wobei sie in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern etwas besser und bei der Lesekompetenz etwas schlechter abschneiden als der OECD-Durchschnitt (vgl. OECD 2017b).

Auch in der OECD-Erhebung über die Kompetenzen Erwachsener (PIAAC)¹⁹ liegen junge Erwachsene (16 bis 24 Jahre) in Österreich hinsichtlich ihrer Lese- und Problemlösungskompetenz im mittleren Bereich und in Bezug auf ihre Mathematikkompetenz über dem Durchschnittswert (vgl. OECD 2013). Die Quoten der Abschlüsse im Sekundarbereich II sind gestiegen, und der Anteil junger Menschen, die sich weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung befinden (englisch: „not in employment, education or training“, NEET) lag 2017 mit 10,3% der 15- bis 29-Jährigen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 13,4% (vgl. OECD 2019a).

Österreich könnte jedoch weitere Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen einen Abschluss im Sekundarbereich II erlangen und der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erfolgreich verläuft. Unter den jungen Erwachsenen im Alter von 25 bis 34 Jahren hat noch immer jede/r Zehnte keinen Abschluss im Sekundarbereich II (11% im Jahr 2017 im Vergleich zu durchschnittlich

.....
¹⁹ PIAAC steht für Programme for the International Assessment of Adult Competencies.

15% im OECD-Raum). Für diese Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist das Risiko, weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung zu sein, fünfmal höher als für Gleichaltrige mit höherem Bildungsniveau.²⁰ Sie werden wahrscheinlich im Laufe ihres gesamten Arbeitslebens auch größere Schwierigkeiten haben, in der wissensbasierten Wirtschaft Österreichs eine hochwertige Beschäftigung zu finden und zu behalten. Unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit, nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II zu verfügen, besonders hoch: Die Quote der Schulabbrecherinnen und -abbrecher unter Migrantinnen und Migranten war 2017 in Österreich 3,5-mal höher als unter den im Inland Geborenen; im EU-Durchschnitt liegt das Verhältnis im Vergleich dazu lediglich bei zwei zu eins (vgl. Eurostat 2019).²¹

Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich ist in Österreich gering

Ein Einflussfaktor hierbei ist, dass die Bildungsergebnisse junger Menschen in Österreich stärker vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen, als dies im OECD-Durchschnitt der Fall ist. In der PISA-Studie von 2015 wurden 16% der Abweichungen in den Testergebnissen der Schülerinnen und Schüler auf ihre sozioökonomische Situation zurückgeführt; im OECD-Raum insgesamt liegt dieser Wert bei durchschnittlich 13% (vgl. OECD 2017b). Der Anteil „resilienter“ Schülerinnen und Schüler, also jener, die aus sozial benachteiligten Familien kommen, aber sehr gute schulische Leistungen erbringen, ist in Österreich mit 19% niedriger als der OECD-Durchschnitt von 26% (vgl. OECD 2016d).²² Darüber hinaus sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Leistungen in den naturwissenschaftlichen Fächern in Österreich höher als in allen anderen OECD-Ländern, wobei dieser Wert in den letzten zehn Jahren signifikant gestiegen ist.

.....
20 Unter jungen Menschen Ende 20 ohne Abschluss im Sekundarbereich II beträgt die NEET-Quote 48% – im Vergleich zu 11% unter jungen Menschen mit Abschluss im Sekundarbereich II oder einem postsekundären nichttertiären Bildungsabschluss – und 7% unter denjenigen mit einem Abschluss im tertiären Bereich (OECD-Berechnungen auf der Grundlage der EU-Arbeitskräfteerhebung).

21 Diese Angabe bezieht sich auf die jüngere Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen.

22 „Resiliente“ Schülerinnen und Schüler sind diejenigen im unteren Viertel des PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status im Land bzw. der Volkswirtschaft der Erhebung, die im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern aller Länder bzw. Volkswirtschaften Leistungen im obersten Viertel erzielen, nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Status.

Die Unterschiede der Testergebnisse von Migrantinnen bzw. Migranten und im Inland Geborenen bewegen sich in einem ähnlichen Bereich wie im OECD-Durchschnitt, allerdings ist in Österreich ein relativ großer Unterschied zwischen Migrantinnen bzw. Migranten und im Inland Geborenen hinsichtlich der Wiederholung eines Schuljahres zu verzeichnen.

Die frühzeitige Trennung von Schülerinnen und Schülern im Sekundar- schulbereich erschwert es Kindern aus sozial benachteiligten Familien, zu bessergestellten Gleichaltrigen aufzuschließen

Eine mögliche Ursache für die geringe Chancengerechtigkeit innerhalb des österreichischen Bildungssystems – und damit für die in Abschnitt 2.1 dargelegte geringe Bildungsmobilität – ist die Trennung der Bildungswege mit Beginn der Sekundarstufe im frühen Alter von zehn Jahren (verglichen mit 14 Jahren im OECD-Durchschnitt). Empirische Studien aus Ländern wie Finnland, Deutschland, Schweden oder der Schweiz lassen darauf schließen, dass ein Zusammenhang zwischen einer frühzeitigen Trennung von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Bildungswege oder Schulformen entsprechend ihren Fähigkeiten und einer Weitergabe von Vor- und Nachteilen über Generationen hinweg besteht (vgl. D’Addio 2007; Causa/Johansson 2010). Durch eine frühzeitige Trennung verringern sich die Möglichkeiten des täglichen Umgangs von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen miteinander, was es Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien erschwert, zu Gleichaltrigen aus bessergestellten Familien aufzuschließen. Ergebnisse der PISA-Studie weisen außerdem darauf hin, dass die Motivation von Schülerinnen und Schülern, Mathematikkompetenzen zu erwerben, in Bildungssystemen, in denen diese in unterschiedliche Schulformen oder Bildungsprogramme eingeteilt oder gruppiert werden, geringer ausfällt (vgl. OECD 2014). Die Trennung der Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Bildungszweige basiert formal zwar auf den schulischen Leistungen und den Empfehlungen der Lehrerinnen und Lehrer, allerdings spielen die sozioökonomischen Verhältnisse eine wichtige Rolle

bei der Entscheidung von Familien, welchen Bildungsweg die Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Volksschulbildung einschlagen sollen (vgl. OECD 2017b).

Die kürzlich eingeführte Ausbildungsverpflichtung und die Ausbildungs- garantie sollten die Anzahl frühzeitiger Schulabgänge weiter reduzieren

Um die Anzahl frühzeitiger Schulabgänge zu reduzieren, wurde in Österreich kürzlich für alle jungen Menschen bis zu einem Alter von 18 Jahren eine Ausbildungsverpflichtung („AusBildung bis 18“) eingeführt. Seit Juli 2017 sind alle Jugendlichen verpflichtet, nach Erfüllung der neunjährigen Schulpflicht ihren Bildungs- oder Ausbildungsweg durch den Besuch einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schuleinrichtung der Sekundarstufe II, durch eine Lehre oder eine andere Form der Ausbildung fortzusetzen.²³ Es wurde ein Berichtssystem eingeführt, das sicherstellt, dass alle jungen Menschen, die unter die Ausbildungspflicht fallen, aber seit vier Monaten nicht mehr an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, von lokalen Koordinierungsstellen kontaktiert werden, die sie bei einer Rückkehr in das Bildungs- oder Ausbildungssystem unterstützen. Die Ausbildungsverpflichtung kann ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Schulabschlussquoten sein, auch weil damit ein klares Zeichen an Bildungsbehörden, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler gesendet wird, dass die Reduzierung der Anzahl frühzeitiger Schulabgänge politische Priorität hat. Eltern, die nicht dafür sorgen, dass ihre Kinder der Ausbildungspflicht nachkommen, müssen mit Sanktionen rechnen.

Neben der Ausbildungsverpflichtung wurde in Österreich 2017 auch eine Ausbildungs-garantie bis 25 eingeführt. Diese richtet sich an Jugendliche, die zwischen 19 und 24 Jahre alt und als arbeitslos vorgemerkt sind bzw. lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Dieses Programm des AMS versteht sich als Angebotspaket, das aus

.....
²³ Für Jugendliche über 18 besteht keine Verpflichtung zur weiteren Ausbildung oder zum Erwerb eines Abschlusses. Die Ausbildungsverpflichtung gilt außerdem nicht für junge Asylsuchende.

einem Mix an Qualifizierungsmaßnahmen besteht und 2018 18.000 Jugendliche erreichte. Es gibt Spielraum für einen weiteren Ausbau dieses Programms.

Österreich sollte die Finanzierung sozioökonomisch benachteiligter Schulen verbessern

Die Bildungsergebnisse schwächerer Schülerinnen und Schüler in Österreich könnten verbessert werden, indem systematischer Gelder in die Schulen fließen, die einen höheren Anteil an Schülerinnen und Schülern mit niedrigem sozioökonomischem Status aufweisen. Obwohl die Bildungsausgaben im Sekundarschulbereich in Österreich mit umgerechnet rund 15.500 US-Dollar pro Schülerin bzw. Schüler und Jahr zu den höchsten im OECD-Raum zählen (vgl. OECD 2018b), ist es innerhalb des österreichischen Systems der Bildungsfinanzierung nur in sehr geringem Umfang möglich, Schulen mit einem höheren Anteil an Schülerinnen und Schülern mit niedrigem sozioökonomischem Status mehr Ressourcen zuzuweisen. Zusätzliche Mittel könnten zu einer Verbesserung der Bildungsergebnisse von Schülerinnen und Schülern an sozioökonomisch benachteiligten Schulen beitragen, wenn sie dazu genutzt werden, die Klassengrößen zu reduzieren, die Infrastruktur zu verbessern oder spezialisiertes Betreuungspersonal einzustellen, beispielsweise Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Schulpsychologinnen und -psychologen.

Eine geeignete Lösung, die in der Vergangenheit bereits auf der politischen Agenda in Österreich stand, könnte die sogenannte indexbasierte Finanzierung sein, bei der die finanzielle Förderung von Schulen über einen Sozialindex an den Grad der Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler geknüpft ist (vgl. Bacher 2015; Bruneforth et al. 2016). Im vorgeschlagenen Konzept berechnet sich ein möglicher Sozialindex aus dem Bildungs- und Beschäftigungsgrad der Eltern sowie aus Indikatoren für Migrationshintergrund und Alltagssprache. Eine Herausforderung eines derartigen Ansatzes besteht darin, dass im Falle fehlender zusätzlicher Finanzmittel in angemessener Höhe eine

Zuweisung höherer Ressourcen an Schulen mit einer hohen Anzahl von Kindern aus sozial benachteiligten Familien nur erfolgen kann, wenn gleichzeitig Kürzungen bei der Finanzierung von Schulen mit durchschnittlich bessergestellten Schülerinnen und Schülern vorgenommen werden, was typischerweise die allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) betreffen würde. Eine rezente Langzeitstudie aus den Vereinigten Staaten, die die Effekte zahlreicher Schulfinanzreformen seit Mitte der 1980er-Jahre untersucht, kommt zu dem Schluss, dass größere Mittelzuwendungen für Schulen in benachteiligten Schulbezirken einen signifikant positiven Effekt auf die Einkommensmobilität zwischen den Generationen haben. Dies trifft insbesondere auf Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien zu (vgl. Bias 2019).

Detaillierte Informationen über die schulischen Leistungen erhalten die Bildungsbehörden durch die sogenannten Bildungsstandards – Überprüfungen, die alle Schülerinnen und Schüler in der 4. bzw. 8. Schulstufe durchlaufen müssen. Die Daten werden herangezogen, um zu erkennen, welche Schulen unterdurchschnittliche Ergebnisse liefern, und der Schulleitung zugänglich gemacht, jedoch nicht veröffentlicht.²⁴

Das österreichische System der beruflichen Bildung und Ausbildung ist ein Motor der sozialen Mobilität

Das österreichische System der beruflichen Bildung und Ausbildung ist ein wichtiger Faktor für die guten Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen in Österreich. Es bietet Schülerinnen und Schülern, die den tertiären Bildungsweg nicht beschreiten, einen attraktiven Einstieg ins Beschäftigungsleben und hilft ihnen, die für den Arbeitsmarkt notwendigen Kompetenzen zu entwickeln und frühzeitig praktische Erfahrungen zu

.....
24 Die Bildungsstandards werden demnächst durch Instrumente zur „Individuellen Kompetenz- und Potentialmessung (iKPM)“ ersetzt, einem ähnlichen Überprüfungspaket, das dann jedoch in der Schulstufe 3 bzw. 7 zur Anwendung kommt. Der Vorverlegung der Überprüfung liegt der Gedanke zugrunde, dass Schulen und deren Lehrerinnen und Lehrer dann noch ein weiteres Jahr mit leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern im Grundschulbereich arbeiten können, bevor die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse unterschiedliche Bildungswege einschlagen.

sammeln. Die Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Ausbildung in Österreich spiegelt sich in einer der höchsten Einschreibequoten für eine Berufsausbildung der OECD-Länder wider: Mehr als zwei Drittel (69%) der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II entschieden sich 2016 in Österreich für die Teilnahme an einem Berufsbildungsprogramm (vgl. OECD 2018b).

Insbesondere das System der Lehrlingsausbildung, das in Österreich eine wichtige Rolle spielt, bietet Berufsschülerinnen und Berufsschülern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten direkt in der praktischen Arbeit zu entwickeln: 2016 kombinierte dabei nahezu die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in Berufsausbildung bzw. 32% aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II schulische Bildung und die Ausbildung am Arbeitsplatz miteinander. Knapp drei Viertel (73%) der jungen Menschen, die 2015 eine Lehrlingsausbildung abschlossen, standen 18 Monate später in einem Beschäftigungsverhältnis, wobei es durchschnittlich weniger als zwei Monate dauerte, bis sie eine Arbeitsstelle gefunden hatten. Das Durchschnittsgehalt betrug dabei 2.100 Euro, im Vergleich zu 2.900 Euro für Absolventinnen und Absolventen des tertiären Bildungsbereichs (vgl. Statistik Austria 2019).

Eine große Herausforderung, um die Attraktivität der Lehrlingsausbildung in Österreich und ihre Rolle für die Aufwärtsmobilität zu bewahren, stellt die Anpassung des Systems an die sich wandelnde Arbeitswelt dar. Die sich ändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt können zu einem Missverhältnis der Qualifikationen führen. Der Inhalt modernisierter oder neuer Lehrberufspläne muss dies berücksichtigen. Ein erster Schritt wurde mit dem Lehrberufspaket 2017 gesetzt, mit dem acht der rund 200 Lehrberufe an die Digitalisierung von Kompetenzen angepasst wurden. Es gilt aber auch ein Problem von regionalen Missverhältnissen zu regeln, da in Westösterreich ein größeres Angebot an Lehrstellen besteht als in Ostösterreich.

Es gibt maßgeschneiderte Lösungen für junge Menschen, die noch nicht für eine Berufsausbildung bereit sind

Wie in den meisten Ländern gibt es auch in Österreich eine signifikante Minderheit junger Menschen, die von der Schule abgehen, ohne grundlegende Lese- und Alltagsmathematikkompetenzen erworben zu haben. Im Rahmen der OECD-Erhebung über die Kompetenzen Erwachsener (PIAAC) fielen 12% der 16- bis 24-Jährigen in die Lesekompetenzstufe 1 oder darunter, was bedeutet, dass sie typischerweise nur kurze Texte lesen können, Schwierigkeiten haben, deren Inhalt zu umschreiben, und nur eingeschränkt Schlussfolgerungen aus ihnen ziehen können (OECD-Durchschnitt: 14%). Ein genauso hoher Anteil, 12%, erreichte maximal die Mathematikkompetenzstufe 1, verfügt also bestenfalls über ein sehr grundlegendes Verständnis für mathematische Operationen (19% im OECD-Durchschnitt, vgl. OECD 2016e). Diese jungen Menschen werden große Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, da die Kompetenzerfordernisse der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gestiegen und viele Berufe, in denen traditionell gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig waren, verschwunden sind.

Österreich bietet diesen jungen Menschen maßgeschneiderte Lösungen an, um sie beim Erwerb von Kompetenzen und bei der Rückkehr ins Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Schülerinnen und Schülern, die keine Lehrstelle in einem Unternehmen finden oder ihre Lehre nicht abschließen, bietet das AMS eine Ausbildungsgarantie durch eine überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) in Ausbildungseinrichtungen an. Hierbei schließt die Ausbildungseinrichtung einen Ausbildungsvertrag mit dem Lehrling und übernimmt die Ausbildung, bis der Lehrling in eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden kann. Schülerinnen und Schüler, die nicht erfolgreich vermittelt werden, erhalten normalerweise nach drei Jahren einen regulären Lehrabschluss direkt von der Ausbildungseinrichtung.

Das Jugendcoaching ist ein innovativer Lösungsansatz, um benachteiligten Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen außerhalb von Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung soziale Unterstützung zu bieten

Im Rahmen des Jugendcoaching-Programms erhalten benachteiligte Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren in Österreich soziale Unterstützung und Orientierung in Bezug auf ihre berufliche Laufbahn. Ziel ist es zu verhindern, dass Jugendliche die Schule abbrechen, sowie Jugendliche, die die Schule bereits abgebrochen haben, wieder in das Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt einzubinden.²⁵ Der Umfang der Unterstützung variiert in Abhängigkeit von der individuellen Situation der Jugendlichen und reicht von beratenden Erstgesprächen von bis zu acht Stunden (Stufe 1) über eine intensivere Beratung (Stufe 2) bis hin zu engmaschiger Begleitung im Sinne eines Case-Managements, die sich bis zu einem Jahr erstrecken kann (Stufe 3). Mit der Einführung der Ausbildungsverpflichtung besteht nun für alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs eine Ausbildungspflicht; im Mittelpunkt des Jugendcoachings steht daher oft die Unterstützung beim Wechsel eines Bildungs- oder Ausbildungsprogramms, mit dem die Jugendlichen unzufrieden sind.

Das Jugendcoaching-Programm arbeitet eng mit Sekundarschulen in ganz Österreich zusammen, um Jugendliche über das Programm zu informieren und diejenigen zu erreichen, die Unterstützung benötigen. Je nach Schulform und Größe der Schule sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Coaching-Programms einige Stunden pro Woche oder mehrere Stunden täglich in der Schule anwesend. In dieser Zeit machen sie das Programm in den Klassen bekannt, stimmen sich mit Lehrerinnen und Lehrern ab und stehen den Schülerinnen und Schülern kurzfristig für Beratungsgespräche zur Verfügung. Sie versuchen außerdem, die Eltern über das Programm zu informieren. Im Mittelpunkt steht darüber hinaus zunehmend die Kontaktaufnahme zu Jugendlichen,

.....

²⁵ Das Programm baut auf einer früheren Initiative mit demselben Titel auf, in dessen Mittelpunkt junge Menschen mit geistigen Behinderungen standen. Ab 2001 gab es ein zweites, ähnliches Programm namens Clearing, das zehn Jahre lief.

die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden, z. B. durch Präsenz in Jugendzentren. 17% aller Fälle sind Jugendliche, die zur NEET-Gruppe zählen und oftmals eine intensivere Unterstützung benötigen als die meisten anderen Nutzerinnen und Nutzer des Programms.

Das Jugendcoaching-Programm wird teilweise vom Europäischen Sozialfonds (und folglich bis 2020) finanziert und von privaten oder gemeinnützigen Anbietern durchgeführt, die an einer öffentlichen Ausschreibung teilnehmen müssen, um für das Programm ausgewählt zu werden. Derzeit gibt es in Österreich rund 450 Jugendcoaching-Vollbeschäftigtenäquivalente in unterschiedlichen Berufsgruppen (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Psychologinnen und Psychologen sowie Angehörige anderer Berufsgruppen). Damit können den jugendlichen Nutzerinnen und Nutzern umfangreiche Leistungen angeboten werden. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendcoachings verfügen außerdem über besondere Fremdsprachenkenntnisse, beispielsweise Türkisch, Bosnisch, Serbisch, Kroatisch oder Farsi, was die Zusammenarbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund erleichtert. Jährlich gibt es rund 51.000 Programmteilnahmen – die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt knapp darunter.

Die sogenannten Produktionsschulen haben sich als ein wirksames Angebot erwiesen, das an das Jugendcoaching anschließt und sich an besonders benachteiligte Jugendliche richtet, die nicht direkt in eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden können. Junge Menschen bis zu einem Alter von 21 Jahren, die Lernschwierigkeiten haben oder sozial oder emotional benachteiligt sind, erhalten hier Unterstützung bei der Entwicklung von Basisqualifikationen und sozialen Kompetenzen, um wieder in das Bildungssystem und schließlich auch in den Arbeitsmarkt eingebunden werden zu können. Das Programm wurde 2008 eingeführt und während der Wirtschaftskrise in den Jahren 2009/2010 stark ausgebaut.

3.3 Mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt schaffen

Der Arbeitsmarkt in Österreich ist durch erhebliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gekennzeichnet. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Erwerbseinkommen, sprich das kumulative Lohngefälle zwischen Männern und Frauen im Verlauf des Arbeitslebens, liegen in Österreich bei 43% und damit über dem OECD-Durchschnitt von 41% (vgl. OECD 2018d). Die Unterschiede sind dabei in Österreich vorrangig auf die unterschiedliche Anzahl der Arbeitsstunden und den unterschiedlichen Stundenlohn von Männern und Frauen zurückzuführen, und nicht auf Unterschiede in den Beschäftigungsquoten. Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in Österreich zwar über dem OECD-Durchschnitt, geht jedoch mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigung einher. Wie nahezu alle OECD-Länder hat auch Österreich in den letzten zehn Jahren Fortschritte erzielt, um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen, allerdings fiel der Rückgang im internationalen Vergleich relativ moderat aus (-3% im Vergleich zu -5% im OECD-Durchschnitt).

Diese Unterschiede spiegeln vorrangig die geschlechtsspezifischen Muster im Arbeitskräfteangebot von Paaren mit Kindern wider (vgl. OECD 2015). In Österreich besteht weiterhin die Tendenz, dass sich Frauen bei der Geburt eines Kindes aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen und oftmals mehrere Jahre nicht arbeiten oder nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben (siehe Abbildung 9, Teil B). Bei Paaren mit Kindern ist weiterhin das traditionelle Alleinverdiener- oder Eineinhalb-Verdiener-Modell die Norm: Nur bei rund einem von vier Kindern im Alter unter 14 Jahren in Paarhaushalten arbeiten beide Elternteile in Vollzeit (vgl. OECD 2016a). Dieses Muster hat direkte Auswirkungen auf den Verdienst: Das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Österreich zählt für junge Menschen zwischen 20 und 30 zu den niedrigsten im OECD-Vergleich, steigt jedoch ab 30 bis Anfang 40 sprunghaft an.

Diese beträchtlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede sind zum Teil Ausdruck traditioneller Ansichten über Geschlechterrollen in der Gesellschaft,²⁶ insbesondere über die Rolle von Müttern, resultieren aber auch aus politischen Faktoren. Dazu zählen das ungenügende Angebot an Möglichkeiten der Kinderbetreuung (siehe Abschnitt 3.1) und relativ schwache Anreize für eine gerechtere Aufteilung familiärer und beruflicher Verpflichtungen durch das Steuer- und Transfersystem.

Das österreichische System der Elternkarenz fördert Teilzeitbeschäftigung und bietet Eltern relativ schwache Anreize, Betreuungspflichten aufzuteilen

Österreich bietet relativ großzügige Elterngeld-Leistungen in Form des Kinderbetreuungsgeldes an. Dieses wird, anders als in vielen OECD-Ländern, unabhängig von der vorherigen Erwerbstätigkeit gezahlt und ist formell auch nicht an die Elternkarenz (d. h. eine Freistellung durch den Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin) gekoppelt. Nach der jüngsten Reform können Eltern, deren Kinder ab dem 1. März 2017 geboren wurden, zwischen zwei Zahlungsvarianten wählen:²⁷

- » Die **pauschale Leistung** hat eine Anspruchsdauer zwischen 12 und 28 Monaten ab dem Tag der Geburt (wenn ein Elternteil die Kinderbetreuung übernimmt) oder zwischen 15 und 35 Monaten (wenn sich beide Elternteile abwechseln), wobei 20 % für den zweiten Elternteil vorgesehen sind. Für die kürzeste Anspruchsdauer beläuft sich die pauschale Leistung auf rund 1.030 Euro monatlich, frei von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Diese Variante ist meist für Eltern mit geringem Einkommen, jene, die während des Bezugs weiter in Teilzeiterwerbsbeteiligung bleiben wollen und Eltern ohne vorherige Erwerbstätigkeit attraktiver.

.....

26 2012 – das ist das letzte Jahr, für das Daten verfügbar sind – war nahezu die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher der Meinung, dass Mütter mit Kindern, die noch nicht zur Schule gehen, zu Hause bleiben sollten. Nur 2 % der Befragten gaben an, dass sie Vollzeit arbeiten sollten, was dem niedrigsten Wert in den 26 untersuchten OECD-Ländern entspricht (vgl. OECD 2017a).

27 Das hier beschriebene System, einschließlich des Partnerschaftsbonus, gilt für alle Kinder, die nach dem 1. März 2017 geboren wurden; ein anderes System mit vier Pauschalvarianten gilt weiterhin für alle Kinder, die zwischen Jänner 2010 und Februar 2017 geboren wurden (für weitere Informationen siehe OECD 2018g und Rille-Pfeiffer/Dearing/Schmidt 2018).

- » Das **einkommensabhängige Betreuungsgeld** (falls die Eltern vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren) wird für die ersten 12 Monate gezahlt, wenn sich ein Elternteil um die Betreuung kümmert, oder für bis zu 14 Monate, wenn sich beide Eltern der Kinderbetreuung widmen. Die Leistung ersetzt 80 % der letzten Einkünfte bis zu einer Höhe von 2.000 Euro monatlich und ist ebenfalls steuerfrei. Diese Variante ist für Eltern mit mittlerem oder hohem Einkommen vorteilhafter.

Die Zahlungen erfolgen unabhängig davon, ob für das Kleinkind formale Betreuungsangebote in Anspruch genommen werden.

Obschon die Auswirkungen der jüngsten Kinderbetreuungsgeldreform noch nicht evaluiert wurden, scheinen die Merkmale des österreichischen Kinderbetreuungsgeldes zu den hohen Quoten der Nichterwerbstätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung unter Müttern sowie der geringen Teilnahmequote an formaler Kinderbetreuung beizutragen (siehe Abschnitt 3.1). Neben der langen Bezugsdauer und der relativ großzügigen Bezugshöhe profitieren die Bezieherinnen und Bezieher des Kinderbetreuungsgeldes von hohen Zuverdienstgrenzen. Während des Bezugs von pauschalem Kinderbetreuungsgeld darf der Zuverdienst bis zu 60 % der letzten Einkünfte, mindestens jedoch 16.200 Euro pro Jahr betragen; bei Bezug des meist höheren einkommensabhängigen Betreuungsgeldes gilt eine Zuverdienstgrenze von 6.800 Euro. Damit wird es angesichts des begrenzten Angebots an formaler Kinderbetreuung in Fällen, in denen nicht beide Elternteile Vollzeit arbeiten, attraktiv, Modelle zu leben, in denen ein Elternteil – meist die Mutter – Teilzeit oder gar nicht arbeitet und stattdessen zu Hause die Kinder betreut.

Das System bietet außerdem nur wenige Anreize, die Betreuungspflichten ausgeglichen aufzuteilen. Sowohl bei der pauschalen Leistung als auch beim einkommensabhängigen Modell ist ein bestimmter Teil der Gesamtanspruchsdauer für den zweiten Elternteil vorgesehen, der nicht übertragen werden kann. Es gibt einige wenige direkte Anreize für den zweiten Elternteil – das ist meist der Vater –, die Betreuungszeit über diese zwei

oder drei Monate hinaus auszudehnen. Unabhängig von der gewählten Variante wird ein Partnerschaftsbonus gewährt, wenn Eltern, deren Kinder nach dem 1. März 2017 geboren wurden, das Kinderbetreuungsgeld zu annähernd gleichen Teilen beziehen, d. h. meist im Verhältnis 60:40. Der Bonus beträgt 500 Euro pro Elternteil.

Auch das Steuersystem setzt Anreize gegen die Vollzeitarbeit von Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdienern

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt spiegeln auch wider, dass es für Paare aufgrund des österreichischen Steuer- und Transfersystems auch nach den jüngsten Steuerreformen eher vorteilhaft ist, auf das Alleinverdiener- oder Eineinhalb-Verdiener-Modell zu setzen.²⁸

Generell schafft das österreichische System der individuellen Einkommensbesteuerung mit Freibeträgen für die/den Erwerbstätige/n selbst sowie für Kinder mehr Anreize für Doppelverdiener-Haushalte als ein System der Familienbesteuerung. Durch die Steuerreform 2019 wurde die Steuerlast für Familien zudem erheblich gesenkt. Der bisherige Kinderfreibetrag wurde durch den **Familienbonus Plus** ersetzt, einen Steuerabsetzbetrag in Höhe von 1.500 Euro pro Kind.

Es gibt in Österreich aber vergleichsweise geringe finanzielle Anreize für Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdiener, Vollzeit zu arbeiten. Simulationen unter Nutzung des Steuer- und Transfermodells der OECD zeigen, dass die Netto-Steuerbelastung einer Familie im Verhältnis zum Bruttohaushaltsverdienst nur geringfügig ansteigt, wenn eine/r der bisher nicht erwerbstätigen Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner eine Teilzeitbeschäftigung aufnimmt, beispielsweise von 15% auf 16%, wenn der Ehepartner bzw. die Ehepartnerin 33% des Durchschnittsverdienstes erhält (siehe Abbildung 11; Szenario: Paar mit

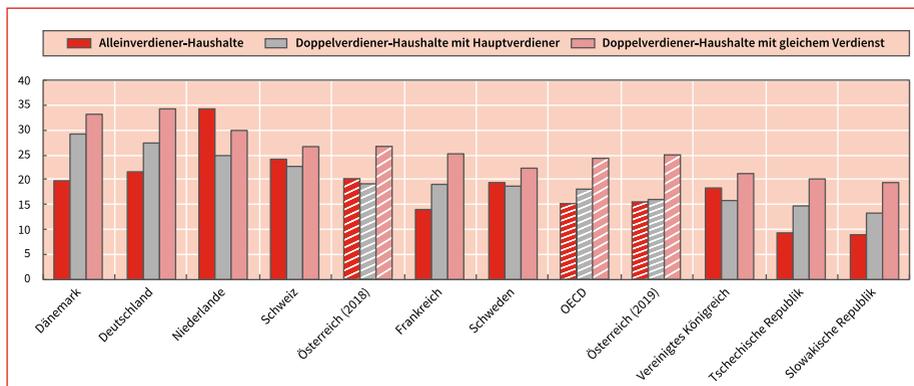
.....
²⁸ Eine umfassende Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des österreichischen Steuer- und Transfersystems findet sich bei Schratzenstaller/Dellinger 2017.

zwei Kindern, der Hauptverdiener bzw. die Hauptverdienerin arbeitet Vollzeit mit Durchschnittsverdienst). Die Steuerlast steigt jedoch rapide, wenn sich der Verdienst des Zweitverdieners bzw. der Zweitverdienerin erhöht, und zwar auf 25%, wenn der Verdienst dem Durchschnittsverdienst entspricht. Vor der Steuerreform 2019 fiel der Vorteil bei Teilzeitbeschäftigung noch höher aus, da die Netto-Steuerbelastung einer Familie relativ zum Haushaltseinkommen sogar leicht sank, wenn eine/ein bis dahin nicht erwerbstätige/r Ehepartnerin bzw. Ehepartner eine Teilzeitbeschäftigung aufnahm.

Die Steuerreform 2019 brachte allen drei Formen berufstätiger Familien – Alleinverdiener-Haushalten, Doppelverdiener-Haushalten mit einem Hauptverdiener bzw. einer Hauptverdienerin und Doppelverdiener-Haushalten, bei denen beide gleich viel verdienen – erhebliche steuerliche Entlastungen. Die Steuerlast sinkt jedoch für Alleinverdiener-Familien stärker (–5 Prozentpunkte) als für Familien, in denen die Partnerin bzw. der Partner Teilzeit (–3 Prozentpunkte) oder Vollzeit (–2 Prozentpunkte) arbeitet. Nach der Reform entsprechen die durchschnittlichen Abgaben eines Paares an den Staat nun im Falle von Alleinverdiener-Haushalten dem OECD-Durchschnitt (15%) und liegen für Doppelverdiener-Haushalte mit einem Hauptverdiener bzw. einer Hauptverdienerin unter dem OECD-Durchschnitt (16% im Vergleich zu 18%) bzw. für Doppelverdiener-Haushalte, bei denen beide gleich viel verdienen, geringfügig über dem OECD-Durchschnitt (25% im Vergleich zu 24%).

Abbildung 11: Das österreichische Steuer- und Transfersystem ist auch nach der jüngsten Steuerreform vorteilhaft für Eineinhalb-Verdiener-Haushalte

Durchschnittliche Abgaben von Paaren an den Staat in Prozent vom Brutto-Haushaltsverdienst nach Verdienstniveau, 2018 (2018/19 für Österreich)



Hinweis: Die Daten für Österreich 2019 sind vorläufig. Alleinverdiener-Haushalte verfügen über ein Einkommen von 100 % des Durchschnittsgehalts. Doppelverdiener-Haushalte mit einem Hauptverdiener bzw. einer Hauptverdienerin verfügen über ein Einkommen von 100 % plus ein Einkommen von 33 % des Durchschnittsgehalts. Doppelverdiener-Haushalte, bei denen beide gleich viel verdienen, verfügen über ein Einkommen von 100 % plus 100 % des Durchschnittsgehalts. Es wird davon ausgegangen, dass die Paare zwei Kinder im Alter von elf und sechs Jahren haben. Länder gereiht in absteigender Reihenfolge der durchschnittlichen Abgaben von Doppelverdiener-Haushalten mit einem Hauptverdiener bzw. einer Hauptverdienerin.

Quelle: OECD Steuer- und Transfermodell, www.oecd.org/social/benefits-and-wages

Was Teilzeitbeschäftigung für Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdiener in Österreich so attraktiv macht – wie der in Abbildung 11 dargestellte sprunghafte Anstieg der Netto-Steuerlast bei einem Wechsel von Teilzeit- zu Vollzeitbeschäftigung des Zweitverdieners bzw. der Zweitverdienerin zeigt –, ist die Kombination aus großzügigen Steuerfreibeträgen und relativ hohen Grenzsteuersätzen in den untersten Einkommensschichten. Die ersten 11.000 Euro des individuellen Arbeitsverdienstes sind steuerfrei; dieser Betrag entspricht rund einem Viertel des Durchschnittsverdienstes (vgl. OECD 2018g). Haushalte, in denen das Einkommen des Zweitverdieners bzw. der Zweitverdienerin maximal 6.000 Euro beträgt, haben Anspruch auf einen zusätzlichen Alleinverdienerabsetzbetrag

pro Kind.²⁹ Das macht es für Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdiener attraktiv, nur wenige Stunden zu arbeiten.³⁰ Jeder Euro, der über diese 11.000 Euro hinaus verdient wird, ist mit 25 % zu versteuern (2016 waren es noch 36 %); ab 18.000 Euro steigt der Grenzsteuersatz auf 35 %. Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdiener, die Teilzeit arbeiten und 33 % des Durchschnittsgehalts verdienen (das zweite in Abbildung 11 dargestellte Szenario, 2018 rund 15.700 Euro) zahlen also immer noch nur für einen geringen Teil ihres Verdienstes Steuern, müssten aber einen erheblichen Teil jedes darüber hinaus verdienten Euro abführen, sobald sich ihre Arbeitszeit und damit ihr Verdienst erhöht.

Österreich könnte die Anreize für Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdiener, ihre Arbeitszeiten auszuweiten, am einfachsten durch eine weitere Senkung der Grenzsteuersätze oder der Sozialversicherungsabgaben in den unteren Einkommensschichten erhöhen. Eine Möglichkeit, mehr Anreize für die Zweitverdienerin bzw. den Zweitverdiener in Familien mit Kindern zu schaffen, wäre die Aufteilung des Steuerabsetzbetrags Familienbonus Plus, sodass beiden Partnern jeweils die Hälfte zustehen würde.

Ungleiche Arbeitszeiten und der fehlende Zugang zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen reduzieren soziale Mobilität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In Österreich gibt es unter vollzeitbeschäftigten Männern eine Kultur der langen Arbeitszeiten: Sie machen durchschnittlich um 40 % mehr Überstunden als Frauen (d. h. mehr als 50 Wochenstunden). Im Gegenzug ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen höher als in den meisten anderen OECD-Ländern. Vollzeitbeschäftigte in Österreich haben deren Angaben zufolge weniger Freizeit, als dies in den meisten anderen OECD-Ländern

.....
29 Dieser Absetzbetrag verfällt nicht, d. h., er wird Familien mit einer Steuerlast unterhalb des Werts des Absetzbetrags als negative Einkommensteuer ausgezahlt. Er beläuft sich auf 494 Euro für das erste Kind, 175 Euro für das zweite Kind und 220 Euro für jedes weitere Kind.

30 Inzwischen ist der Kinderfreibetrag so gestaltet, dass er steigt, wenn er zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt wird, wodurch Haushalte begünstigt werden, in denen es eine/n steuerpflichtige/n Zweitverdiener/in gibt. Der Freibetrag ist jedoch mit 440 Euro bei Geltendmachung durch einen Elternteil bzw. zweimal 300 Euro bei Geltendmachung durch beide Elternteile relativ niedrig.

der Fall ist. Lange Arbeitszeiten können sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden auswirken. Sie verstärken auch die Kluft zwischen Männern und Frauen, zum Beispiel in Bezug auf unbezahlte Arbeits- und Betreuungsaktivitäten. Dieses Muster scheint sich jedoch etwas abzuschwächen, da der Anteil der Überstundenbeschäftigten von 11 % im Jahr 2005 auf 6,8 % im Jahr 2016 zurückging.

Maßnahmen am Arbeitsplatz, die eine ausgewogenere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, können Männern und Frauen helfen, bessere Regelungen für die gemeinsame Fürsorge und allgemein bessere Ergebnisse hinsichtlich des Wohlbefindens zu erreichen. Dies könnte unter anderem durch die Verringerung der langen Arbeitszeiten bei Männern und durch den Abbau der Barrieren für Vollzeitbeschäftigung bei Frauen geschehen. Mehrere freiwillige Audit-Prüfungen existieren in Österreich. Diese vergleichen, analysieren und evaluieren betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Programme bleiben jedoch freiwillig. Einige gemeinnützige Vereine sammeln Informationen und beraten Unternehmen proaktiv, um Verbesserungen in diese Richtung zu erreichen. Zum Beispiel bietet die NGO ABZ Austria den Unternehmen die Möglichkeit, sich über betriebliche Rahmenbedingungen, die für die Väterbeteiligung an Elternkarenz und Betreuungsarbeit bestehen, zu informieren, und zwar auf Grundlage von ausgewählten betrieblichen Fallbeispielen in männerdominierten Branchen (vgl. Bergmann et al. 2017). Die gemeinnützige Familie & Beruf Management GmbH hat einen berufundfamilie-Index für österreichische Unternehmen entwickelt, und das Netzwerk „Unternehmen für Familien“ dokumentiert bewährte Verfahren, die zwischen Unternehmen ausgetauscht werden können.³¹

31 Siehe www.familieundberuf.at/services/der-berufundfamilie-index und www.unternehmen-fuer-familien.at/best-practices.

Die Pflegebetreuung älterer Familienmitglieder stellt eine zunehmende Herausforderung für die Vereinbarkeit mit der Arbeit dar

Eine weitere Herausforderung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergibt sich im Bereich der Altenpflege. In Österreich werden vier von fünf pflegebedürftigen älteren Menschen von Familienmitgliedern betreut, dies ist ein höherer Anteil als in vergleichbaren Ländern (vgl. OECD 2017c). Die allgemein höhere Lebenserwartung und der erhöhte Pflegebedarf bei chronischen Krankheiten stellen neue Anforderungen an die Angehörigen von abhängigen älteren Menschen dar. Dieser wachsende Pflegebedarf erfordert umfassende Anpassungen der öffentlich zugänglichen Pflegesysteme, um Familienangehörigen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

In der Tat ist etwa ein Drittel der pflegenden Angehörigen beschäftigt, wovon wiederum die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht (vgl. BMASGK 2018). Seit 2014 können diese pflegenden Angehörigen für bis zu sechs Monate ein Voll- oder Teilzeitpflegekarenzgeld beantragen, das auf Grundlage der Leistungen der Arbeitslosenversicherung berechnet wird. Viele der pflegenden Angehörigen (13%) geben an, ihre Arbeit aufgeben zu haben, um sich um ihre älteren Familienmitglieder kümmern zu können. Mehr als die Hälfte der befragten pflegenden Angehörigen ist der Ansicht, dass die Höhe des Pflegegeldes nicht ausreicht, um den Pflegebedarf finanziell zu decken.

Der subjektive Gesundheitszustand ist bei pflegenden Angehörigen erheblich schlechter als bei Nichtpflegenden. Es werden verstärkt Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sein, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu fördern, indem beispielsweise das Bewusstsein der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber geschärft wird und Gruppen von derzeit von bestimmten Leistungen ausgegrenzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie Selbstständigen ebenfalls Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen gewährt wird.

3.4 Steuer- und Transfersysteme so gestalten, dass hohe Einkommensverluste abgefedert und Chancenungleichheiten verringert werden

Das Steuer- und Transfersystem spielt bei der Förderung der Aufstiegsmobilität und der Reduzierung der Abstiegsmobilität – sowohl zwischen den Generationen als auch im Lebensverlauf – eine wichtige Rolle. Sozialtransfers schützen vor hohen Einkommensverlusten im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder der Geburt eines Kindes und helfen damit, Abstiegsmobilität zu verhindern. Sie können auch Aufstiegsmobilität fördern, indem sie Menschen dabei unterstützen, ihr Einkommenspotenzial zu wahren und weiterzuentwickeln und in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Durch Steuern werden nicht nur die Mittel aufgebracht, die notwendig sind, um über die Finanzierung von Sozialtransfers oder Investitionen in Bildung und Gesundheitswesen Chancengleichheit zwischen benachteiligten und bessergestellten Personengruppen herzustellen. Sie können auch zusätzliche Anreize schaffen, eine Arbeit aufzunehmen, die Arbeitszeiten auszuweiten oder Vermögenswerte zu schaffen. Ist ein Steuer- und Transfersystem nicht gut ausgestaltet, kann es Aufstiegsmobilität mindern, indem zu wenige Arbeitsanreize geschaffen oder möglicherweise bestehende Chancenungleichheiten verfestigt werden.

Österreich bietet wirksamen Schutz vor Verdienstauffällen durch Arbeitslosigkeit

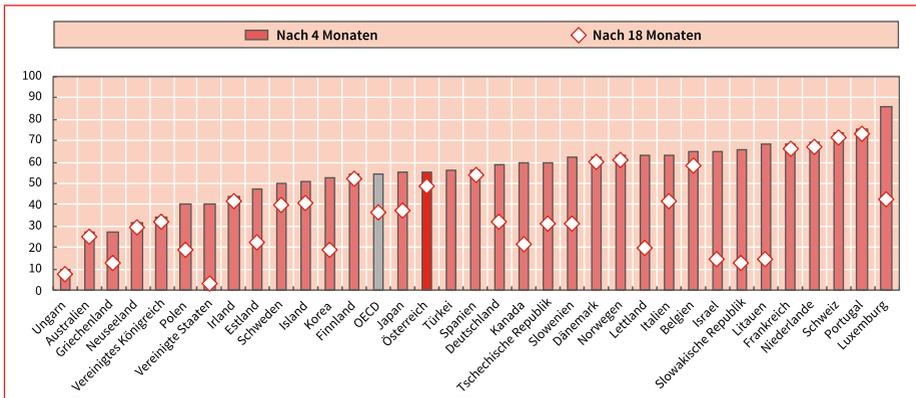
Österreich stellt Personen und Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine angemessene Einkommenssicherung durch ein dreistufiges Unterstützungssystem zur Verfügung. Arbeitsuchende, die die Kriterien im Hinblick auf Beschäftigungs- und Sozialversicherungszeiten erfüllen, haben grundsätzlich Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG), das generell 55% des bisherigen Nettoverdienstes ersetzt. Das entspricht dem OECD-Durchschnittswert in der Anfangsphase der Arbeitslosigkeit für eine alleinstehende Person mit einem bisherigen Durchschnitts-Nettoverdienst (siehe Abbildung 12, Teil A). ALG-Leistungen werden für einen relativ kurzen Zeitraum von maximal 20 Wochen

gezahlt;³² danach haben Arbeitsuchende Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in Form der Notstandshilfe (NH). Die Notstandshilfe beträgt normalerweise bis zu 92% des bisher erhaltenen Arbeitslosengeldes und kann prinzipiell unbegrenzt bezogen werden.³³ Das ist im Vergleich zu den meisten anderen OECD-Ländern relativ großzügig: Dort erhalten Langzeitarbeitslose meist geringere Sozialhilfeleistungen, eventuell ergänzt durch Wohngeld.³⁴

Abbildung 12: Österreich stellt Arbeitslosen angemessene Einkommensunterstützung zur Verfügung

Teil A: Leistungen bei Erwerbslosigkeit für Arbeitsuchende mit entsprechenden Beschäftigungs- und Sozialversicherungszeiten

Prozentsatz des bisherigen Nettoverdienstes, der im Falle von Arbeitslosigkeit durch staatliche Leistungen ersetzt wird, 2018 (2019 für Österreich)



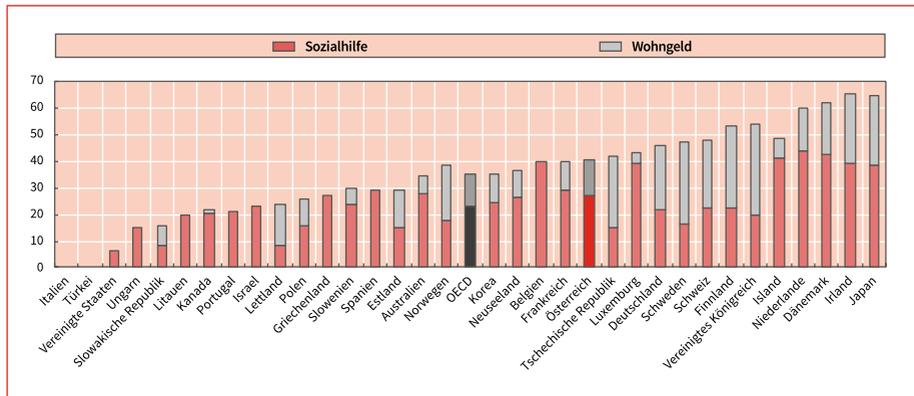
32 Diese Dauer ist üblich für Personen, die in den letzten 24 Monaten mindestens 52 Wochen lang einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nachgegangen sind. Bei Arbeitsuchenden, die älter sind und länger Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 52 Wochen für über 50-Jährige, die mindestens 9 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt waren.

33 Bis Mitte 2018 wurde das Einkommen des Partners bzw. der Partnerin auf die Notstandshilfe angerechnet.

34 Nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit erhält eine alleinstehende Person mit einem bisherigen Verdienst in Höhe des nationalen Durchschnittsgehalts in Österreich 51% des bisherigen Verdienstes; im OECD-Durchschnitt sind es 38%, in Deutschland beispielsweise 34%. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat in Österreich in den letzten Jahren zugenommen: Der Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit stieg zwischen 2007 und 2017 von 27,2% auf 33,4%, im OECD-Durchschnitt lag dieser Wert 2017 bei 31,0% (vgl. OECD 2018d).

Teil B: Leistungen bei Erwerbslosigkeit für Arbeitsuchende ohne entsprechende Beschäftigungs- und Sozialversicherungszeiten

Sozialhilfe und Wohngeld für eine alleinstehende Person in Prozent des verfügbaren Medianeinkommens, 2018 (2019 für Österreich)



Hinweis: Die Daten für Österreich für 2019 sind vorläufig.

Hinweis für Teil A: Berechnungen für eine alleinstehende Person ohne Kinder mit einem bisherigen Verdienst in Höhe des Durchschnittsgehalts. Sofern zutreffend, wird davon ausgegangen, dass Wohngeld und Sozialhilfeleistungen als Zahlungen erfolgen.

Hinweis für Teil B: Für Österreich bezieht sich die Sozialhilfe auf die sogenannte bedarfsorientierte Mindestsicherung, Wohngeld umfasst die für das Wohnen vorgesehene Leistung im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung sowie einen Mietzuschuss für Personen mit hohen Wohnkosten, die sogenannte Mietbeihilfe. In beiden Fällen wurden für die Simulationen die Bezugsgrößen von Wien genutzt.

Quelle: OECD Steuer- und Transfermodell, www.oecd.org/social/benefits-and-wages.htm

Erwerbsfähige Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen, die keinen Anspruch auf versicherungsbasierte ALG- oder NH-Leistungen haben, bzw. Personen mit einem niedrigen Einkommen aus solchen Leistungen oder aus Beschäftigung können Anspruch auf die beitragsunabhängige bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) haben.³⁵ Bis 2019 waren die Höhe der BMS und die Anspruchsvoraussetzungen nicht überall gleich: 2019 belief sich die BMS beispielsweise in Wien für eine alleinstehende Person auf rund

.....
 35 Die BMS löste 2010 die neun bundesländerspezifischen Sozialhilferegeln ab. Auf Bundesländerebene konnten nun allgemeine Mindeststrichlinien, Leistungssätze und einige Anspruchsvoraussetzungen festgelegt werden. Mit der jüngsten Reform Mitte 2019 (Sozialhilfegrundsatzgesetz) wurden die Leistungs- und Anspruchsberechtigungsregeln weiter harmonisiert. Sie wird Anfang 2020 in Kraft treten.

885 Euro, einschließlich der für das Wohnen vorgesehenen Summe in Höhe von 25%. Im Verhältnis zum Medianeinkommen liegt dies über dem OECD-Durchschnitt und zwischen der Leistungshöhe in Frankreich und jener in Deutschland (siehe Abbildung 12, Teil B). Mit der jüngsten BMS-Reform im Jahr 2019 (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz) wurden die Zulassungskriterien harmonisiert, und es wurde ein Höchstsatz von 885 Euro für eine alleinstehende Person festgelegt. Viele Haushalte, die BMS beziehen, erzielen zumindest gewisse Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aus der Arbeitslosenversicherung – eine weitere große Gruppe von Empfängerinnen und Empfängern bilden Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten, die keine Sozialversicherungszeiten nachweisen können. Mit der BMS-Reform wurden die Leistungssätze für Personen mit unzureichenden Deutschkenntnissen gekürzt. Während die Leistungssätze für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen angehoben wurden, wurden die Höchstsätze für die Unterstützung von Kindern stark degressiv gestaltet, womit die BMS für Familien mit mehreren Kindern deutlich gesenkt wurde.³⁶ Die Umsetzung der Reform auf Landesebene ist für Anfang 2020 geplant (vgl. Parlament der Republik Österreich 2019).

Das österreichische Transfersystem ist insgesamt vergleichsweise wirksam, was das Aufstocken niedriger Einkommen angeht – die Armutsquote unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zählt zu den zehn niedrigsten im OECD-Raum und lag 2015 bei 8,7% (die Armutsquote vor Steuern und Transferleistungen liegt bei 20,9%).

.....
 36 Für das erste Kind werden 25% des Leistungssatzes eines/einer Erwachsenen berechnet, für das zweite Kind 15% und ab dem dritten Kind 5%.

Österreich könnte noch mehr Unterstützung im Beschäftigungsbereich für Arbeitsuchende leisten, insbesondere für Empfängerinnen und Empfänger von BMS, um die Aufstiegsmobilität zu verbessern

Die Anforderung, sich aktiv auf Arbeitssuche zu begeben, kann in Verbindung mit einer qualitativ hochwertigen Unterstützung im Beschäftigungsbereich ein wirksames Mittel sein, um Zeiten der Arbeitslosigkeit und damit die Verstetigung eines niedrigen Einkommens zu reduzieren und die Aufstiegsmobilität am unteren Ende der Einkommensverteilung zu gewährleisten.

Registrierte Arbeitsuchende zu aktiver Stellensuche zu motivieren und sie hierbei zu unterstützen scheint in Österreich eine Politikpriorität zu sein. Empfängerinnen und Empfänger aller drei Formen der Sozialleistungen (ALG, NH und BMS) im erwerbsfähigen Alter müssen sich beim AMS registrieren lassen und sich aktiv auf Arbeitssuche begeben, um Leistungen zu erhalten, und können mit Sanktionen belegt werden, wenn sie geeignete Stellenangebote ablehnen. Die für aktive Arbeitsmarktprogramme zur Verfügung stehenden Mittel scheinen weitgehend ausreichend zu sein: Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme beliefen sich 2016 auf 0,58 % des BIP, womit sie EU-weit im oberen Bereich lagen und mehr als doppelt so hoch waren wie in Deutschland (0,26 %). Dies erklärt sich jedoch teilweise durch die höhere Anzahl an Arbeitsuchenden: Sowohl im Hinblick auf die Zahlen zur aktiven Programmteilnahme als auch bei den Ausgaben für Interventionen auf dem Arbeitsmarkt pro Arbeitsuchende/n lag Österreich 2016 im Mittelfeld und in beiden Bereichen nur geringfügig vor Deutschland (vgl. Eurostat 2018b; Eurostat 2018a).

Die österreichischen Bundesländer haben lange Zeit keinen besonderen Schwerpunkt auf Arbeitsanreize und die systematische Aktivierung von Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit Mindesteinkommen gelegt; dies ändert sich jedoch seit Einführung der BMS langsam. Heute stehen BMS-Empfängerinnen und -empfängern im

erwerbsfähigen Alter grundsätzlich dieselben Aktivierungs- und Unterstützungsleistungen des AMS zur Verfügung wie den Empfängerinnen und Empfängern versicherungsbasierter Leistungen (d. h. ALG und NH). Die Sozialämter leiten die Daten zu BMS-Empfängerinnen und -empfängern im erwerbsfähigen Alter monatlich an das AMS weiter; das AMS wiederum lädt Informationen zur Teilnahme der Empfängerinnen und Empfänger an Programmen und mögliche Verstöße gegen die Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche in eine zentrale Datenbank, die von den Sozialämtern abgerufen werden kann. In den letzten Jahren und vor der BMS-Reform haben einige Bundesländer darüber hinaus die Höhe der Leistungen angepasst und finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme eingeführt. In Wien ging die Entwicklung beispielsweise ausdrücklich hin zu einem Ansatz der „gegenseitigen Verpflichtung“ für BMS-Empfängerinnen und -Empfänger; hier wurden außerdem differenzierte Sätze für jugendliche und inaktive Empfängerinnen und Empfänger sowie Einmalzahlungen bei Aufnahme einer Arbeit eingeführt. Wie oben erwähnt, werden die Bundesländer mit der Umsetzung des neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes im Laufe des Jahres 2019 weniger Spielraum haben, leistungsrechtliche Regelungen auf lokaler Ebene anzupassen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Umsetzung der BMS-Reform auf Bundesländerebene die Beibehaltung spezifischer Regelungen ermöglicht. Der Regelsatz wurde ferner als „maximaler“ Satz angegeben, was bedeutet, dass die Bundesländer gegebenenfalls niedrigere, aber keine höheren Sätze festsetzen können.

Doch es gibt noch immer Möglichkeiten, die Unterstützung im Beschäftigungsbereich zu verbessern und die systematische Aktivierung von BMS-Empfängerinnen und -Empfängern sicherzustellen. Die Fallbelastung der AMS-Sachbearbeiterinnen und -Sachbearbeiter ist beispielsweise zu hoch: Eine AMS-Mitarbeiterin bzw. ein AMS-Mitarbeiter in Wien ist im Durchschnitt für 250 Arbeitsuchende gleichzeitig zuständig, was dazu führt, dass für ein monatliches Gespräch jeweils rund fünf bis sieben Minuten zur Verfügung stehen. Damit bleibt zu wenig Zeit, um qualitativ hochwertige Unterstützung bei der Stellensuche zu leisten und die Arbeitsuchenden in die Programme zu vermitteln, von

denen sie wahrscheinlich am meisten profitieren würden. Darüber hinaus unterscheiden sich die Unterstützungs- und Aktivierungsmaßnahmen, die den BMS-Empfängerinnen und -Empfängern angeboten werden, erheblich. Es gibt weiterhin keine einheitlichen Mindeststandards über die Bundesländer hinweg, weder für die Höhe der Zahlungen noch im Hinblick auf die Rechte und Verpflichtungen der Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Dies ermöglicht es den Bundesländern, ihre Unterstützungsleistungen an örtliche Gegebenheiten anzupassen, führt jedoch auch zu unberechtigten Unterschieden bei der Höhe der Leistungen, den bei der Bedürftigkeitsprüfung angelegten Kriterien oder im Hinblick darauf, in welchem Maße die Einhaltung der Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche überwacht und eingefordert wird.

Die jüngsten Senkungen der Grenzsteuersätze für Geringverdienende sollten (Vollzeit-)Beschäftigung fördern, doch Menschen am untersten Ende der Skala profitieren möglicherweise nicht davon

Österreich hat Maßnahmen ergriffen, um die Steuerlast für Geringverdienende zu senken und damit stärkere Arbeitsanreize zu schaffen und das verfügbare Einkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung zu erhöhen. Im Rahmen einer großen Steuerreform 2016 wurden in Österreich zwei neue Tarifstufen eingeführt und damit die bisher hohen Grenzsteuersätze in den unteren Einkommensschichten erheblich gesenkt. Mit der Reform wurden außerdem die Regelungen zur Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Geringverdienende ausgeweitet, eine Maßnahme, mit der Beschäftigung gefördert wird, da sie im Wesentlichen wie eine negative Einkommensteuer fungiert. Beide Maßnahmen sollten stärkere Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung oder die Erhöhung der Arbeitszeit, insbesondere von Zweitverdienerinnen bzw. Zweitverdienern, schaffen. Mit der Einführung des Familienbonus Plus 2019, der auch den bisherigen Kinderfreibetrag ersetzt, wurde die Steuerlast für Familien mit Kindern gesenkt, wie in Abbildung 11 dargestellt. Derartige Steuersenkungen können zwar ein wirksamer Anreiz für die Aufnahme einer (Vollzeit-)Beschäftigung sein und das verfüg-

bare Haushaltseinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung erhöhen, sie kommen jedoch nur Haushalten zugute, die einkommensteuerpflichtig sind; Menschen mit einem sehr geringen Verdienst, darunter viele Teilzeitkräfte, profitieren demnach nicht davon.

Österreich sollte Vermögen- oder Erbschaftsteuern als ein Mittel in Betracht ziehen, der Konzentration von Vermögenswerten entgegenzuwirken und Chancenungleichheiten abzubauen

Während die Einkommen in Österreich relativ gleichmäßig verteilt sind (Gini-Index von 0,28 im Jahr 2016 im Vergleich zu 0,32 im OECD-Durchschnitt), ist das Haushaltsvermögen stark konzentriert. 2014 besaßen die wohlhabendsten 10 % der österreichischen Haushalte 56 % des Haushaltsvermögens; das ist der achthöchste Wert unter den 27 OECD-Ländern, für die Daten verfügbar sind (vgl. Balestra/Tonkin 2018). Dies spiegelt zum Teil die niedrige Wohneigentumsquote von rund 30 % in Österreich wider – nur in Kanada, den Vereinigten Staaten, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden liegt der Wert noch darunter. Im Ländervergleich ist erkennbar, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem weit verbreiteten Vorhandensein von Wohneigentum und einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung. Andererseits haben finanzielle Vermögenswerte in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern einen weitaus höheren Anteil am Gesamt-Bruttovermögen der Haushalte.

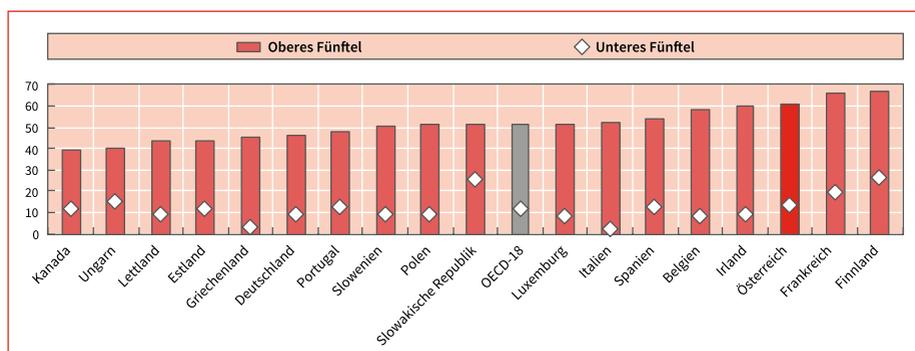
Es besteht jedoch auch ein Zusammenhang zwischen der hohen Konzentration von Vermögenswerten und der Tatsache, dass Eigentum und andere Vermögenswerte oder Erbschaften in Österreich nicht oder nur geringfügig besteuert werden. Der Anteil der Vermögensteuer an den Steuereinnahmen war 2017 der sechsniedrigste im gesamten OECD-Raum (vgl. OECD 2018e). Österreich hat jedoch im Zuge der Steuerreform 2016 die Kapitalertragsteuer und den Einkommensteuersatz für die Veräußerung von Grundstücken angehoben.

Die Einführung von Steuern auf Vermögenswerte oder auf die Übertragung von Vermögenswerten wäre eine Möglichkeit, die hohe Vermögenskonzentration zu reduzieren und gleichzeitig Gelder einzunehmen, mit denen die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit weiter gesenkt werden kann. Auch Erbschaft- und Schenkungsteuern – diese wurden in Österreich 2008, einem internationalen Trend folgend, abgeschafft – können dazu beitragen, den sogenannten „Sticky-Ceiling-Effekt“ abzumildern, d. h., dass Vermögenswerte nicht mehr nur bei den Wohlhabenden „hängenbleiben“ und die intergenerationelle soziale Mobilität gestärkt wird.

Vererbung kann die soziale Mobilität beeinträchtigen, insbesondere wenn Vermögen am oberen Rand der Verteilung konzentriert und mit anderen Vorteilen verbunden ist, die wohlhabende Eltern ihren Kindern bieten, wie engagiertere Elternschaft, bessere Schulbildung, soziales Kapital usw. (vgl. Reeves 2017). Tatsächlich erhalten 61 % der reichsten 20 % der österreichischen Haushalte eine Erbschaft (OECD-Durchschnitt: 51%), während dies nur bei 14 % der am wenigsten wohlhabenden 20 % der Haushalte (OECD: 12 %) der Fall ist (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Vermögendere Haushalte erben deutlich häufiger

Prozentualer Anteil der Haushalte, die ein Erbe bezogen haben, oberes und unteres Einkommensfünftel



Quelle: Balestra/Tonkin 2018 auf Grundlage der OECD Wealth Distribution Database

Jüngste Untersuchungen der OECD gelangen zu dem Schluss, dass im Hinblick auf Gerechtigkeit und Wirksamkeit mit gut konzipierten Kapitalertragsteuern – einschließlich Steuern auf Kapitalgewinne – und Erbschaft- und Schenkungsteuern besser gefahren wird als mit einer zusätzlichen Netto-Vermögensteuer, auch wenn letztere ein (unzureichender) Ersatz für diese Steuern sein kann (vgl. OECD 2018h). In Ermangelung einer Erbschaftsbesteuerung spielen Erbschaften in Österreich eine größere Rolle als in den meisten anderen Euro-Ländern (vgl. Leitner 2015). Eine bessere Angleichung der Erbschafts-, Vermögens- und Immobilienbesteuerung an jene vergleichbarer OECD-Länder könnte dazu beitragen, die Ungleichheiten im Vermögen abzubauen und die soziale Mobilität zu fördern.

LITERATUR

Altzinger, W. et al. (2013): Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten, Vol. 68/1, 48–62

Arbeitsmarktservice (2018): Karrierekompass – Kindergartenpädagoge/-pädagogin (Elementarpädagoge/-pädagogin); https://www.karrierekompass.at/berufe/1920-Kindergartenpaedagoge~Kindergartenpaedagogin_Elementarpaedagoge~Elementarpaedagogin/

Bacher, J. (2015): Indexbasierte Finanzierung des österreichischen Schulsystems. Zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen. In: Schulverwaltung Aktuell – Zeitschrift für Schulentwicklung und Schulmanagement, Vol. 2010/4, 102–105

Balestra, C./Tonkin, R. (2018): Inequalities in household wealth across OECD countries: Evidence from the OECD Wealth Distribution Database. In: Statistics and Data Working Paper, No. 2018/01, OECD, Paris; <https://doi.org/10.1787/7e1bf673-en>

Bergmann, N. et al. (2017): Männer und Vereinbarkeit von Beruf und Familie in männerdominierten Branchen: Betriebliche Fallbeispiele. L&R Sozialforschung, Wien; http://maennerundvereinbarkeit.at/wp-content/uploads/2017/01/Bericht_Betriebliche-Fallbeispiele_LR_2017.pdf

Biasi, B. (2019): School Finance Equalization Increases Intergenerational Mobility: Evidence from a Simulated Instruments Approach. NBER Working Paper, Vol. 25600; <http://www.nber.org/papers/w25600>

BMASGK (2018): Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke; <https://broschueren-service.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=664>

Bruneforth, M. et al. (Hg.) (2016): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Leykam Buchverlagsgesellschaft m. b.H., Graz; <http://dx.doi.org/10.17888/nbb2015-2>

Buzek, A. (2017): Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) Tabellenbeschreibung UNI-Status, AMS & Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; https://arbeitsmarktdatenbank.at/docs/Beschreibung_AM-Datenbank-Tabellen%20Uni_Status.pdf

Causa, O./Johansson, Å. (2010): Intergenerational Social Mobility in OECD Countries. In: OECD Journal: Economic Studies, Vol. 2010/1; https://dx.doi.org/10.1787/eco_studies-2010-5km33scz5rjj

D'Addio, A. (2007): Intergenerational Transmission of Disadvantage: Mobility or Immobility Across Generations? OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 52, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/217730505550>

Eurostat (2019): Early leavers from education and training by sex and country of birth; http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfse_02&lang=en

Eurostat (2018a): Activation-Support – LMP participants per 100 persons wanting to work; https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP_IND_ACT-SUP/default/table

Eurostat (2018b): LMP expenditure; https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP_IND_EXP/default/table

Fessler, P./Mooslechner, P./Schürz, M. (2011): Intergenerational transmission of educational attainment in Austria. In: Empirica, Vol. 39/1, 65–86; <http://dx.doi.org/10.1007/s10663-010-9156-x>

Fessler, P./Schneebaum, A. (2012): Gender and Educational Attainment Across Generations in Austria. In: Feminist Economics, Vol. 18/1, 161–188; <http://dx.doi.org/10.1080/13545701.2012.657661>

Leitner, S. (2015): Vermögensungleichheit und die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen. In: WISO direkt. Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Juni 2015; <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/11473.pdf>

OECD (2019a): Education at a glance: Educational attainment and labour-force status, OECD Education Statistics; <https://dx.doi.org/10.1787/889e8641-en>

OECD (2019b): OECD Income Distribution Database (IDD); <http://oe.cd/idd>

OECD (2019c): Risks that Matter: Main Findings from the 2018 OECD Risks that Matter Survey; www.oecd.org/social/risks-that-matter.htm

OECD (2018a): A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264301085-en>

OECD (2018b): Education at a Glance 2018: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/eag-2018-en>

OECD (2018c): Equity in Education: Breaking Down Barriers to Social Mobility, PISA, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264073234-en>

OECD (2018d): OECD Employment Outlook 2018, OECD Publishing, Paris; https://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2018-en

OECD (2018e): Revenue Statistics 2018, OECD Publishing, Paris; https://dx.doi.org/10.1787/rev_stats-2018-en

OECD (2018f): Social Expenditure Database (SOCX); <http://www.oecd.org/social/expenditure.htm>

OECD (2018g): The OECD Tax-Benefit Model for Austria: Description of policy rules for 2018; <http://www.oecd.org/els/soc/TaxBEN-Austria-2018.pdf>

OECD (2018h): The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD, OECD Tax Policy Studies, No. 26, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264290303-en>

OECD (2017a): Dare to Share: Germany's Experience Promoting Equal Partnership in Families, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264259157-en>

OECD (2017b): Education Policy Outlook: Austria, OECD, Paris; <http://www.oecd.org/education/Education-Policy-Outlook-Country-Profile-Austria.pdf>

OECD (2017c): The Pursuit of Gender Equality: An Uphill Battle, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264281318-en>

OECD (2016a): LMF1.1 Children in households by employment status, OECD Family Database; <http://www.oecd.org/social/family/database.htm>

OECD (2016b): LMF1.2 Maternal employment, OECD Family Database; http://www.oecd.org/els/soc/LMF_1_2_Maternal_Employment.xlsx

OECD (2016c): PF3.3 Informal childcare arrangements, OECD Family Database; <http://www.oecd.org/els/family/PF3-3-Informal-childcare-arrangements.xlsx>

OECD (2016d): PISA 2015 Results (Volume I): Excellence and Equity in Education, PISA, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264266490-en>

OECD (2016e): Skills Matter: Further Results from the Survey of Adult Skills, OECD Skills Studies, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264258051-en>

OECD (2016f): Society at a Glance 2016: OECD Social Indicators, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264261488-en>

OECD (2015): OECD Economic Surveys: Austria 2015, OECD Publishing, Paris; https://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2015-en

OECD (2014): Are grouping and selecting students for different schools related to students' motivation to learn?, OECD, Paris; [https://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/pisainfocus/pisa-in-focus-n39-\(eng\)-final.pdf](https://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/pisainfocus/pisa-in-focus-n39-(eng)-final.pdf)

OECD (2013): OECD Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>

OECD (2010): Economic Policy Reforms 2010: Going for Growth, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/growth-2010-en>

OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, OECD Publishing, Paris; <https://dx.doi.org/10.1787/9789264044197-en>

Parlament der Republik Österreich (2019): Sozialhilfe-Grundsatzgesetz; https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00514/index.shtml

Reeves, R. (2017): Dream hoarders: How the American upper middle class is leaving everyone else in the dust, why that is a problem, and what to do about it. Brookings Institution Press

Rille-Pfeiffer, C./Dearing, H./Schmidt, A. (2018): Austria country note. In: Blum, S. et al. (eds.): International Review of Leave Policies and Research 2018. International Network on Leave Policies & Research; http://www.leavenetwork.org/lp_and_r_reports/

Schneebaum, A./Rumplmaier, B./Altzinger, W. (2015): Gender and migration background in intergenerational educational mobility. In: Education Economics, Vol. 24/3, 239–260; <http://dx.doi.org/10.1080/09645292.2015.1006181>

Schnetzer, M./Altzinger, W. (2013): Intergenerational transmission of socioeconomic conditions in Austria in the context of European welfare regimes. In: Momentum Quarterly, Vol. 2/3, 108–126; <http://epub.wu.ac.at/5661/>

Schratzenstaller, M./Dellinger, F. (2017): Genderdifferenzierte Lenkungswirkungen des Abgabensystems. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien; https://www.bmf.gv.at/ministerium/WIFO_Studie_Genderdifferenzierte_Lenkungswirkungen_Abgabensy.pdf?67rupe

Statistik Austria (2012): Methodenbericht EU-SILC 2012; http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html

Statistik Austria (2019): Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring – BibEr; https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html

Statistik Austria (2018): Kinderbetreuungsquoten nach Einzeljahren 2017; https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/bildungsbezogenes_erwerbskarrierenmonitoring_biber/index.html

Till, M./Klotz, J./Siegert, C. (2018): Eingliederungsindikatoren 2017 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich, Statistik Austria, Vienna; https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/5/CH3434/CMS1553498749511/eingliederungsindikatoren_2017__statfinal_rev1_2.pdf

AUTOREN

AUTOREN

Michael F. Förster



ist Chefökonom sowie Politikanalyst für Einkommens- und Verteilungsfragen in der Abteilung Arbeitsmarkt und Soziales der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Er leitete die rezenten OECD-Ungleichheitsstudien *In It Together – Why Less Inequality Benefits All* (2015), *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility* (2018) und *Under Pressure: The Squeezed Middle Class* (2019). Er hat an der Universität von Liège promoviert und ist Mitglied mehrerer internationaler wissenschaftlicher Beiräte sowie des Rats des französischen Armutsobservatoriums (Observatoire national de la pauvreté et de l'exclusion sociale).

Sebastian Königs



ist Ökonom sowie Politikanalyst in der Abteilung Arbeitsmarkt und Soziales der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Research Affiliate am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Er hat an der Universität Oxford in Ökonomie promoviert und zuvor an den Universitäten in Lausanne, Kalifornien (Berkeley) und Maastricht studiert. Vor seiner Zeit bei der OECD arbeitete Sebastian Königs unter anderem in der Forschungsabteilung von Statistik Norwegen und war als Berater für die Weltbank tätig.

TEIL II

VERMÖGEN DER PRIVATEN HAUSHALTE IN ÖSTERREICH: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE

ZUSAMMENFASSUNG
SUMMARY

ZUSAMMENFASSUNG

Die Oesterreichische Nationalbank erhebt im Rahmen des Eurosystems seit 2010 Daten zu den Finanzen der privaten Haushalte in Österreich.

Im ersten Teil dieser Studie liegt der Fokus auf relevanten Ergebnissen zur Verteilung von Vermögen. Es werden Ergebnisse zur steigenden Bedeutung von Vermögen und Erbschaften und zur Stabilität der Vermögensungleichheit über die Zeit präsentiert.

Im zweiten Teil wird die Perspektive auf die privaten Haushalte verschoben, und es werden Spezifika zu den sozioökonomischen Charakteristika und Einstellungen der Haushalte besprochen. Der Fokus liegt hier auf Hindernissen für die soziale Mobilität und ergänzt die OECD-Studie „Förderung der sozialen Mobilität in Österreich“.

Die Vermögensungleichheit in Österreich ist im Vergleich mit anderen europäischen Ländern hoch. Die vorliegenden drei Wellen des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) zeigen keine signifikanten Veränderungen bei zentralen Indikatoren der Vermögensungleichheit.

Die OECD-Ergebnisse zu Hindernissen sozialer Mobilität können ergänzt werden durch HFCS-Ergebnisse zur Persistenz der Ungleichheit über drei Generationen und einen Indikator zur Bildungsnähe im Elternhaus.

Die Wahrnehmungen der Vermögensungleichheit in der Bevölkerung entsprechen nicht der empirischen Evidenz. Insbesondere die Vermögenden schätzen sich nicht als vermögend ein.

In Zukunft werden Erbschaften für die Vermögensakkumulation an Bedeutung gewinnen.

SUMMARY

The Austrian Central Bank (Oesterreichische Nationalbank) has been collecting data on household finances in Austria since 2010.

In the first part of this study, we focus on findings about the distribution of net wealth. We present results on the increasing importance of wealth and inheritances and the stability of wealth inequality over time.

In the second part we discuss socio-economic characteristics and attitudes of households. Generally we focus on obstacles to social mobility and complement the OECD study “Promoting Social Mobility in Austria”.

Wealth inequality in Austria is in comparison to other European countries high. The three waves of the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) show no significant changes of crucial indicators of wealth inequality.

The results of the OECD related to social mobility can be complemented by results of the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) to persistence of inequality among three generations and an indicator of culture in the family of origin.

The perceptions of the people related to wealth inequality do not correspond with the empirical evidence. In particular, the wealthy do not consider themselves as wealthy.

Inheritances will get more important for wealth accumulation in the future.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	109
2	WAS WISSEN WIR ÜBER DIE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN IN ÖSTERREICH?	113
2.1	Vermögensungleichheit in Österreich: stabil?	113
2.2	Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Einkommen	116
2.3	Wer mehr Einkommen erzielt, hat nicht unbedingt mehr an Vermögen	118
2.4	Erbschaften bestimmen die Vermögensposition entscheidend	121
2.5	Eigenheim wichtigster Vermögensbestandteil	123
3	SOZIOÖKONOMISCHE SPEZIFIKA ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG	127
4	SCHLUSSFOLGERUNGEN	133
	LITERATUR	135
	AUTOREN	139
	BISHER ERSCHIENEN IN DIESER REIHE	143

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Verschiedene Ungleichheitsmaße der Verteilung des Nettovermögens	116
Abbildung 2: Verteilung von Einkommen und Vermögen	118
Abbildung 3: Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen	120
Abbildung 4: Kapitalstock in Prozent des Nationaleinkommens	122
Abbildung 5: Mittelwert der Nettovermögen nach Alter und Erbe	123
Abbildung 6: Bedeutung der Vermögenskomponenten der österreichischen Haushalte	125
Abbildung 7: Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezile	128
Abbildung 8: „Wie sehr verfolgen Sie die Tagespolitik und die Politik generell: die meiste Zeit, regelmäßig, hin und wieder, selten oder nie?“	129
Abbildung 9: Median der Nettovermögen nach Parteipräferenz	130
Abbildung 10: Mittelwert des Nettovermögens nach Beruf des Großvaters väterlicherseits	131
Abbildung 11: Mittelwert des Nettovermögens im Haushalt nach Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt im Alter von zehn Jahren	132

TEIL II

VERMÖGEN DER PRIVATEN HAUSHALTE IN ÖSTERREICH: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE

1 EINLEITUNG

In der vorliegenden Studie verwenden wir die Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) des Eurosystems, der für Österreich die einzige Datenquelle zum Vermögen der privaten Haushalte darstellt und die gesamte Haushaltsbilanz umfasst, d. h. Sachvermögen, Finanzvermögen und Verschuldung der privaten Haushalte (siehe www.hfcs.at). Der Fokus des HFCS liegt primär auf Vermögen, aber der Datensatz beinhaltet auch Informationen zum Einkommen und den Ausgaben. Auf Basis der drei Wellen des HFCS 2010, 2014 und 2017 können einige empirisch gut abgesicherte Erkenntnisse über die Vermögensverteilung in Österreich präsentiert werden (vgl. Fessler/Lindner/Schürz 2018).

Vermögen dient den meisten Menschen zur Absicherung in Notfällen und für Konsumausgaben. Sie sparen ein wenig, um außergewöhnliche Ausgaben aus den Ersparnissen abdecken zu können. In Österreich geht es dabei meist um Dinge wie ein Auto, eine Waschmaschine, einen Kühlschrank oder auch einen Urlaub.

Besonders im ländlichen Bereich, wo das Angebot an Mietwohnungen geringer ist als in Wien, sparen Menschen aber auch für ein Eigenheim. Viele können sich ein solches aber nur mit Unterstützung durch andere Personen leisten (vgl. Fessler/Schürz 2017b). Ein finanzieller Beistand erfolgt entweder via Schenkungen und Erbschaften oder über eine Mithilfe der Familie sowie von Freundinnen und Freunden beim Hausbau.

Jene, die im Eigenheim leben, halten einen großen Anteil ihres Vermögens direkt in Form des Eigenheims. Sie erzielen eine nichtmonetäre Rendite, weil sie keine Mietkosten zu tragen haben. Dies erlaubt ihnen langfristig auch eine höhere Sparleistung. Hilfreich für ihren Vermögensaufbau ist zudem, dass das Leben im Eigenheim steuerlich bevorzugt wird. Bei Mietzahlungen hingegen wird eine Mehrwertsteuer fällig, und für Mieteinnahmen muss Einkommensteuer bezahlt werden. Zur Veranschaulichung: Ver-

mieten sich zwei Personen wechselseitig ihr Eigenheim, fallen höhere Steuern an, als wenn sie beide selbst in ihrer jeweiligen Immobilie leben.

Privates Vermögen und sozialstaatliche Leistungen, aber auch Ausgaben zum Schutz des Privateigentums und für Sicherheit (Militär, Polizei etc.) sind zum Teil Substitute. Je weniger der Staat solche Aufgaben übernimmt, desto wichtiger wird privates Vermögen für das Leben der Menschen. In Österreich werden die meisten Sicherungs- und Vorsorgefunktionen vom Staat organisiert. So gibt es etwa Arbeitslosengeld, eine staatliche Pensionsvorsorge, Sozialhilfe und Gesundheitsleistungen zur Absicherung gegen ökonomische und gesundheitliche Risiken. Zusätzlich existieren Unterstützungen für Kinder und Familien. Daneben besteht ein Justiz- und Sicherheitssystem, das in Österreich das Privateigentum schützt.

Gerade für arme Menschen ist es wichtig, dass der Staat im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit einspringt. Wenn nun der Sozialstaat abgebaut wird, müssen die Menschen verstärkt für Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit sparen. Aber auch am anderen Ende der Vermögensverteilung gibt es Substitutionsbeziehungen zwischen privatem Vermögen und öffentlichem Vermögen und Dienstleistungen. Vermögende müssten ohne rechtliche und institutionelle Sicherung von Privateigentum mehr Geld für ihre persönliche Sicherheit und den Schutz ihres Privatvermögens ausgeben. Hohe Vermögenskonzentration geht mit gesellschaftlicher Macht einher, und diese kann genutzt werden, um politisch Einfluss zu nehmen. So wird die Vermögenskonzentration an der Spitze auch in Österreich von großer Relevanz sein. Auf Basis der vorhandenen HFCS-Daten ist allerdings hierfür kein empirischer Beleg möglich, da der rechte Rand der Verteilung (d. h. die besonders reichen Menschen) in derartigen Befragungen nicht ausreichend erfasst wird.

Die Ungleichheit von Vermögen unterscheidet sich von der Ungleichheit von Einkommen oder den Lebensverhältnissen. So kann etwa ein bestimmtes Einkommen für einen

gesunden Menschen mehr als ausreichend sein, im Falle schwerer und kostenintensiver Erkrankungen bzw. besonderer Bedürfnisse aufgrund einer chronischen Beeinträchtigung aber deutlich zu wenig sein. Je nachdem, welche Leistungen in solchen Fällen über den Sozialstaat angeboten werden, können Menschen in prekäre Situationen kommen oder aber, etwa aufgrund eines sozialstaatlich organisierten Gesundheitssystems, keinerlei Einschränkungen erleben. Nicht nur die Verteilung der privaten Einkommen und Vermögen bestimmen somit die Verteilung von Wohlstand und Lebensqualität, sondern insbesondere auch die öffentlichen und sozialstaatlich organisierten Leistungen. Das betrifft auch keineswegs nur die ärmeren Teile der Bevölkerung: Pensionssystem, Gesundheitssystem, Bildungssystem, öffentlicher Verkehr und viele andere staatliche Leistungen sind ebenso für weite Teile der Mittelschicht bedeutsam. Und selbst für die Lebensverhältnisse der besonders vermögens- oder einkommensstarken Menschen sind der staatlich organisierte Schutz ihres Privateigentums und die öffentliche Sicherheit essenziell. Und indirekt spielen auch für sie Sozialausgaben eine wichtige Rolle. Es gibt viele Länder, in denen besonders vermögende Menschen mehr Geld für den Schutz ihres Eigentums und ihre eigene Sicherheit ausgeben müssen als in Österreich.

Es ist folglich weder hinreichend, die Ungleichheit der Einkommen noch jene der privaten Vermögen isoliert zu betrachten, wenn es um Fragen von Wohlstand, Lebensverhältnissen oder Lebensqualität geht. Neben dem Einkommen und dem Vermögen spielen öffentliche Güter und Dienstleistungen sowie die jeweilige persönliche Lebenssituation eine große Rolle (vgl. Fessler/Schürz 2018a; Schürz 2019).

2 WAS WISSEN WIR ÜBER DIE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN IN ÖSTERREICH?

2.1 Vermögensungleichheit in Österreich: stabil?

Bei den Einkommen gibt es methodische Messprobleme, die es erschweren, die Verteilung des gesamten Einkommens der Haushalte zu schätzen. Für bestimmte Formen von Einkommen, wie Kapitaleinkommen oder Einkommen von Selbstständigen, gibt es nur unzureichende Datenquellen.

Für den Bereich der Mitte können wir die Verteilung zwar recht präzise schätzen, aber an den Rändern der Vermögensverteilung, also bei den Haushalten mit dem geringsten und bei jenen mit dem höchsten Vermögen sowie insbesondere bei den sehr Vermögenden ist dies mit großer Unsicherheit verbunden. Hier können nur grobe Schätzungen auf Basis von weitreichenden Annahmen über die zugrunde liegende Verteilung ange stellt werden (vgl. Vermeulen 2016).

In beiden Fällen, bei Vermögen und Einkommen, können wir, wenn wir alle Vermögens- bzw. Einkommensformen von allen Haushalten in Österreich gemeinsam analysieren wollen, nur Stichprobenerhebungen verwenden. Dabei handelt es sich um zufällig gezogene und persönlich befragte Haushalte, die über ihre Einkommens- bzw. Vermögensverhältnisse Auskunft geben.

Was diese Daten eindeutig zeigen, ist Folgendes: Seit 2010 ist die gemessene Vermögensverteilung in Österreich stabil geblieben. Was ganz an der Spitze der Verteilung in dieser Zeit möglicherweise passiert ist, bleibt aber unbekannt. Abbildung 1 (siehe Seite 116) zeigt verschiedene Maßzahlen zur Vermögensverteilung. Jede Maßzahl greift einen bestimmten Aspekt der Verteilung heraus. Wenn das ganze Spektrum der Verteilung auf eine einzige Zahl reduziert wird, geht viel an Information verloren, daher ist es sinnvoll, mehrere Indikatoren zu beachten.

Der Anteil der „**Top 5%**“ zeigt etwa an, wie viel Prozent des gesamten Vermögens der privaten Haushalte in Österreich bei jenen 5 % der Haushalte, die am meisten Vermögen haben, konzentriert ist. Bei einer Gleichverteilung der Vermögen wären dies 5 %. In Österreich liegt diese Maßzahl bei etwa 45 %. Dies zeigt, dass eine kleine Gruppe besonders vermögender Haushalte fast die Hälfte des gesamten Vermögens besitzt. Bei den Vermögensformen dieser obersten 5 % handelt es sich zu einem großen Teil um produktiv eingesetztes Kapital, d. h. Anteile an Unternehmen sowie Immobilien, die vermietet oder verpachtet werden.

„**P75/P25**“ ist eine Maßzahl, die auf die Mitte der Gesellschaft fokussiert. Sie setzt den oberen Rand der Hälfte der Haushalte, die genau in der Mitte liegen, in ein Verhältnis zum unteren Rand. Wächst diese Maßzahl, kann abgelesen werden, dass die obere Mitte sich von der unteren entfernt und die Vermögensverteilung in der Mitte somit ungleicher wird. In Österreich liegt diese Maßzahl 2017 bei circa 21. Das bedeutet, dass das obere Ende der mittleren 50 Prozent das 21fache an Vermögen hat wie das untere Ende. Selbst innerhalb der Mitte gibt es also deutliche Vermögensunterschiede. Das untere Ende bei P25 verfügt über ein Vermögen von rund 13.000 Euro, während P75 schon über rund 275.000 Euro verfügt.

Die Maßzahl „**Bottom 50%**“ (= Anteil der unteren 50 %) gibt an, wie viel Prozent des Vermögens die Hälfte der privaten Haushalte mit den niedrigsten Vermögen auf sich vereint. Die untere Hälfte verfügt in Österreich über circa 3,6 % des gesamten Vermögens. Das bedeutet, dass die obere Hälfte über 96,4 % des Vermögens verfügt. Aus einer Vermögensperspektive betrachtet ist somit Vermögen in Österreich fast ausschließlich ein Thema der oberen 50 % der Haushalte.

Das bedeutet nicht, dass der geringe Vermögensanteil der unteren Hälfte nicht eine große Bedeutung für jene Haushalte hat, die ein kleines Vermögen besitzen. Nur sind die Charakteristika ihrer Vermögen und deren Funktionen andere. Ein Auto, das man

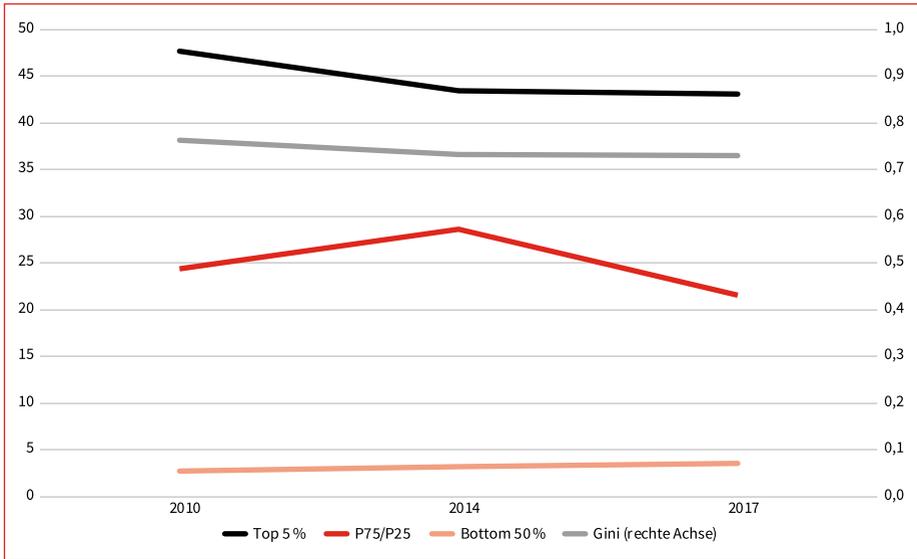
für die Fahrt zur Arbeit benötigt, oder ein Sparsbuch, auf dem man für einen Urlaub oder eine neue Waschmaschine spart, sind für Haushalte in der unteren Hälfte von grundlegender Bedeutung.

Eine häufig verwendete Maßzahl zur Beschreibung der Ungleichheit ist der „**Gini-Koeffizient**“. Er liegt zwischen 0 und 1, wobei 0 bedeutet, dass alle Haushalte gleich viel besitzen, während 1 anzeigt, dass ein Haushalt alles hat.¹ Ein Vorteil des Gini-Koeffizienten ist, dass er die gesamte Verteilung einbezieht. Dies ist zugleich aber auch sein Nachteil, da er unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der Verteilung nicht sichtbar macht. Das höchste Gewicht bei der Berechnung des Gini-Koeffizienten haben jene Werte um den Mittelwert. Bei der Nettovermögensverteilung liegt der Mittelwert bei P72. Dies bedeutet, dass der Durchschnitt recht weit oberhalb vom Median liegt, also über 71 Prozent der Haushalte weniger haben als der Durchschnitt. Und eine anschauliche Interpretation, wie etwa bei den Top-Anteilen, ermöglicht der Gini-Koeffizient nicht, da er für unzählige verschiedene Verteilungen ident sein kann. Der Gini-Koeffizient des Nettovermögens beträgt in Österreich 0,73.

Ungleichheitsmaße können auch in unterschiedliche Richtungen weisen. Die eine Maßzahl kann ein Sinken der Ungleichheit anzeigen, während eine andere für denselben Datensatz einen Anstieg der Ungleichheit ausweist. Jede Maßzahl fokussiert nur auf spezifische Aspekte der Verteilung. Die Mitte kann näher zusammenrücken, und gleichzeitig kann die Konzentration an der Spitze zunehmen. Es ist relativ unwahrscheinlich, dass sich alle Maßzahlen in dieselbe Richtung entwickeln. Auch für Österreich tun sie das nicht. Aber keine der Maßzahlen in Abbildung 1 hat sich statistisch signifikant verändert. Die leichten Veränderungen liegen also im Bereich der Unsicherheit bei den Schätzungen auf Basis der zur Verfügung stehenden Stichproben. Insgesamt war die gemessene Ungleichheit der Vermögen in Österreich in den letzten zehn Jahren stabil.

.....
1 Im Fall von Nettovermögen ist der Gini-Koeffizient – obwohl wohldefiniert – nicht bei 1 begrenzt, da es hier, anders als beim Einkommen, negative Werte gibt.

Abbildung 1: Verschiedene Ungleichheitsmaße der Verteilung des Nettovermögens



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

2.2 Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Einkommen

Vermögen und Einkommen unterscheiden sich in ihren Charakteristika voneinander. Die meisten Menschen erzielen Einkommen durch Arbeit. Daneben gibt es eine Vielzahl von Transfereinkommen vom Staat wie die bedarfsorientierte Sozialhilfe oder die universelle Familienbeihilfe, die vor allem für die ärmeren Haushalte oder die Mittelschicht gemessen an ihrem Einkommen bedeutsam sind. Für reiche Haushalte sind Kapitaleinkommen wie Einkommen aus Zinsen und Dividenden wichtig.

Aus dem Einkommen wird gespart und so Vermögen gebildet. Ein immer größerer Teil des Vermögens wird aber über Erbschaften von Generation zu Generation weitergegeben. Das gilt insbesondere für Immobilien.

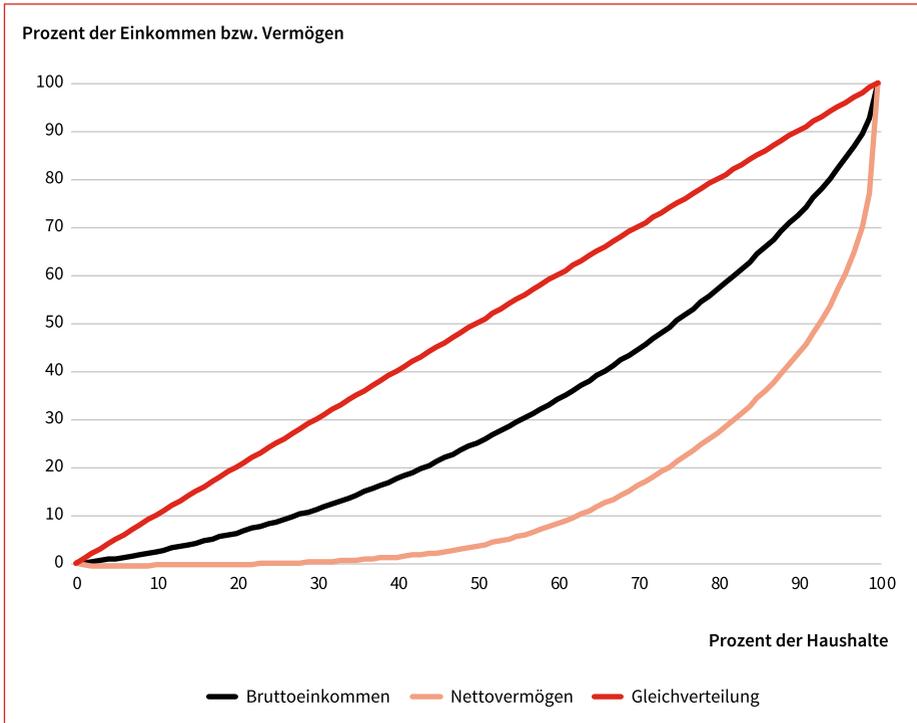
Während aus dem Einkommen die laufenden Ausgaben bestritten werden, übernimmt das Vermögen andere Funktionen. Dabei stehen Vorsorge und Nutzung für die meisten Haushalte im Vordergrund. Es wird Vermögen gebildet, um später etwas kaufen oder im Falle eines Einkommensausfalls auf Ersparnisse zurückgreifen zu können. Ein Auto oder eine Immobilie wird zur Nutzung erworben. Andere Funktionen wie die Erzielung von Einkommen aus Vermögen oder Status, die Weitergabe größerer Werte an zukünftige Generationen oder die Ausübung von Macht spielen nur für eine geringe Anzahl der Haushalte mit besonders großen Vermögen eine Rolle.

Abbildung 2 zeigt die Verteilung des Haushaltsbruttoeinkommens² und des Nettovermögens anhand sogenannter Lorenzkurven. Diese demonstrieren, wie viel Prozent der Haushalte wie viel Prozent des Einkommens bzw. des Vermögens besitzen. Die unteren 95% der Haushalte halten demnach 55% des Vermögens, und die oberen 5% der Haushalte halten die restlichen 45%. Die graue Diagonale bildet die Referenzlinie einer Gleichverteilung. Bei den Bruttoeinkommen hingegen verfügen die unteren 95% über rund 80% der Einkommen, während die oberen 5% die restlichen 20% auf sich vereinen. Es ist deutlich zu sehen, dass die Vermögensverteilung viel ungleicher ist als die Einkommensverteilung.

.....

2 Im HFCS wird das Bruttoeinkommen detailliert erhoben, weswegen wir hier das Bruttoeinkommen verwenden. Das Nettoeinkommen ist aber noch gleicher verteilt als das Bruttoeinkommen.

Abbildung 2: Verteilung von Einkommen und Vermögen



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

2.3 Wer mehr Einkommen erzielt, hat nicht unbedingt mehr an Vermögen

Vermögen und Einkommen korrelieren positiv miteinander: Wer mehr Vermögen hat, hat tendenziell auch mehr Einkommen. Abbildung 3 (siehe Seite 120)³ zeigt die gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen. Jeder Punkt bildet einen Haushalt aus der Erhebung ab. Die Größe der Punkte entspricht der Anzahl der Haushalte in

.....

3 Zur besseren Veranschaulichung siehe Abbildung 3 in Form einer 3-D-Grafik: letzte Grafik im HFCS Dashboard 1/2019, https://www.hfcs.at/docroot/1_2019_HFCS_DB_housing.html.

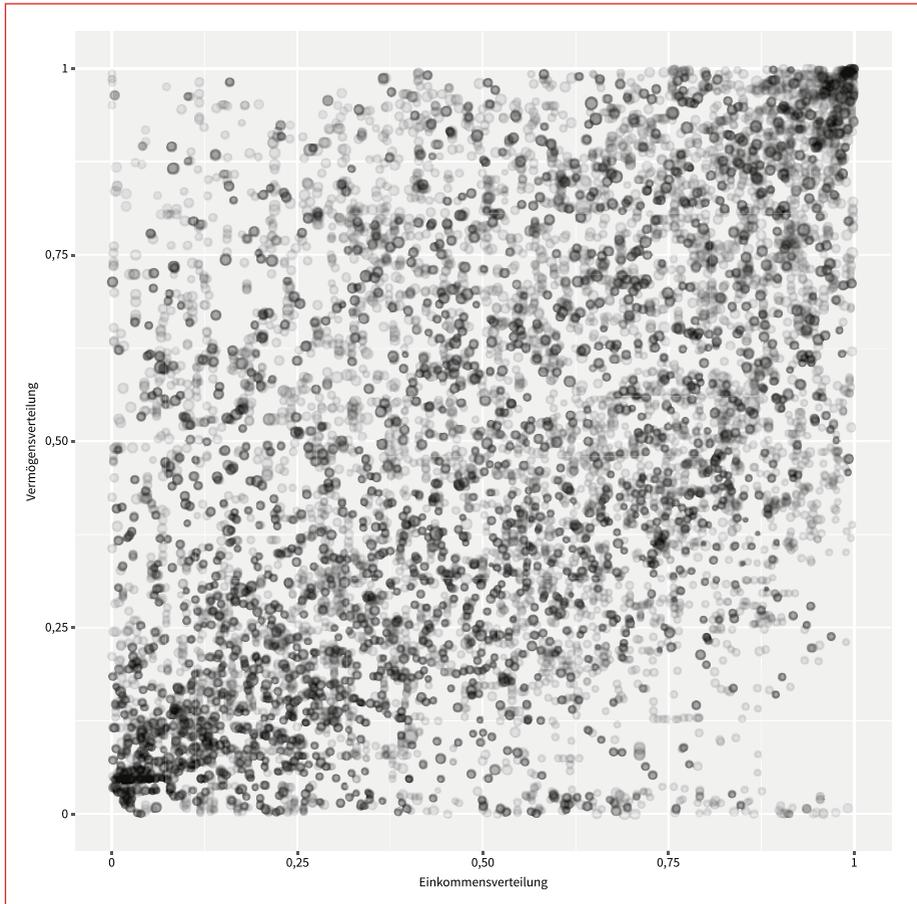
Österreich, die durch den Haushalt in der Stichprobe repräsentiert werden. Links unten finden sich jene Haushalte, die in Bezug sowohl auf das Einkommen als auch auf das Vermögen in der Verteilung unten zu finden sind. Rechts oben sind jene Haushalte zu finden, die an der Spitze sowohl der Einkommens- als auch der Vermögensverteilung stehen. Alle Punkte gemeinsam bilden die Gesamtzahl privater Haushalte in Österreich ab, die etwa bei 3,9 Millionen liegt.

Insgesamt gibt es mehr Haushalte, die ein höheres Einkommen und ein vergleichsweise geringeres Vermögen aufweisen, als solche, die ein relativ höheres Vermögen mit einem niedrigen Einkommen kombinieren. Das zeigt sich daran, dass sich die dunklere Häufung im unteren Bereich eher Richtung Einkommen als Richtung Vermögen neigt.

Nur ein kleiner Teil der beobachteten Korrelation – insbesondere an der Spitze der Vermögensverteilung – lässt sich auf Einkommen aus Vermögen zurückführen. Einkommen aus Vermögen ist in zwei Formen relevant. Nichtmonetäres Einkommen entsteht aus Vermögen, da sich Menschen, die im Eigenheim leben, die Mietkosten ersparen. Bei „imputed rent“ handelt es sich um sogenannte imputierte Mieten des Eigenheims. Sie sind für alle Eigentümerinnen bzw. Eigentümer des Hauptwohnsitzes relevant. Dieser nichtmonetäre Vorteil ist in der Einkommensdefinition des HFCS und auch in dieser Grafik nicht berücksichtigt. Zudem gibt es ein monetäres Einkommen aus Vermögen wie etwa Zinsen und Dividenden oder Einkommen aus Vermietung. Diese werden allerdings meist nur bei Haushalten mit sehr hohem Vermögen zu einem Einkommensbestandteil, der relativ zum Einkommen aus Arbeit bedeutsam ist. Die Funktion, die Vermögen für einen Haushalt erfüllt, ist von der Position des Haushalts in der Vermögensverteilung abhängig. Während bei Haushalten mit niedrigem Vermögen die Vorsorgefunktion des Vermögens im Vordergrund steht, kommt bei Haushalten im Eigenheim die Nutzungsfunktion über das nichtmonetäre Einkommen hinzu (vgl. Fessler/Rehm/Tockner 2016). Das wird in etwa ab der Mitte der Vermögensverteilung relevant. Erst bei Haushalten mit relativ hohem Vermögen, die entweder Mieteinnahmen aus

weiteren Immobilien oder Einnahmen aus Unternehmensanteile haben, wird die Vermögensfunktion des Erzielens von monetären Einkommen aus Vermögen bedeutsam.

Abbildung 3: Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen



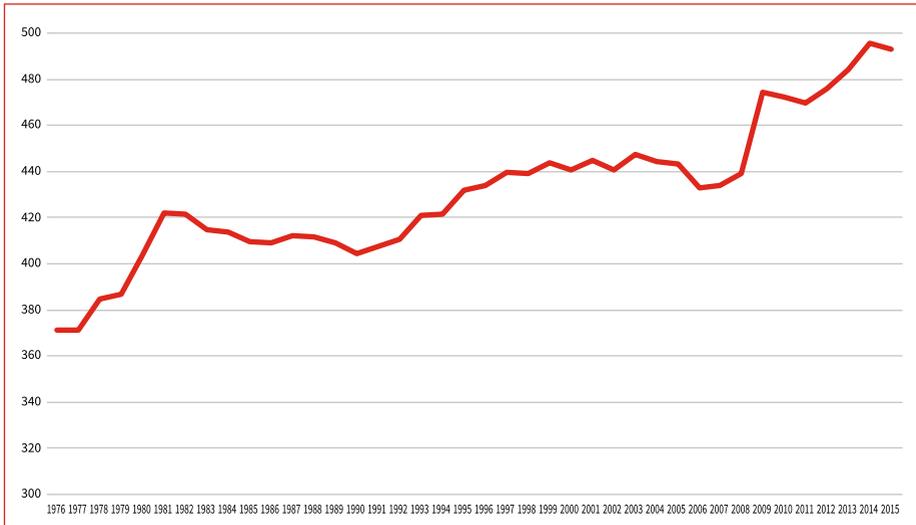
Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

2.4 Erbschaften bestimmen die Vermögensposition entscheidend

In der ersten Nachkriegsgeneration waren für weite Teile der Bevölkerung in Österreich vor allem das eigene Einkommen und die Sparleistung relevant für ihre Position in der Vermögensverteilung. Heute ist das anders. Das eigene Einkommen ist relativ zum geerbten Vermögen immer weniger bedeutsam.

Abbildung 4 zeigt dieses Phänomen auf Basis von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Diese Darstellung ist insbesondere seit Piketty (2014) zu einem Standard geworden, der zwei Gründe für das in allen westlichen Ländern zu beobachtende starke Ansteigen der sogenannten „Capital/Income Ratio“ in den letzten Jahrzehnten, also das Ansteigen der Bedeutung von Kapital im Vergleich zu Einkommen, nennt: Einerseits wird nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs wieder Kapital aufgebaut. Andererseits kam es spätestens seit Ende der 1970er-Jahre zu einer Verlangsamung des Wachstums der Einkommen bzw. zu einer Beschleunigung des Wachstums der Kapitalrenditen. Während in Österreich der Kapitalstock in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Mitte der 1970er-Jahre noch rund 370 % des Nationaleinkommens betrug, liegt der entsprechende Wert heute bereits bei knapp unter 500 % des Nationaleinkommens. Das bedeutet, dass es heute fünf Jahre an Einkommen bedarf, um den bereits vorhandenen Kapitalstock zu ersetzen. Im Vergleich dazu waren Mitte der 1970er-Jahre nur 3,7 Jahre an Einkommen nötig. Einkommen verliert also relativ zu bereits vorhandenem Kapital an Bedeutung. Gleichzeitig sank auch die Lohnquote in diesem Zeitraum, und damit ging der Anteil der Einkommen aus Arbeit am BIP zurück, was diesen Zusammenhang noch verschärft, da die Verringerung von Einkommen aus Arbeit relativ zum bereits vorhandenen Vermögen damit noch stärker ausfällt.

Abbildung 4: Kapitalstock in Prozent des Nationaleinkommens



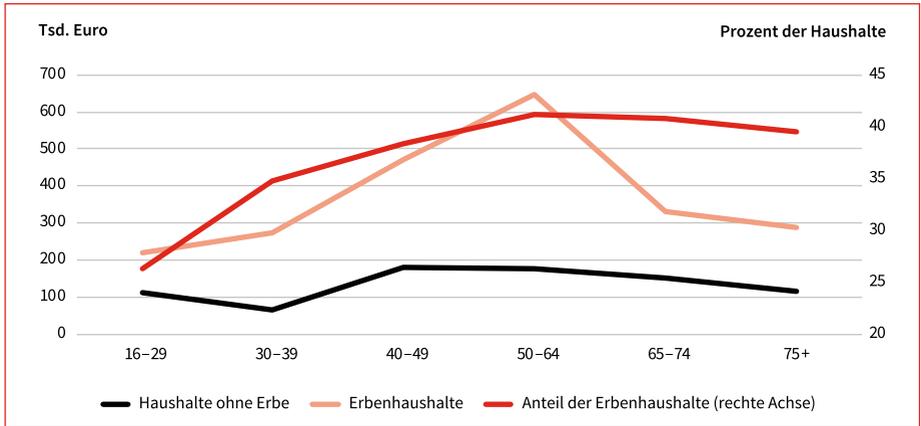
Quelle: OeNB, Statistik Austria

Abbildung 5 illustriert, was das Erben von Vermögen für die heutigen Generationen bedeutet. Verglichen wird das durchschnittliche Nettovermögen von Haushalten, die bereits geerbt haben (Erbenhaushalte), mit jenen, die nicht geerbt haben. Die Nettovermögen werden nach dem Alter der Referenzperson im Haushalt gereiht.

Es zeigt sich, dass das Nettovermögen der Erbenhaushalte deutlich über jenem der Haushalte ohne Erbe liegt. Auch bei jungen Menschen (bis 40 Jahre), die noch wenig Zeit zum Aufbau von Vermögen aus eigener Arbeitsleistung hatten, sind die Nettovermögen der Erbenhaushalte deutlich höher als bei den Haushalten ohne Erbe. Der Knick im Vermögen der Erbenhaushalte in der Gruppe der über 64-Jährigen zeigt deutlich, dass es für die Älteren noch deutlich weniger zu erben gab als für die etwas Jüngeren, die bereits etwas geerbt haben.

Insgesamt ist also das Erben für die Position in der Vermögensverteilung im Durchschnitt heute sogar wichtiger als ein (lebenslanges) Sparen aus Arbeitseinkommen. Diese Situation wird sich in Österreich in Zukunft noch weiter verschärfen (vgl. Fessler/Schürz 2018a).

Abbildung 5: Mittelwert der Nettovermögen nach Alter und Erbe



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

2.5 Eigenheim wichtigster Vermögensbestandteil

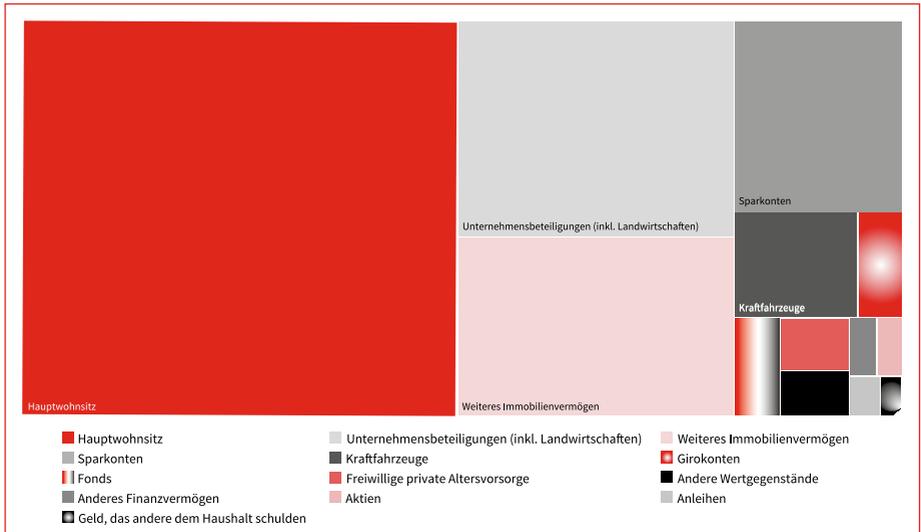
Wird das Vermögen aller österreichischen Haushalte gemeinsam betrachtet, kann die Bedeutung der Vermögensfunktionen unterschieden werden. Dies zeigt Abbildung 6. Das Eigenheim ist mit großem Abstand der wichtigste Vermögensbestandteil. Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen folgen danach. Diese drei Vermögenskomponenten lassen sich in der Vermögensverteilung gut verorten. Die Hauptwohnsitze im Eigentum finden sich nahezu ausschließlich in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung, die Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen insbesondere innerhalb der vermögendsten 10 % der Haushalte (vgl. Fessler/Schürz 2018b).

So lässt sich die Vermögensverteilung in Österreich grob in drei Teile gliedern: Die untere Hälfte (niedrigere Vermögen) besteht aus Mieterinnen und Mietern, die obere aus Eigentümerinnen und Eigentümern des Hauptwohnsitzes. Und innerhalb der oberen Hälfte (höhere Vermögen) lassen sich die obersten 10% nochmals abgrenzen, weil vor allem sie über weitere Immobilien und Unternehmensbeteiligungen verfügen. Diese Einteilung geht auch einher mit den besprochenen Verbindungen zum Einkommen und den Funktionen von Vermögen.

Für die Mieterinnen und Mieter in der unteren Hälfte ist vor allem Einkommen aus Arbeit relevant. Vermögen dient ihnen als Vorsorge und Absicherung in Notfällen. Für die Eigentümerinnen und Eigentümer in der oberen Hälfte – bis auf die obersten 10% – wird Vermögen auch in Form des Eigenheims genutzt. Für sie entsteht dadurch nichtmonetäres Einkommen aus Vermögen (imputierte Renten).

Für die Haushalte innerhalb der obersten 10% generiert das Vermögen zusätzlich auch monetäres Einkommen durch ihre Unternehmensbeteiligungen sowie durch Vermietung von weiteren Immobilien. Bei ihnen kommt diese Einkommenserzielung als Vermögensfunktion hinzu.

Abbildung 6: Bedeutung der Vermögenskomponenten der österreichischen Haushalte



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

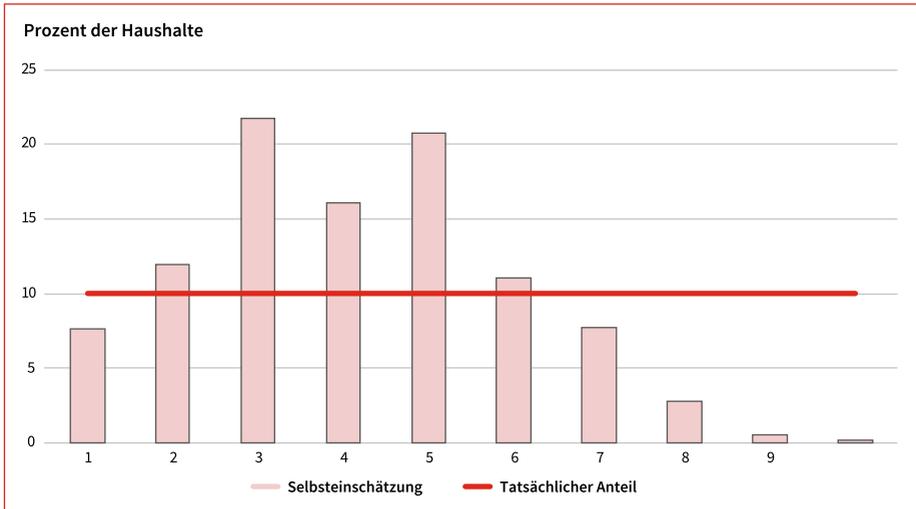
3 SOZIOÖKONOMISCHE SPEZIFIKA ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG

Das durch eine Haushaltserhebung gewonnene Bild der Vermögensverteilung muss um sozioökonomische Merkmale der Eigentümerinnen und Eigentümer von Vermögen ergänzt werden. Hierzu zählen Alter, Beruf, Bildung, Einstellungen, Sozialisation und lebensgeschichtliche Erfahrungen. Erst lebensweltliche Knotenpunkte der Vermögensakkumulation (wie etwa Familiengründung, Scheidung oder Todesfälle) und die von Menschen unterschiedlich wahrgenommene Realität der Vermögensverteilung vervollständigen das Bild und erlauben eine inhaltliche Verknüpfung von Vermögensakkumulation und sozialer Mobilität.

Während das vorhergehende Kapitel auf Vermögensinformationen rekurrierte, geht es in diesem Kapitel um Spezifika der Eigentümerinnen und Eigentümer von Vermögen und deren Bedeutung für soziale Mobilität und soziale Persistenz.

Abbildung 7 zeigt die Selbsteinschätzung der Haushalte in Bezug auf ihre Vermögensposition. Eine große Mehrheit der Haushalte verortet sich in der Mitte der Verteilung. Kaum jemand in Österreich glaubt, dass der eigene Haushalt in die Gruppe der vermögendsten 20–30% fällt. Auch dem untersten Dezil der Vermögensverteilung, also den 10% mit den niedrigsten Vermögen, ordnen sich weniger Haushalte zu, als dort tatsächlich zu finden sind. Die Mitte ist in Österreich folglich überproportional besetzt. Demnach ist es auch keine Überraschung, dass „die Mitte“ im politischen Diskurs oft bemüht wird. Auf diese Weise können sich fast alle Haushalte angesprochen fühlen, da sie sich selbst als der Mitte zugehörig wahrnehmen. Auch für das Wahlverhalten kann diese Selbstwahrnehmung wichtiger sein als die tatsächliche Stellung in der Vermögensverteilung.

Abbildung 7: Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezile



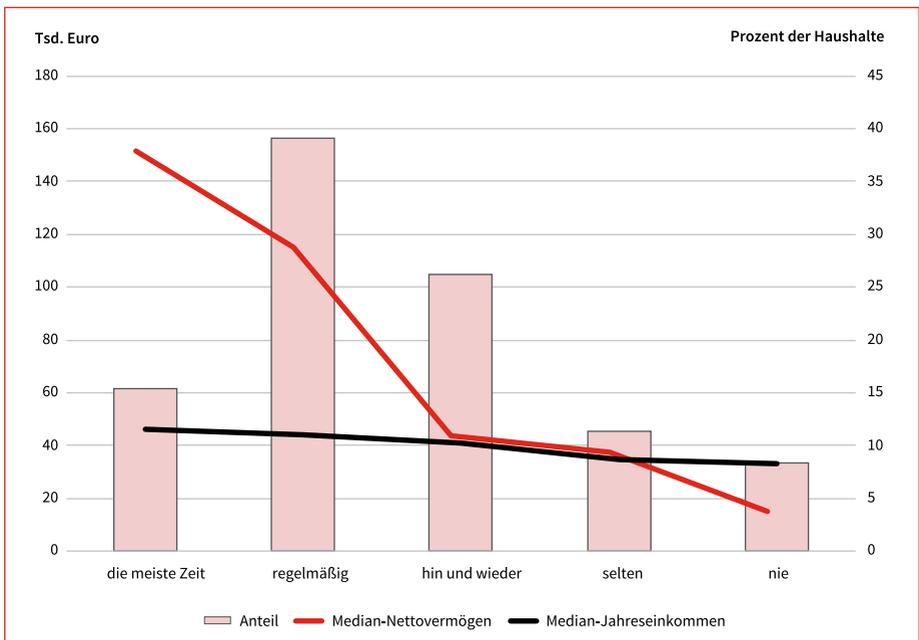
Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

Zu einem zentralen Problem für die Demokratie wird es, wenn Menschen sich nicht mehr für die Politik interessieren und nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Insbesondere ist dies problematisch, wenn die Wahlabstanz nicht zufallsverteilt ist, sondern es sich dabei um eine spezifische soziale Gruppe handelt. Dann besteht die Gefahr, dass diese soziale Gruppe an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird und ihre Interessen in weiterer Folge von der Politik nicht mehr angemessen vertreten werden. Da die Politik die Abstanz bei Wahlen antizipieren kann, bewirkt dies unter Umständen eine politische Ausgrenzung der Anliegen der bereits unterrepräsentierten Gruppe.

Abbildung 8 zeigt die Antworten auf die Frage, wie sehr die Tagespolitik und die Politik generell beachtet werden. Abgebildet wird der Median von Einkommen und Vermögen innerhalb der Antwortkategorien. Es zeigt sich, dass einkommensstärkere und vermögensstärkere Gruppen die Politik mehr verfolgen als einkommens- und vermögensschwächere Gruppen. Insbesondere beim Vermögen ist dieser Zusammenhang deutlich:

Während die Haushalte in den Antwortgruppen „die meiste Zeit“ und „regelmäßig“ deutlich über dem generellen Median des HFCS von rund 83.000 Euro liegen, sind die Mediane der anderen Gruppen weit darunter.

Abbildung 8: „Wie sehr verfolgen Sie die Tagespolitik und die Politik generell: die meiste Zeit, regelmäßig, hin und wieder, selten oder nie?“

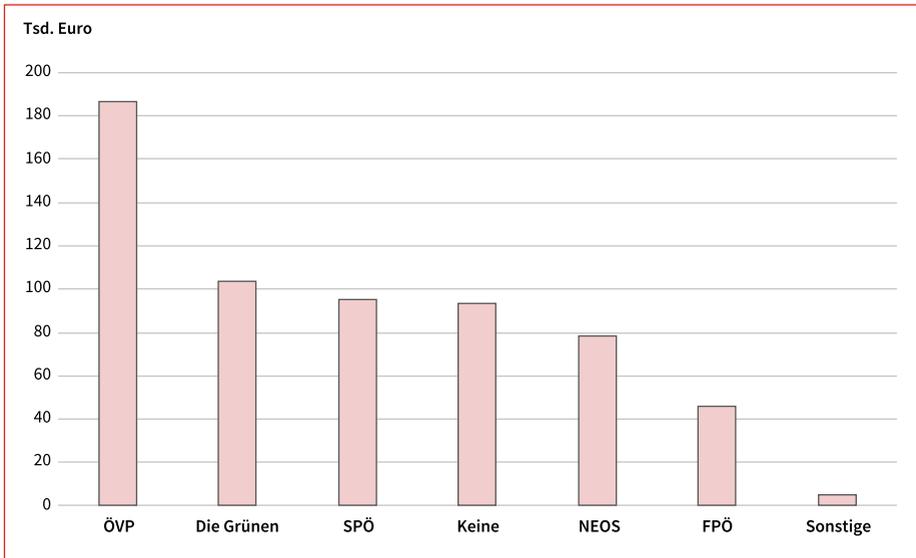


Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

Abbildung 9 schlüsselt die Nettvermögensmediane nach der jeweiligen Parteipräferenz auf. Diese Frage wurde in der HFCS-Erhebung an das Thema des Politikinteresses angeschlossen und zielte auf das empfundene Nahverhältnis zu Parteien und nicht auf das Wahlverhalten. Sie lautete: „Aus unterschiedlichen Gründen nehmen viele Menschen heutzutage nicht (mehr) ihr Wahlrecht in Anspruch. Trotzdem fühlen sie sich einer der politischen Parteien näher als den anderen. Welche Partei ist dies bei Ihnen?“ Da die

Erhebung 2017 durchgeführt wurde, entspricht das Ergebnis nicht der heutigen Parteienlandschaft. Personen, die mit den Grünen oder der SPÖ sympathisieren, haben beim Haushaltsvermögen einen Median relativ nahe dem Median der HFCS-Erhebung von rund 83.000 Euro. Jene Personen, die die NEOS nennen, liegen leicht darunter. Es handelt sich hierbei um jüngere Haushalte. Deutliche Abweichungen vom HFCS-Median sind vor allem bei Personen, die sich der ÖVP oder der FPÖ näher fühlen, zu finden. Personen, die die FPÖ nennen, liegen mit ihrem Vermögen etwa nur beim halben Medianwert. ÖVP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten weisen im Median ein weit höheres Nettovermögen auf. Es ist doppelt so hoch wie jenes der SPÖ-Sympathisanteninnen und -Sympathisanten und mehr als dreimal so hoch wie jenes derer, die eine Nähe zur FPÖ angeben.

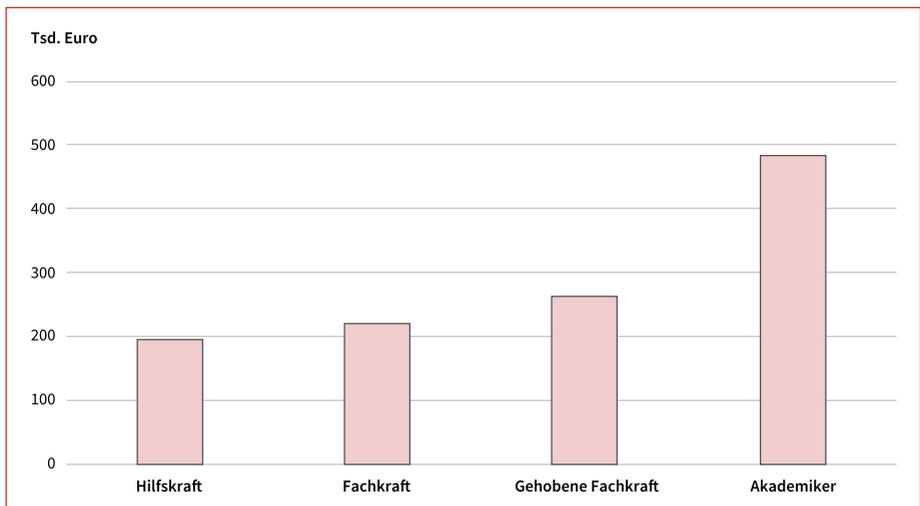
Abbildung 9: Median der Nettovermögen nach Parteipräferenz



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB

Dass sich soziale Ungleichheit vererbt, ist ein bekanntes Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und wurde von der OECD in einer Vielzahl von Studien belegt. Auch im HFCS-Fragebogen finden sich mehrere Fragen, die eine Analyse der Persistenz sozialer Ungleichheit über Generationen erlauben. Insbesondere die Persistenz von Bildung über Generationen hinweg ist in Österreich ein wissenschaftlich untersuchter Indikator für soziale Mobilität bzw. Immobilität (vgl. Fessler/Mooslechner/Schürz 2012; Schneebaum/Rumplmaier/Altzinger 2015; Schneebaum/Rumplmaier/Altzinger 2016). Eine Frage nach dem Beruf des Großvaters spannt die Zeitdimension der sozialen Mobilität über drei Generationen. Auch über einen so langen Zeitraum lässt sich der Zusammenhang zwischen Stellung im Beruf und Vermögen deutlich nachweisen. Insbesondere leben Personen mit einem Großvater (väterlicherseits), der bereits Akademiker war, in Haushalten mit deutlich höheren Vermögen.

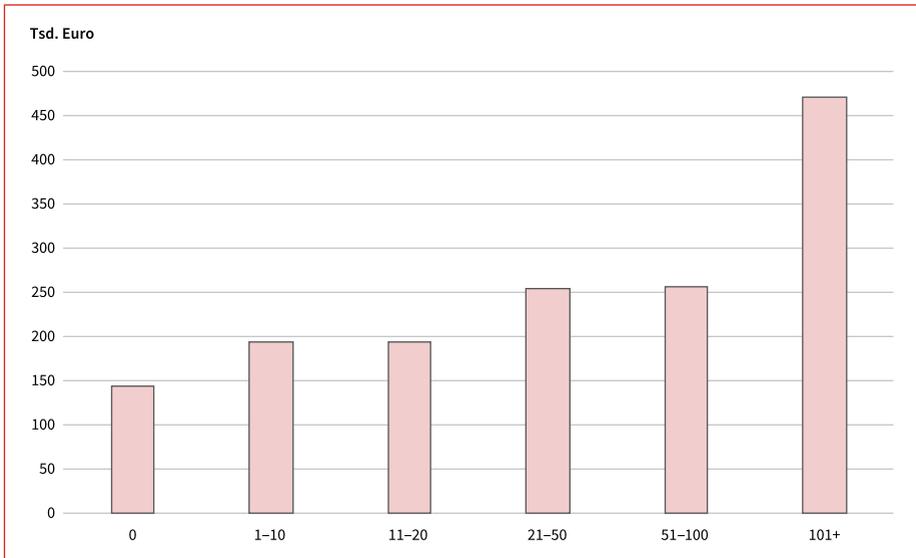
Abbildung 10: Mittelwert des Nettovermögens nach Beruf des Großvaters väterlicherseits



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB

Ein weiteres Kriterium, das auf den Bildungshintergrund abstellt, ist die Anzahl der im elterlichen Haushalt in der Kindheit der Respondentinnen und Respondenten vorhandenen Bücher. Ein bildungsbürgerlicher Hintergrund korreliert mit materiellem Wohlstand. Jene Personen, die angeben, dass sie im Alter von zehn Jahren in einem Haushalt mit mehr als hundert Büchern gelebt haben, leben heute in Haushalten mit nahezu doppelt so viel Vermögen, wie jene Personen, die in Haushalten mit weniger Büchern aufwuchsen. Die Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt ist demnach eine relevante Information, um das aktuelle Vermögen des Haushalts vorherzusagen (siehe Abbildung 11).

Abbildung 11: Mittelwert des Nettovermögens im Haushalt nach Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt im Alter von zehn Jahren



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB

4 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bei der Betrachtung der Vermögensverteilung in Österreich nach nunmehr drei Wellen des HFCS (2010, 2014, 2017) ergeben sich einige robuste Resultate. Die Vermögensungleichheit in Österreich ist im internationalen Vergleich hoch und über die Zeit stabil. Veränderungen der Ungleichheit innerhalb der relativ kurzen Zeitspanne hängen von der Auswahl der betrachteten Ungleichheitsmaßzahlen ab. Ungleichheitsindikatoren weisen in unterschiedliche Richtungen. Hauptwohnsitze im Eigentum haben fast ausschließlich Haushalte in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung. Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen haben insbesondere die vermögendssten 10% der Haushalte. Die untere Hälfte lebt in Miete und hat bestenfalls ein wenig an Finanzvermögen.

Personen mit einem Großvater, der Akademiker war, leben in Haushalten mit deutlich höheren Vermögen. Ein gebildetes Elternhaus, gemessen an der Anzahl der Bücher, erleichtert eine gute Vermögensposition zu einem späteren Zeitpunkt im Leben.

Haushalte mit hohem Vermögen verfolgen die Politik stärker als einkommens- und vermögensschwächere Gruppen. Auch die Vermögensbestände von Haushalten mit unterschiedlichen politischen Parteipräferenzen unterscheiden sich beträchtlich voneinander. Diese Spezifika sollten für die Programmatik der Wirtschaftspolitik eine Rolle spielen.

Erben wird für die Position in der Vermögensverteilung wichtiger als lebenslanges Sparen aus dem Arbeitseinkommen. Diese Situation wird sich in Österreich in Zukunft noch weiter verschärfen.

LITERATUR

Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Intergenerational transmission of educational attainment in Austria. In: *Empirica*, Volume 39, Issue 1, 65–86; <http://link.springer.com/article/10.1007/s10663-010-9156-x>

Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin (2018): Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017: First Results for Austria. In: *Monetary Policy & the Economy*, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), issue Q4/18, 36–66; <https://www.hfcs.at/dam/jcr:6c798d62-f16a-4fc7-8555-9df9042fc836/hfcs-2017-austria-first-results.pdf>

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2017a): „Wie geht es Haushalten mit Kindern in Österreich? In: *Statistik Austria* (Hg.): *Wie geht's Österreich?* Wien, 197–206

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2017b): Zur Verteilung der Sparquoten in Österreich. In: *Monetary Policy & the Economy*, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), issue 3, 13–33; https://www.oenb.at/dam/jcr:cf4ebb4f-7c74-4764-9e6a-7fd9bfa121a0/03_Fessler_mop_3_17.pdf

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2018a): Private Wealth Across European Countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. In: *Journal of Human Development and Capabilities*, 19:4, 521–549; <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/19452829.2018.1507422>

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2018b): The functions of wealth: renters, owners and capitalists across Europe and the United States. OeNB Working Paper 223

Fessler, Pirmin/Rehm, Miriam/Tockner, Lukas (2016): The Impact of Housing Non-Cash Income on the Unconditional Household Income Distribution. In: *Urban Studies*, Volume 53, issue 13, 2849–2866; <http://usj.sagepub.com/content/53/13/2849>

OECD (2019): Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press

Schürz, Martin (2019): *Überreichtum*. Campus Verlag, Frankfurt/New York

Schneebaum, Alyssa/Rumplmaier, Bernhard/Altzinger, Wilfried (2016): Gender and Migration Background in Intergenerational Educational Persistence. In: *Education Economics* 24(3), 239–260; <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09645292.2015.1006181>

Schneebaum, Alyssa/Rumplmaier, Bernhard/Altzinger, Wilfried (2015): Gender in Intergenerational Educational Persistence Across Time and Place. In: *Empirica* 42(2), 413–445; <https://link.springer.com/article/10.1007/s10663-015-9291-5>

Vermeulen, Phillipp (2016): Estimating the top tail of the wealth distribution. ECB Working Paper 1907

AUTOREN

AUTOREN

Pirmin Fessler



ist Mitarbeiter in der Oesterreichischen Nationalbank in der Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Mitglied des Household Finance and Consumption Network der Europäischen Zentralbank und des Advisory Board des LIS Cross-National Data Center in Luxembourg.

Martin Schürz



ist Ökonom und Psychotherapeut (mit Fortbildung in Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie), Vermögensforscher sowie Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der Fachhochschule Campus Wien. 2017 war er Albert Hirschman Visiting Fellow am Institute for Human Sciences (IWM) in Wien. Martin Schürz ist Autor des 2019 im Campus Verlag erschienenen Buchs *Überreichtum*.

BISHER ERSCHIENEN IN DIESER REIHE

BISHER ERSCHIENEN IN DIESER REIHE

Band 1: Umverteilung im Wohlfahrtsstaat

Wien, Oktober 2009, 324 Seiten, 25 Euro, ISBN: 978-3-7035-1639-9

Autorinnen und Autoren:

Alois Guger (Projektleitung), Martina Agwi, Adolf Buxbaum, Eva Festl, Käthe Knittler, Verena Halsmayer, Simon Sturn, Michael Wüger

Der erste Band der Sozialpolitischen Studienreihe stellt eine gekürzte Fassung der WIFO-Studie „Umverteilung durch den Staat in Österreich“ dar. Die zentralen Fragestellungen der auf einem Entschließungsantrag des Nationalrats beruhenden Studie sind: Wie wird durch die Staatseinnahmen und Staatsausgaben die Verteilung der Einkommen bzw. die Wohlfahrt der Haushalte beeinflusst? Wer profitiert von bestimmten Ausgaben des Staates bzw. wer leistet welchen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte?

Band 2: Armutsgefährdung in Österreich

EU-SILC 2008, Eingliederungsindikatoren

Wien, Dezember 2009, 304 Seiten, 25 Euro, ISBN: 978-3-7035-1640-5

Ergebnisse aus EU-SILC 2008

Autorinnen und Autoren:

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Matthias Till

Indikatoren für das Monitoring sozialer Eingliederung in Österreich

Matthias Till (Projektleitung), Franz F. Eiffe, Georg Datler, Justus Henke, Karin Schrittwieser, Ursula Till-Tentschert

Die jährlich in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführten EU-SILC-Erhebungen (Statistics on Income and Living Conditions) zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen privater Haushalte in Europa sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die österreichische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Band 2 der Sozialpolitischen Studienreihe fasst zwei Studien der Statistik Austria zur sozialen Lage in Österreich zusammen: In der EU-SILC-Studie wird in Anlehnung an die EU-Armutsdefinition im stärkeren Ausmaß der Blickwinkel auf die Verteilung der Einkommen und der finanziellen Teilhabemöglichkeiten gelegt. In der Studie „Eingliederungsindikatoren“ wurde der Schwerpunkt auf nicht monetäre Teilhabemöglichkeiten gelegt.

Band 3: Finanzierung der Pflegevorsorge

Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge

Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge

Wien, März 2010, 212 Seiten, 23 Euro, ISBN: 978-3-99046-000-9

Autorinnen und Autoren:

Ulrike Mühlberger, Käthe Knittler, Alois Guger, Margit Schratzenstaller

Wissenschaftliche Assistenz:

Stefan Fuchs, Andrea Sutrich

Band 3 der Sozialpolitischen Studienreihe umfasst zwei Studien des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, die sich mit unterschiedlichen Fragen und Problemstellungen zur Finanzierung des österreichischen Pflegesystems auseinandersetzen. Die erste Studie der vorliegenden Publikation beschäftigt sich mit der Analyse der Finanzströme der österreichischen Pflegevorsorge, mit dem Ziel, eine Bestandsaufnahme und eine Prognose der Kostenentwicklung der Langzeitpflege in Österreich zu präsentieren.

Die zweite Studie diskutiert unterschiedliche Organisations- und Finanzierungsformen der Pflegevorsorge sowie deren ökonomische Auswirkungen.

Band 4: Überblick über Arbeitsbedingungen in Österreich

Wien, September 2010, 260 Seiten, 24 Euro, ISBN: 978-3-99046-001-6

Autorinnen und Autoren:

Hubert Eichmann, Jörg Flecker, Alfons Bauernfeind, Bernhard Saupe, Marion Vogt

Die Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) präsentiert differenzierte Darstellungen zu Beschäftigungsformen, Arbeitszeiten, Einkommen, Arbeitsorganisation, Gesundheit, Weiterbildung sowie zur Arbeitszufriedenheit. Außerdem werden europäische Vergleichsdaten zur Einordnung Österreichs im EU-Kontext angeführt. Auf Basis der gesammelten Ergebnisse gibt die Studie einen kurzen Ausblick auf folgende Frage: In welche Richtung müssen sich Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit in Österreich ändern, um das Beschäftigungssystem angesichts struktureller Herausforderungen zukunftssicher zu machen?

Band 5: Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich

Ergebnisse aus EU-SILC 2009

Wien, Jänner 2011, 228 Seiten, 23 Euro, ISBN: 978-3-99046-002-3

Autorinnen und Autoren:

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren), Franz Eiffe, Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina-Tabue

Im Juni 2010 haben sich die europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie bis zum Jahr 2020 geeinigt, die erstmals und ausdrücklich einen Schwerpunkt zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit konkreten Zielgrößen formuliert. Die vorliegende Publikation der Statistik Austria präsentiert aktuelle Ergebnisse aus EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) 2009 zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen österreichischer Privathaushalte in Österreich.

Band 6: Betriebliche und private Altersvorsorge in Österreich

Durchführungswege und Kosten für die öffentliche Hand

Wien, März 2011, 120 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-003-0

Autor:

Thomas Url

Personen mit einem erwarteten Einkommensrückgang im Ruhestand können den Unterschied zwischen der erwarteten gesetzlichen Pension und dem gewünschten Einkommensniveau im Alter durch zusätzliche private Altersvorsorge ausgleichen. Daneben können Arbeitgeber für ihre Beschäftigten im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge ein Zusatzeinkommen im Alter aufbauen. Die vorliegende Studie vergleicht die wichtigsten betrieblichen und privaten Altersvorsorgeformen nach ihren steuerlichen Anreizen und führt erstmals eine Schätzung der direkten und indirekten Kosten der steuerlichen Förderung in Österreich durch. Sie wurde durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des BMASK durchgeführt.

Band 7: Alleinerziehende in Österreich

Lebensbedingungen und Armutsrisiken

Wien, April 2011, 284 Seiten, 24 Euro, ISBN: 978-3-99046-004-7

Autorinnen und Autoren:

Ulrike Zartler, Martina Beham, Ingrid Kromer, Heinz Leitgöb, Christoph Weber, Petra Friedl

Die in Kooperation zwischen den Instituten für Soziologie der Universität Wien und der Universität Linz erstellte Studie „Alleinerziehende in Österreich“ verfolgt das Ziel, die Lebenssituation Alleinerziehender und deren spezifische Herausforderungen darzustellen und zu analysieren und dabei besonders auf die Situation alleinerziehender Mütter einzugehen. Darüber hinaus werden Armuts- und Deprivationsrisiken von Alleinerzie-

herinnen und ihren Kindern aufgezeigt sowie unterschiedliche Interventionen zur Bekämpfung der Armutsgefährdung in Ein-Eltern-Familien skizziert.

Band 8: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich

Ergebnisse aus EU-SILC 2010

Wien, Dezember 2011, 176 Seiten, 21 Euro, ISBN: 978-3-99046-005-4

Autorinnen und Autoren:

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamej, Magdalena Skina-Tabue

Die vorliegende Publikation widmet sich erstmals ausführlich Gefährdungslagen sozialer Ausgrenzung im Sinne der Europa-2020-Strategie. Grundlage des vorliegenden Berichts sind Daten aus der EU-SILC-Erhebung 2010 zu Einkommen und Lebensbedingungen. Diese wird seit 2003 jährlich von Statistik Austria im Auftrag des BMASK durchgeführt. Präsentiert werden die Zusammensetzung und zahlenmäßige Entwicklung der Gruppe von Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich.

Band 9: Geringfügige Beschäftigung in Österreich

Wien, November 2011, 416 Seiten, 28 Euro, ISBN: 978-3-99046-006-1

Autorinnen und Autoren:

Andreas Riesenfelder, Susi Schelepa, Petra Wetzel

L&R Sozialforschung führte im Jahr 2002 in Kooperation mit dem Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien eine umfassende Grundlagenstudie zur Beschäftigungssituation und sozialen und materiellen Absicherung von geringfügig Beschäftigten in Österreich durch. In der Studie finden sich detaillierte Erhebungen zur Frage der Arbeitszufriedenheit und zur Arbeitsbelastung. Zusätzlich wurde auch auf eine Darstel-

lung der Branchen und Wirtschaftsbereiche der Arbeitsplätze geringfügig Beschäftigter im Jahresvergleich geachtet. Des Weiteren ist auch eine Erhebung zu arbeitsrechtlichen Problemen im Zusammenhang mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und zum Stand der Information der geringfügig Beschäftigten über ihre rechtlichen Ansprüche enthalten.

Band 10: Evaluierung des Behindertengleichstellungsrechts

Wien, März 2012, 390 Seiten, 27 Euro, ISBN: 978-3-99046-007-8

Autorinnen und Autoren:

Christian Schober, Selma Sprajcer (NPO-Institut der WU Wien) und Christian Horak, Thomas M. Klein, Bojan Djukic, Julia Soriat (Contrast Management-Consulting) Walter J. Pfeil, Susanne Mayer (Universität Salzburg)

Band 10 der Sozialpolitischen Studienreihe befasst sich mit zwei umfassenden Evaluierungsstudien zum Behindertengleichstellungsrecht. Die sozialwissenschaftliche Studie befasst sich in erster Linie mit einer wirkungsorientierten Evaluierung des Behindertengleichstellungspaketes. Des Weiteren wird auf die verfassungsrechtliche Anerkennung der Gebärdensprache und des Bundes-Behindertengleichstellungsbegleitgesetzes eingegangen. Das rechtswissenschaftliche Gutachten wurde von Univ.-Prof. Walter Pfeil und Dr. Susanne Mayer von der Universität Salzburg erarbeitet. Der Bericht setzt sich mit diversen rechtlichen Fragestellungen zum Behindertengleichstellungsrecht auseinander und analysiert die bestehende Rechtslage.

Band 11: Soziale Lage älterer Menschen in Österreich

Wien, Juli 2012, 188 Seiten, 27 Euro, ISBN: 978-3-99046-007-8

Autorinnen und Autoren:

Franz Ferdinand Eiffe (Projektleitung), Matthias Till, Georg Datler, Richard Heuberger, Thomas Glaser, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Ursula Till-Tentschert

Basis der Studie über die soziale Lage älterer Menschen ist eine EU-SILC-Erhebung aus dem Jahr 2008. Der Bericht befasst sich mit konzeptionellen und empirischen Aspekten der Armut im Alter und der Identifikation von Armutsgefährdungsschwellen, führt empirische Analysen zu zentralen Lebensbereichen älterer Menschen aus und erörtert technische Aspekte der Armutsmessung. Band 11 der Sozialpolitischen Studienreihe zeichnet ein umfassendes Bild der Lebenssituation älterer Menschen in Österreich und diskutiert relevante konzeptuelle Fragen, die für die zukünftige Forschung in diesem Bereich, aber auch für die amtliche Statistik von großer Relevanz sind.

Band 12: Arbeitsmarktöffnung 2011

Monitoring der Arbeitsmarktauswirkungen der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern im Regime der Freizügigkeit – Begleitende Beratung und Analyse

Monitoring der Arbeitsmarktöffnung – Auswirkungen auf Beschäftigungsformen und auf Lohndumping

Wien, Dezember 2012, 480 Seiten, 29 Euro, ISBN: 978-3-99046-009-2

Autorinnen und Autoren:

WIFO im Auftrag des BMASK

L&R Sozialforschung im Auftrag des BMASK und der AK Wien

Seit 1. Mai 2011 ist der österreichische Arbeitsmarkt für acht der 2004 zur EU beigetretenen Staaten – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Polen, Estland, Lettland und Litauen – geöffnet. In Band 12 der Sozialpolitischen Studienreihe werden zwei Studien behandelt, die ein umfassendes Bild der Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung hinsichtlich quantitativer und qualitativer Aspekte liefern. Neben dem Ausmaß der Immigration seit dem 1. Mai 2011 untersuchte das WIFO auch die Struktur und Mobilität der zugewanderten Arbeitskräfte. L&R Sozialforschung analysierte qualitative Veränderungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, Entsendungen nach Österreich sowie das Phänomen und die Bekämpfung des Lohndumpings.

Band 13: Monitoring des effektiven Pensionsantrittsalters 2011

Bericht 2012 des Büros der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung

Beschluss der Sitzung am 29. Oktober 2012

Wien, September 2013, 404 Seiten, 28 Euro, ISBN: 978-3-7035-1637-5

Autorinnen und Autoren:

Johann Stefanits, Irene Sassik, Roman Freitag, Ursula Obermayr, Michaela Mayer-Schulz

Die umlagefinanzierte gesetzliche Pensionsversicherung stellt weiterhin die größte Säule der Pensionsvorsorge in Österreich dar, wobei sie aufgrund geänderter Rahmenbedingungen so angepasst werden muss, dass ihre langfristige Finanzierbarkeit erhalten bleibt. Ziel des vorliegenden Berichts sind die Darstellung des Pensionsantrittsverhaltens im Jahr 2011 und insbesondere die gezielte Analyse des effektiven Pensionsantrittsalters, wobei ein Konnex zur demografischen Entwicklung und zur Erwerbsbeteiligung hergestellt wird.

Band 14: Die Langzeitwirkung von Qualifikationsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice

Wien, November 2013, 126 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-012-2

Autorinnen und Autoren:

Jürgen Holl, Günter Kernbeiß, Karin Städtner, Michael Wagner-Pinter

Die verschiedenen Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice Österreich stehen nicht zuletzt wegen der Frage nach ihrer nachhaltigen Wirkung zur Arbeitsmarktintegration im besonderen öffentlichen Interesse. Im aktuellen Band 14 der Sozialpolitischen Studienreihe werden die Forschungsergebnisse der Firma Synthesis-Forschung zur Langzeitwirkung dieser Qualifikationsmaßnahmen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Sie untermauern einmal mehr empirisch die in der arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung verfolgte Ausrichtung, via spezifische Qualifizierungsmaßnahmen die nachhaltige Arbeitsmarktintegration zu fördern.

Band 15: Überblick Arbeitsbedingungen in Österreich

Wien, Juni 2014, 400 Seiten, 28 Euro, ISBN: 978-3-99046-038-2

Autorinnen und Autoren:

Hubert Eichmann, Bernhard Saupe

Auf Basis einer breit angelegten Literaturanalyse u. a. mit Sekundäranalysen aus Repräsentativdatensätzen wird ein aktueller Überblick über Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in Österreich erarbeitet. Das abzudeckende Themenspektrum reicht von Beschäftigungsformen, Arbeitszeiten, Einkommen, Arbeitsorganisation, Gesundheit, Weiterbildung bis hin zu subjektiven Einschätzungen der Arbeitsqualität. Darüber hinaus erfolgt eine Einordnung Österreichs im europäischen Vergleich. Die Studie ist als Follow-up des 2010 publizierten Bandes 4 der Sozialpolitischen Studienreihe des BMASK angelegt. Im besonderen Fokus stehen die Entwicklung seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise und damit einhergehende Veränderungen bei Arbeitsbedingungen.

Band 16: Psychische Erkrankungen und Invalidität

Endbericht der 2. Arbeitsgruppe zur Neugestaltung des Invaliditätsrechts September 2012 bis Juni 2013

Wien, September 2014, 328 Seiten, 24 Euro, ISBN: 978-3-99046-094-8

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.)

Es wird aktuell immer wieder darauf hingewiesen, dass dem Bereich psychische Erkrankungen eine steigende Bedeutung als Ursache für frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zukommt. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz entschloss sich daher 2012, das Thema psychische Erkrankungen und Invalidität in einem breit aufgesetzten Prozess unter Einbeziehung möglichst aller relevanten Stakeholder einer generellen Problemaufbereitung zuzuführen.

Band 17: Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe „NEET“

Studie von ISW, IBE und JKU im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Wien, Dezember 2014, 614 Seiten, 34 Euro, ISBN: 978-3-99046-109-9

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Johann Bacher, Julius Braun, Simon Burtscher-Mathis, Cornelia Dlabaja,

Thomas Lankmayer, Heinz Leitgöb, Martina Stadlmayer, Dennis Tamesberger

Wie viele Jugendliche sind in Österreich von NEET (not in employment, education or training) betroffen, was sind die Ursachen für ein erhöhtes NEET-Risiko, und welche Faktoren begünstigen eine (dauerhafte) Überwindung des NEET-Status? Zur Beantwortung dieser Fragen startete das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) in Kooperation mit dem Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität (JKU) und dem Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE) ein umfangreiches Forschungsprojekt mit dem Ziel, ein differenziertes Bild der NEET-Jugendlichen zu zeichnen. Zunächst werden die sozialstrukturellen Merkmale der NEET-Jugendlichen sowie die zentralen Risikofaktoren (u. a. früher Schulabbruch, geringe Bildung der Eltern, Migrationshintergrund, Kinderbetreuungspflichten) quantitativ erhoben. Dabei zeigt sich, dass es sich um eine sehr heterogene Gruppe handelt, die entsprechend vielfältige Bedürfnis- und Problemlagen aufweist. Diese werden im qualitativen Untersuchungsteil mittels Einzelfalldarstellungen und Interviews vertieft. Auf dieser Grundlage werden abschließend Handlungsstrategien entwickelt: Empfohlen werden vor allem niederschwellige Maßnahmen, die an den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen, eine Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie öffentliche Investitionen in die Bildungs- und Kinderbetreuungsinfrastruktur.

Band 18: Eine Arbeitslosenversicherung für den Euroraum als automatischer Stabilisator

Studie des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Wien, März 2015, 174 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-123-5

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Sebastian Dullien, Ferdinand Fichtner, Peter Haan, Laslo Jaeger, Max Jansen,

Richard Ochmann, Erik Tomasch

Die vorliegende Studie analysiert die makroökonomischen Stabilisierungs- und mikroökonomischen Verteilungswirkungen einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Auf Grundlage dynamischer makroökonomischer Simulationen wird gezeigt, dass ein solches Transfersystem innerhalb des Euroraums – je nach Ausgestaltung – zu einer merklichen Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt hätte. Dies gilt selbst für eine gemessen am Transferumfang relativ kleine europäische Arbeitslosenversicherung mit einer maximalen Bezugszeit von sechs Monaten und einer Nettoersatzquote von 30%; mit größerem Leistungsumfang steigt die Stabilisierungswirkung, aber im Gegenzug auch die möglicherweise unerwünschten Wirkungen auf Arbeitsanreize und das Ausmaß der Umverteilung zwischen den Mitgliedsländern. Die Verteilungswirkungen dürften insgesamt aus politischer Sicht unproblematisch sein; tendenziell finden sich leicht progressive bis neutrale Effekte auf die Einkommensverteilung, Haushalte mit niedrigeren Einkommen profitieren also überproportional von der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung.

Band 19: Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige

Einblick in die Situation Betroffener und Möglichkeiten der Unterstützung

Wien, August 2015, 442 Seiten, 32 Euro, ISBN: 978-3-99046-157-0

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Maria Daniel, Julia Hauprich, Manuela Kainbacher, Martina Koller, Martin Nagl-Cupal,
Hanna Mayer

Als „Young Carers“ werden Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bezeichnet, die regelmäßig Pfllegetätigkeiten für ein chronisch krankes Familienmitglied übernehmen. Neben Haushaltstätigkeiten und der Obsorge für gesunde Geschwister sind sie in „klassische“ Pfllegetätigkeiten involviert, die normalerweise von Erwachsenen übernommen werden.

In Österreich ist dieser Gruppe der pflegenden Angehörigen bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt geworden. Das Institut für Pflegewissenschaft der Universität Wien führte daher im Auftrag des Sozialministeriums zwei Studien zu dieser Thematik durch. In der ersten Studie werden zunächst Anzahl und soziodemografische Merkmale der Young Carers erhoben, und es wird beschrieben, was diese tun und was sie belastet. Im folgenden qualitativen Studienteil werden negative (und auch positive) Auswirkung früher Pfllegeerfahrungen aus der Sicht ehemaliger, nunmehr erwachsener Young Carers beleuchtet. Die zweite Studie legt ein Rahmenkonzept für Projekte zur Unterstützung von pflegenden Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien vor. Damit soll aufgezeigt werden, durch welche konkreten Maßnahmen Betroffene unterstützt werden können und welche Voraussetzungen für ein wirksames Young-Carers-Projekt gegeben sein sollten.

Band 20: Ausbildung bis 18

Grundlagenanalysen zum Bedarf von und Angebot für die Zielgruppe

Wien, Juni 2016, 360 Seiten, 26 Euro, ISBN: 978-3-99046-223-2

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Mario Steiner, Gabriele Pessl, Johannes Karaszek

Mit der Einführung einer „Ausbildung bis 18“ soll der Anteil der frühen AusbildungsabbrecherInnen (FABA) reduziert und die Zahl der Bildungsabschlüsse in Österreich erhöht werden.

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der wissenschaftlichen Grundlagenanalysen dar, die vom Institut für Höhere Studien im Auftrag von BMASK, BMBF und BMWFW durchgeführt wurden. Er beinhaltet quantitative Analysen zu Ausmaß und Ursachen von frühem Bildungsabbruch, qualitative Analysen zu Problemlagen und Ressourcen betroffener Jugendlicher sowie eine Analyse der vorhandenen präventiven und kompensatorischen Angebote.

Zielgruppe der „Ausbildung bis 18“ sind demnach rund 16.000 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren, die jedoch in Hinblick auf ihre Lebenssituation und den Grad ihrer Systemferne sowie hinsichtlich ihres Unterstützungsbedarfs sehr unterschiedlich sind. Österreichweit werden bereits beträchtliche Aktivitäten im Bereich der Kompensation eines fehlenden Abschlusses gesetzt. Um die „Ausbildung bis 18“ zu realisieren, ist es jedoch notwendig, den Bereich der Prävention auszubauen.

Band 21: Intergenerationelle Lebensqualität. Diversität zwischen Stadt und Land.

Wien, Dezember 2016, 196 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-250-8

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Anton Amann, Christian Bischof, Andreas Salmhofer

Subjektive Lebensqualität ist heute stark geprägt von der Diversität zwischen Stadt und Land sowie zwischen den einzelnen Generationen. Ein hoher Anteil alter Menschen lebt in gering besiedelten Gebieten, wobei dieser Anteil zukünftig noch steigen wird.

Die empirischen Analysen der vorliegenden, vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen Studie konzentrieren sich auf die subjektiven Dimensionen von Lebensqualität: materielle Lebensbedingungen, Wohnbedingungen und Wohnumfeld, Infrastruktur und Mobilität, Partizipation und soziale Unterstützung, subjektives Wohlbefinden und Gesundheit. Hier bestehen systematische, infrastrukturbedingte Differenzen. Das eigentlich interessante Ergebnis ist jedoch, dass die regional unterschiedliche Bevölkerungsdichte in den meisten Fällen Differenzen besser erklären kann als Alter, Geschlecht oder Bildung. Eine Ausnahme bildet das Thema Gesundheit, hier haben das Alter und in weiterer Folge auch der Bildungsabschluss eine höhere Effektstärke.

Band 22: Einsatz und Wirkung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen

Eine Evaluierung für Oberösterreich

Wien, August 2017, 228 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-298-0

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Rainer Eppel, Thomas Leoni, Helmut Mahringer, Trude Hausegger, Christine Reidl, Friederike Weber

Zu gesundheitlichen Problemlagen der Erwerbsbevölkerung und der Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Arbeitslose mit gesundheitlicher Belastung fehlte es in Österreich bisher an fundierter empirischer Evidenz. Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke. Mittels Verknüpfung erwerbsbezogener Daten der Sozialversicherung und des AMS mit gesundheitsbezogenen Daten der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse werden quantitative Bedeutung und Art arbeitsmarktrelevanter gesundheitlicher Einschränkungen unter den Erwerbspersonen sowie Einsatz und Wirkung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen untersucht. Arbeitsuchende sind viel häufiger von gesundheitlichen Belastungen betroffen als unselbstständig Beschäftigte, insbesondere von Muskel-Skelett-Erkrankungen und psychischen Erkrankungen. Alle evaluierten Maßnahmen steigern die Erwerbsbeteiligung der teilnehmenden gesundheitlich belasteten Arbeitslosen. Darüber hinaus lässt sich für eine Reihe von Maßnahmen eine positive Wirkung auf die Integration in ungeförderte unselbstständige Beschäftigung nachweisen, wenn auch teilweise mit großer zeitlicher Verzögerung. Personen mit einer psychischen Erkrankung profitieren stark von geförderter Beschäftigung auf dem 2. Arbeitsmarkt.

Band 23: Österreich 2025: Arbeitszeitverteilung in Österreich

Analyse und Optionen aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wien, November 2017, 224 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-99046-317-8

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger, Ulrike Huemer, Hedwig Lutz,
Christine Mayrhuber

Die empirische Evidenz zur Verteilung der Arbeitszeit unselbstständig Beschäftigter in Österreich zeigt eine hohe Heterogenität, insbesondere zwischen Frauen und Männern (Gender-Time-Gap). Grund dafür sind traditionelle Rollenbilder sowie die ungleiche Verteilung der Hausarbeit und der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen.

Die vorliegende Studie liefert arbeitszeitbezogene Ansatzpunkte zur Förderung einer ausgeglichenen Verteilung der Erwerbsarbeitszeit von Frauen und Männern, ebenso wie Maßnahmen für spezifische Lebensphasen, die eine Anpassung der individuellen Erwerbsarbeitszeit zur Vereinbarkeit von Beruf und außerberuflichen Verpflichtungen bzw. Interessen ermöglichen.

Band 24: Arbeitskräfteüberlassung in Österreich

Eine empirische Untersuchung zur Entwicklung der Arbeitskräfteüberlassung im Zeitverlauf und zum Status quo der Arbeitssituation der beschäftigten Personen

Wien, April 2018, 286 Seiten, 24 Euro, ISBN: 978-3-99046-318-5

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.),

Andreas Riesenfelder, Lisa Danzer, Petra Wetzel

Keine andere Branche konnte in den letzten Jahren eine derart starke Expansionsdynamik verzeichnen wie jene der Leiharbeit bzw. Arbeitskräfteüberlassung. Vorliegende Studie stellt eine empirische Untersuchung zur Entwicklung der Arbeitskräfteüberlassung im Zeitverlauf sowie zum Status quo der Arbeitssituation der beschäftigten Personen dar. Geprüft wird, inwieweit LeiharbeiterInnen noch immer ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse sind bzw. ob der Gap zwischen Kern- und Randbelegschaften mittlerweile verkleinert werden konnte. Zusätzlich kommen LeiharbeiterInnen im Rahmen einer repräsentativen Befragung selbst zu Wort.

Band 25: Evaluation IP Neu

Wien, November 2019, 220 Seiten, 23 Euro, ISBN: 978-3-99046-443-4

Autorinnen und Autoren:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hrsg.),
Andreas Haller, Stefan Staubli, Josef Zweimüller

Seit 2014 ist die Neuregelung der Invaliditätspension in Kraft. Diese gilt für den Personenkreis der ab 1964 Geborenen. Im Mittelpunkt steht der Grundsatz Rehabilitation vor Pension. Statt befristeter Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension wurde seither eine medizinische oder berufliche Rehabilitation verpflichtend eingeführt. Die Betroffenen erhalten dabei Rehabilitationsgeld oder Umschulungsgeld. Eine Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gibt es nur noch bei dauerhafter Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit. Das Ziel dieser Reform ist die Reintegration in den Arbeitsmarkt.

Die vorliegende Evaluierung der Invaliditätspension Neu („IP Neu“) zeigt auf, dass die Reform die Zahl der Pensionszuerkennungen um 40 Prozentpunkte reduzierte – zugunsten eines Anstiegs in demselben Ausmaß beim Bezug von Rehabilitationsgeld. In Bezug auf den Arbeitsmarktstatus zeigen sich darüber hinaus kaum Unterschiede. Zwar ist eine leichte Verbesserung der Beschäftigungssituation für Personen, die der Neuregelung unterliegen, eingetreten, aber der Effekt ist quantitativ sehr gering. Weiters wurden die Auswirkungen der Reform auf den Bezug von Rehabilitationsmaßnahmen und auf die Gesundheitsausgaben geschätzt. Dabei zeigte sich, dass mit der „Invaliditätspension Neu“ der Bezug von Rehabilitationsmaßnahmen stark zugenommen hat und dass gleichzeitig auch die kurzfristigen Gesundheitskosten leicht angestiegen sind.

Weitere Informationen und alle Bücher der Studienreihe als E-Books zum Download unter www.studienreihe.at.

